



Eisenbahner

Zentralorgan des Oesterreichischen Eisenbahn-Personales.

Redaktion: Wien V., Bentagasse Nr. 5.

Redaktionschluss: Zwei Tage vor dem Erscheinen des Blattes.

Sprechstunden

Jeden Tag mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage von 10 Uhr vormittags bis 1/2 11 Uhr nachmittags.

Insertionspreis:

Die einspaltige Mittelzeile ober deren Raum 14 Heller. Bei Jahresauftrag Rabatt.

Abonnements-Bedingungen:

Halbjährlich Kr. 2.88

Ganzjährlich 5.76

Für das Deutsche Reich ganzjährlich Mk. 8.—. Für das übrige Ausland ganzjährlich 9 Franken.

Er erscheint jeden 1., 10. und 20. im Monat.

Nr. 1

Wien, den 1. Jänner 1913.

21. Jahrg.

Eine Verhöhnung der Eisenbahner.

Der 17-Millionen-Antrag Tomisch von den bürgerlichen Parteien abermals abgelehnt!

Der Deutsche Nationalverband, dieser Schandfleck des deutschen Volkes, und die ihm gesinnungsverwandten Christlichsozialen haben just drei Tage vor dem Abend, wo sie in allen Kirchen ihr Christentum verkünden ließen, abermals aller Welt kundgetan, daß sie den alten Traditionen der Bedienstetenfeindschaft und des verlogenen Demagogentums treu bleiben: sie haben bei der Abstimmung über das Budgetprovisorium im Ausschuß, den vom Abgeordneten Tomisch gestellten Antrag auf Einstellung der noch fehlenden 17 Millionen Kronen für die restlichen Forderungen der Eisenbahner ebenso glatt, wie sie es am 2. Juli 1912 taten, abgelehnt.

So naheliegend und vielversprechend es wäre, im Zusammenhalt mit dieser Tatsache sich in Betrachtungen darüber zu ergehen, daß das Christentum dieser ganzen ehrenwerten Gesellschaft fast in demselben Augenblick durch die Verleugnung jeglichen Gerechtigkeitsgesinnes verfiel, wo sie die Volkspartei vom Frieden und Wohlgefallen, von Nächstenliebe und bürgerlichem Gemeinwohl von einer feilen Presse in alle Winde tragen ließen, so fern liegt es uns, von diesem Standpunkt aus mit der Spitze zu rechten, deren Geist die niederträchtigste Feindschaft gegen jeden arbeitenden Stand überhaupt atmet, und deren ganzer Werdegang zugleich die Geschichte eines zum Himmel stinkenden Verfalls ist. Aber was mit aller Schärfe hervorgehoben werden muß, daß ist die grenzenlose heuchlerische Demagogie, die seit dem 38 Millionen-Beschluß des Parlaments vom Dezember 1911 mit nie dagewesener Frivolität fortgesetzt betrieben wird und die mit der neuerlichen Ablehnung des Antrages Tomisch einen Grad erreicht hat, der wohl kaum je noch übertroffen werden kann. Den sozialdemokratischen Antrag, der klipp und klar, sowie es eben in der letzten Sommertagung geschah, verlangte, daß in das Budget die Mittel einzuführen sind, die zur Durchführung der noch ausstehenden Forderungen der Eisenbahner nötig sind, lehnten sie rundweg ab. Die „Gründe“ dafür wird man, wenn man Lust hat, das Gewäsch der nationalen und christlichsozialen Schandpresse zu lesen, in den nächsten Tagen wohl hören können, denn verlegen werden die abgefeimten Hochstapler auch diesmal nicht sein, wenn es gilt, ihrem Anhang die Lügen zur Veranschaulichung des Eisenbahnerverrats mundgerecht zu machen. Und wir wetten sogar tausend gegen eines, daß man es als eine den tatsächlichen Verhältnissen Rechnung tragende Realpolitik preisen wird, daß die fingerfertigen Schwindler auch diesmal um einen neuen Beschluß nicht verlegen waren, den sie an Stelle des niedergestimmten sozialdemokratischen Antrages den Eisenbahnern präsentieren. Die Eisenbahner, denen ja ein Teil der Nationalverbändler und der Patentschristen ihre Mandate verdankt, sollen nicht sagen können, daß man nichts für sie tut. Und so fand sich sofort der Herr Summer mit folgenden neuen Antrag, der natürlich auch angenommen wurde:

„Die Regierung wird ermächtigt, im Sinne des Beschlusses des Abgeordnetenhauses vom 10. September 1911 zur Bestreitung des für die materielle Besserstellung der Eisenbahnbediensteten und Eisenbahnarbeiter notwendigen Aufwandes die erforderlichen Beträge nach Maßgabe der im Rahmen des Eisenbahnetats zu schaffenden Bedeckung zu verausgaben.“

Eine so niederträchtig-zynische Verhöhnung ist wohl kaum je dagewesen, wie sie dieser auf den aller-

größten Bluff berechnete Schwindelantrag enthält. Man denke sich auch nur: am 11. Dezember 1911 wird vom Abgeordnetenhaus einstimmig ein Resolutionsantrag beschlossen, der die Regierung auffordert, 38 Millionen auf Verbesserungsmassnahmen für die Eisenbahner zu verausgaben. Die Regierung aber kommt dieser Aufforderung nur teilweise nach und läßt einen Teil der Forderungen der Bediensteten und Arbeiter unerfüllt. Damit nun die Regierung im Wege eines gesetzgeberischen Aktes gezwungen werde, den Beschluß des Hauses voll durchzuführen, stellt der Abgeordnete Tomisch namens des sozialdemokratischen Klubs im Sommer 1912 im Budgetausschuß den Antrag, der erforderliche Gelbbetrag sei hierfür in das Budgetprovisorium einzustellen. Die nationalverbändlerisch-christlichsoziale Mehrheit lehnt diesen Antrag ab, und beschließt dafür neuerlich eine Resolution, in der die Regierung aufgefordert wird, den Beschluß des Hauses vom 11. Dezember 1911 voll durchzuführen. Das geschieht, obwohl Christlichsoziale und Nationalverbändler bereits im März 1912 in einer Interpellation den Eisenbahnminister gefragt hatten, ob und bis wann er die noch fehlenden 17 Millionen zu verwenden gedenkt. Die Regierung versetzt natürlich das Komödienspiel ihrer Majorität ganz gut und legt die „Aufforderung“ vom 2. Juli 1912 zu der „Aufforderung“ vom 11. Dezember 1911. Der Abgeordnete Tomisch bringt nun seinen am 2. Juli 1912 niedergestimmten Antrag im Budgetausschuß neuerlich ein, wonach die Einstellung der finanziellen Mittel für die noch restlichen Eisenbahnerforderungen in das Budgetprovisorium verlangt wird. Er wird abermals abgelehnt, und zwar, obwohl die Nationalverbändler am 23. Oktober und die Christlichsozialen am 22. Oktober je einen Antrag im Plenum des Hauses stellten, in denen gleichlautend verlangt wird, „das Abgeordnetenhaus wolle beschließen, in das Finanzgesetz und in den Staatsvoranschlag für das Jahr 1913 seien jene noch restlichen Beträge für die Eisenbahner und die übrigen Staatsangestellten einzustellen“. Die Herren desavouieren also durch die Ablehnung des Antrages Tomisch zugleich ihre eigenen Anträge, womit zunächst klar bewiesen wurde, wie recht wir hatten, als wir am 1. November 1912 in unserem Blatte über diesen demagogischen Schwindel schrieben:

Die beiden Anträge sind in ihrer Form einfach Anträge, wie sie zu Duzenden in das Haus geworfen werden, ohne daß sie jemals wieder zum Vorschein kommen. Wäre es den Herren wirklich darum zu tun, daß die Eisenbahner wenigstens jetzt, für das Jahr 1913, die restlichen 17 Millionen erhalten, dann hätten sie den sicheren Weg wählen müssen, ihre Anträge im Ausschuß zu den einzelnen Paragraphen einzubringen, um sie so im kurzen Wege der Verhandlung und Abstimmung zuzuführen. Das ist nicht geschehen, und sie ziehen es vor, einfach zu den alten Resolutionen auch noch einige neue hinzuzufügen.

Eine solche abermalige neue Resolution, die den alten hinzugefügt wird, ist eben der beschlossene Resolutionsantrag Summer, in der die Regierung „ermächtigt“ wird, die Mittel für die Eisenbahnerforderungen — „nach Maßgabe der im Rahmen des Eisenbahnetats zu schaffenden Bedeckung zu verausgaben“. Nicht darüber wollen wir mit den Herren rechten, daß sie sich abermals auf das Kommando der Regierung hinter die Frage der Bedeckung verchanzen, in einem Augenblick, wo sie bedenkenlos der Re-

gierung ein Kriegsleistungsgesetz bewilligten, das, wenn es je angewendet wird, ungezählte Millionen kostet, denn über den kostspieligen Stiefelwichspatriotismus der ehrenwerten Gesellschaft sich zu entrüsten, hat man nach dem, was vorgefallen ist, längst verlernt. Aber daß sie zu dem immer wiederholten Verrat, den sie an den Eisenbahnern, an den gesamten Staatsangestellten verüben, auch noch den zynisch-frechen Hohn fügen, die Regierung zu etwas zu „ermächtigen“, wozu sie nach dem Beschluß des Parlaments vom 11. Dezember 1911 längst verpflichtet ist, das ist so ziemlich das höchste, was je an widersinnig-demagogischer Heuchelei geleistet wurde. Weil die Regierung eine zweimalige „Aufforderung“, etwas zu tun, unbeachtet ließ, wird sie jetzt durch einen regelrechten parlamentarischen Beschluß „ermächtigt“, die „Aufforderung“ zu vollziehen! Ist eine solche Narrentollheit jemals schon dagewesen? Und um diesen hundertfachen Schwindel unter Dach zu bringen, dazu wurde durch nahezu zwölf Monate mit einer großzügigen Regie gearbeitet. Dazu wurden, wie der Aus- und Wiedereintritt der Hospitanten im Nationalverband und im christlichsozialen Verband beweist, alle Register gezogen, um kunstvoll den Schwindel zu verdecken!

Wäre das deutsche Bürgertum nicht politisch und geistig bankrott, es müßte sich wahrlich zu guter Letzt selbst gegen ein so unerfülltes Gaukelspiel seiner parlamentarischen Vertreter auflehnen. Denn wie sehr auch eine solche Haltung, wie sie von diesen in der Eisenbahnerfrage an den Tag gelegt wurde, seinen reaktionären Schamachergehirnen entspreche mag, so steht damit dennoch auch die Würde und der sittliche Ernst des Parlaments im engsten Zusammenhang. Und da sollte sich das Gefühl und das Bewußtsein gegen jeden solchen blamablen Widersinn aufbäumen, daß schließlich jedes Ansehen der bürgerlichen Demokratie restlos vor den Augen der Regierung verschwinden muß, wenn sie zusieht, wie das unwürdige Possenspiel einiger gewissenloser Komödianten den Grundgedanken jeder Verfassung mit jedem Tage aufs neue diskreditiert. Aber daß es geschehen kann, ohne jene flammende Empörung aller auszulösen, die das Geschmeiß aus dem politischen Leben hinwegsegt, das ist wohl der stärkste Beweis dafür, daß der bürgerliche Freisinn schon längst am Schindanger der Schlichte verreckt ist.

Die Abstimmung im Budgetausschuß.

Der Budgetausschuß hat in seiner Sitzung vom Samstag den 21. Dezember über den von uns in der letzten Nummer vollständig veröffentlichten Antrag Tomisch abgestimmt. Die Abstimmung erfolgte auf Verlangen der Sozialdemokraten namentlich. Der Antrag Tomisch wurde mit 24 gegen 14 Stimmen abgelehnt. Dafür stimmten außer den Sozialdemokraten die Tschechischradikalen, Ruthenen und Slowenen, dagegen die deutschen Nationalverbändler, die Christlichsozialen, Polen und Rumänen. Die Namen jener Abgeordneten, die den Antrag niedergestimmten, sind: Angermann, Demel, Erler, Franta, Friedmann, Viktor Fuchs, Germansky, Huber, Redzior, Rolischer, Kuranda, Marchl, Mastalka, Josef Mayer, Miklas, Ondul, Rosner, Schraffl, Schreiner, Steinwender, Stöckl, Tensel, Wollek, Jaransk. Abgeordneter Summer entfernte sich vor der Abstimmung.

Dagegen wurde ein vom Abgeordneten Summer namens des Nationalverbandes gestellter Schwindelantrag angenommen, der folgendermaßen lautet:

Die Regierung wird ermächtigt, im Sinne des Beschlusses des Abgeordnetenhauses vom 10. September 1911 zur Bestreitung des für die materielle Besserstellung der Eisenbahnbediensteten und Eisenbahnarbeiter notwendigen Aufwandes die erforderlichen Beträge etappenweise nach Maßgabe der im Rahmen des Eisenbahnetats zu schaffenden Bedeckung zu verausgaben.

Die Frage ist nämlich nicht, wozu die Regierung ermächtigt ist, sondern wozu man sie verpflichten soll. Ermächtigt ist die Regierung doch schon durch den Beschluß vom 11. Dezember 1911; aber sie will ja eben von der „Ermächtigung“ nicht Gebrauch machen. Also der ordinärste Schwindel! Abgeordneter Genosse Tomisch hat darauf seinen Antrag als Minoritätsvotum angemeldet.

Nede des Abgeordneten Tomisch.

Wir tragen hiemit den Schluß der Nede, die Abgeordneter Genosse Tomisch zur Begründung seines unterdessen von den Mehrheitsparteien abgelehnten Antrages hielt, nach:

Abgeordneter Tomisch: Ferner sind auch noch andere Verschlechterungen eingetreten.

So hat die Direktion Villach den

Oberbauarbeitern

die Zulage im Falle der Aushilfe als Kohlenarbeiter von 40 auf 20 S. herabgesetzt.

Den Versuchsarbeitern der k. k. St. E. B. wurde ab 1. Jänner 1912 der Lohn um 20 S. ausgesetzt, am 1. Juni laufenden Jahres ihnen aber die Zulagen von 20 S., die sie außerhalb des Lohnes bisher bezogen hatten, entzogen. Den

Wächtersubstituten

der k. k. O. N. B. und der k. k. D. B. wurde der Verdienst reduziert, indem ihre bisherige Stundenverrechnung ganz einfach aufgehoben wurde und sie nun für jede Substitutionsarbeit nur mehr den einfachen Lohn erhalten. Bei diesen Arbeitern kommt noch in Betracht, daß sie bei der heurigen Lohnregulierung nichts erhalten haben.

Mit der ganzen Lohnregulierung im Jahre 1912 hat es überhaupt seine eigene Bewandnis. Nach der Erklärung des Eisenbahnministers mir gegenüber sollte für die Lohnregulierung eine Summe von 66 Millionen Kronen zur Verwendung kommen. Für 100.000 Arbeiter würde das eine durchschnittliche Lohnaufbesserung von 20 S. pro Tag für jeden Arbeiter ergeben. Nun haben aber die Arbeiter der verstaatlichten Bahnen — mit einigen Ausnahmen — davon nichts erhalten, und zwar unter Hinweis darauf, daß erst im Vorjahre eine Lohnregulierung vorgenommen worden sei. Diese Regelung war aber nur eine Nachholung der bei den alten k. k. Staatsbahnen im Jahre 1909 durchgeführten Lohnregulierung, die man den Arbeitern der verstaatlichten Bahnen bis zum vorigen Jahre schuldig geblieben ist. Zudem warten die Magazinarbeiter der k. k. Nordbahn, welche, da sie im Afford arbeiten und eine Affordaufbesserung nicht erhielten, von der Lohnregulierung nichts hatten, auf eine Regelung ihrer miserablen Verdienstsverhältnisse heute noch, denn ihre Affordverhältnisse bestehen seit den Achtzigerjahren.

Nachdem die Zahl der Arbeiter der verstaatlichten Bahnen auf ein Drittel der gesamten Arbeiter beträgt, waren keine 100.000 an der Regelung beteiligt und kann demnach der Betrag von 66 Millionen Kronen für das Jahr 1912 zur Lohnregulierung nicht aufgewendet worden sein. Das ist auch noch aus dem Umstand zu schließen, daß eine große Zahl von Arbeitern, die am 1. Jänner 1912 die ordentliche Lohnvorrichtung bekommen hätten, diese unter Hinweis auf die bevorstehende Regelung nicht bekamen, bei der Regelung aber nicht mehr als ihre ordentliche Lohnvorrichtung bekommen haben.

Die am 1. Juli 1912 fälligen ordentlichen Lohnvorrichtungen sind den Arbeitern unter Hinweis auf die neuen Lohnvorrichtungen ebenfalls in vielen Fällen nicht mehr ausgefolgt, respektive ausgesetzt worden, so daß auch hieraus ein ganz namhafter Betrag resultiert, den man

den Arbeitern nicht zukommen hat lassen,

so daß man außer an dem für die Regulierung bestimmten Betrag auch noch von den laufenden Lohnausgaben bei den Arbeitern gehörig abgezogen hat. Hierüber ist eine genaue Aufklärung seitens der k. k. Staatsbahnverwaltung dringend nötig und stelle ich daher folgenden Antrag:

Feuilleton.

Fräulein Christkind.

„Ich bitte, mein Herr... Hier das Feinste, das Beste, das Neueste. Exakte Arbeit, beispiellose Haltbarkeit, unübertreffliche Sicherheit. Sieben Schüsse; eine Durchschlagskraft, die unglaublich ist. Direkt märchenhaft...“ sagte der Kommissar. „Mein, nein...“ meinte Philippe den Angestellten ab. „Das ist ja zu teuer. Mir liegt gar nichts an der Modernität des Systems...“

„Ein Schatz... ein wahrer Schatz ist diese Waffe. Vortrefflich geeignet als Weihnachtsgeschenk...“

„Haben Sie nicht einen Revolver System Defaucheux... zu fünf Frank, wenn ich nicht irre...?“

Der Kommissar schweig wie erstarrt; er sah den jungen Mann an, legte die matt-schwarze glänzende Browning Pistole in ihr mit grünem Samt gefüttertes Etui und sagte langsam: „Defaucheux... Aber das kann man doch gar niemand schenken... So ein veraltetes System...“

„Mir genügt es vollkommen... Ich kaufe die Waffe zum eigenen Gebrauch...“

„Ich bitte, mein Herr...“ sagte der Kommissar, und seine Stimme klang geringschätzig. „Wir haben zufällig noch ein Stück. Am Lauf sind ein paar kleine Rostflecken... deshalb kostet es nur vier Frank fünfzig...“

„Das macht nichts“, sagte Philippe. „Mein — Sie brauchen das Ding nicht einzupacken. Und jetzt noch ein paar Patronen...“

„Zehn Stück sind mit dem Preis inbegriffen... Oder wünscht der Herr noch mehr?“

„Keineswegs...“ lächelte Philippe, nahm das kleine Päckchen in Empfang, küßte den Hut und trat auf die Straße.

Es schneite. Oben, zwischen hohen Häusern lag schmutzgrau der Himmel ausgespannt. An den Fenstern war Licht, auf hohen Masten schaukelten Glühlampen, spiegeln sich im nassen Asphalt. Vor den Schaufenstern standen die Leute ungeduldig des Schnees und starrten die strahlenden Weihnachtswunder an, die alle in diesen kurzen Stunden gekauft werden wollten. Ein Gewirr von geöffneten Regenschirmen, ein Schimpfen, Schreien, Vorwärtsstoßen. Philippe bahnete sich mühsam seinen Weg. Er sah nicht rechts, nicht links, hielt den Blick auf den feuchtblühenden Boden gerichtet, lief in durch-

Das Eisenbahnministerium wird aufgefordert, über die getroffenen Maßnahmen zur Aufbesserung der Löhne der Arbeiter, und zwar über die Lohnaufbesserungen, Lohnvorrichtungen (Lohnordnungen) und Arbeitsordnungen detailliert nach Direktionsbezirken die aufgewendeten Kosten dem Budgetauschuß so bald als möglich in einem Bericht bekanntzugeben.

Ein weiterer Schaden für eine große Zahl Arbeiter liegt in dem geplanten System der

Lohnaufschläge

für die qualifizierten Arbeiter. Den Vorarbeitern, Partieführern, Maschinenhilfsarbeitern u. s. w. wird für die Dauer der Verwendung eine Zulage von 10 bis 50 S. auf den gewöhnlichen Arbeitslohn gegeben, anstatt wie bisher und wie das überall geschieht, einen bestimmten höheren Lohn festzusetzen. Den bisherigen Vorarbeitern u. s. w. wird ihr Lohn, den sie bisher hatten, in Lohn und Zulage geteilt und so in die Lohnliste eingestellt. Was dabei herauskommt, zeigt folgender Fall aus der Praxis:

In Vödenbach (k. k. St. E. B.) sind zwei Arbeiter bei der Bahnerhaltung eingetreten, erhielten einen Lohn von 3 Kr., rückten bis jetzt auf Kr. 8.30 vor und sind unterdessen Vorarbeiter geworden. Nachdem der Zuschlag 40 S. beträgt, so würden sie, wenn sie heute von den Vorarbeiterpositionen abgezogen, nur Kr. 2.00 Lohn erhalten, also als gute Arbeiter nach mehrjähriger Dienstzeit um 10 S. weniger als Lohn erhalten als bei ihrem Eintritt.

Nachdem es sich hier um dauernde Posten handelt, ist nicht einzusehen, zu was gerade da ein solches System angewendet werden soll. Bei diesen Posten kommen die Leute häufiger als sonst wo anders nicht nur mit den Untergebenen, sondern auch mit ihrem Vorgesetzten aus dienstlichen Interessen in Streit. Soll der Betrieb nicht Schaden leiden, so muß der betreffende Mann auf seinem Posten einermachen gesichert sein, was bei diesem Zuschlagssystem nicht der Fall ist. Er kann, wenn er sein Recht allzu sehr gegenüber seinen Vorgesetzten verteidigt, nicht nur den Posten, sondern auch an Verdienst verlieren und wird darum schweigen. Die Staatsbahnverwaltung gibt hier selbst

die Handhabe zu Schikanen

dieser Leute und liefert dieselben direkt ihren unmittelbaren Vorgesetzten aus. Das um so mehr, als oft Leute als Vorgesetzte in den Dienst eingestellt werden, die zwar die Prüfungen theoretisch bestehen, aber sich in die Dienstpraxis erst nach Jahren hineinfinden, wie es zum Beispiel bei der Anstellung von Militärartilleristen der Fall ist, so daß nur die mit den Vorgesetztenposten verliehene Autorität den Vorgesetzten ausmacht.

Unverständlich ist auch, warum man für die

Professionisten,

wo jeder ein gewisses Maß Können mitbringen muß,

keine Grundlöhne festsetzen will.

Man könnte ja trotz der festgesetzten Löhne einem besonders tüchtigen Arbeiter mehr Lohn geben. Es ist gar nicht einzusehen, warum man für 80 Prozent der Professionisten keinen Grundlohn festsetzen kann, wenn man bei 20 Prozent eine Ausnahme machen will, die man trotzdem machen kann. Das System der Grundlöhne anzuwenden, ist überall praktisch, besonders aber in großen Betrieben, und besonders bei den Eisenbahnen, wo man von vornherein gerechte Vorkehrungen treffen soll, daß keine Unzufriedenheiten eintreten können.

Die Einführung der Arbeitsordnungen, abgesehen von kleinen Verbesserungen, haben weitere Verschlechterungen im Gefolge.

Für die Turnusarbeiter ist keine Normalarbeitszeit festgesetzt, so daß die Arbeitsordnung bei ihnen zwar in Bezug auf die Pflichten, nicht aber in Bezug auf die Rechte Anwendung findet und jeder Vorgesetzte diesen Arbeitern beliebig viel Arbeitszeit diktieren kann, ohne daß sie für die Mehrleistung etwas bezahlt bekommen. Sie erhalten freilich in den meisten Fällen jeden Tag bezahlt, trotzdem steht aber die Bezahlung mit der Leistung nicht im Einklang.

Für die Arbeiter der Bahnerhaltung sind in dem Passus über die Arbeitszeit im Winter dreierlei Arbeitszeiten angegeben: 1. „Vom Tagesanbruch bis zum Eintritt der Dunkelheit“, 2. „mindestens 8 1/2 Stunden“ und 3. „ohne Ueber-

zeitgebühr auch 10 Stunden“. Den letzteren Passus haben bereits einige Vorstände benutzt (Zehring, Admont, Herzogenburg u.) und haben die Winterarbeitszeit auf zehn Stunden verlängert, ohne Ueberstunden zu bezahlen.

Wie schon erwähnt, sind auch in der Bezahlung der Substituten Verschlechterungen eingetreten.

Bei den Magazins- und Stationsarbeitern ist nur ein freier Tag im Monat vorgesehen und nicht ausgedrückt, ob derselbe bezahlt wird, so daß überall dort, wo bisher mehr freie und bezahlte Tage gewährt wurden, sich der bisherige Zustand verschlechtert.

Für die

Bahnerhaltungsarbeiter

wird die Bezahlung der Ueberstunden und Sonntagarbeit allgemein mit Kr. 1.25, der Nachtarbeiten mit Kr. 1.50 festgesetzt, während im Direktionsbezirk Wien die Ueberstunden und Sonntage mit Kr. 1.50 die Arbeiten bei Nacht mit 2 Kr. festgesetzt waren, so auch bei der k. k. St. E. B., k. k. O. N. B. und k. k. Nordbahn.

In Prag (k. k. St. E. B.) wurde den Oberbauarbeitern seit 1907 die Sonn- und Feiertagsarbeit mit 15 und die Nachtarbeit von 10 Uhr abends bis 4 Uhr früh mit 2 Stunden gerechnet. Nun wurde aber den Oberbauarbeitern im Sinne der neuen Arbeitsordnung für jede an Sonn- und Feiertagen geleistete Arbeitsstunde bloß 1.25 gerechnet. So haben zum Beispiel die Arbeiter bis jetzt für eine Sonntagsarbeit von 7 Uhr früh bis 2 Uhr nachmittags 10 Stunden bezahlt bekommen. Für diese Leistung erhalten sie nun bloß 8 1/2 Stunden. Für eine Sonn- und Feiertagsarbeit von 7 bis 12 Uhr und von 1 bis 6 Uhr erhielten die Arbeiter früher 15 Stunden, jetzt bekommen sie bloß 12 1/2 Stunden. Noch ärger ist die Sache bei der Nachtarbeit, wo die Arbeiter von 10 Uhr abends bis 4 Uhr früh 12 Stunden angerechnet bekommen haben, wogegen sie jetzt für dieselbe Arbeitszeit bloß 7 1/2 Stunden bezahlt bekommen.

Ich will ohne weiteres zugestehen, daß die Arbeitsordnungen in mancher Hinsicht und bei einigen Direktionen, wo bisher nichts Besseres bestand, den Arbeitern eine Regelung zum Besseren bringen, dafür wurden, aber in vielen Fällen, wo bereits bessere Verhältnisse bestanden, oder besser gesagt bestanden, diese durch die neuen Arbeitsordnungen verschlechtert.

Es ist daher dringend geboten, daß neben den neuen Lohnordnungen und Arbeitsordnungen von der k. k. Staatsbahnverwaltung angeordnet wird, die bisher bestehenden besseren Verhältnisse haben auch fernerhin aufrecht zu bleiben und sind die betreffenden Bestimmungen in den Arbeitsordnungen und Lohnordnungen in jeder Direktion entsprechend abzuändern.

Ferner wäre es höchst angezeigt,

die Stabilisierungsnormen

endlich einmal und im Einvernehmen mit den Vertretern der Arbeiter entsprechend abzuändern, die zu Schäden gekommenen Arbeiter entsprechend einzutreiben, um das geschehene Unrecht gutzumachen und den gegenwärtig unsicheren Zustand zu befestigen.

Eine Verbesserung bedeutet die Einführung des Erholungsurlaubes für die Arbeiter, nur ist er etwas kümmerlich ausgefallen, und wäre er mindestens auf jenes Maß, das die Arbeiter der Südbahn bereits haben, auszuweiten, und zwar von 8 bis 10 Jahre mit 3 Tagen, von 10 bis 20 Jahre mit 6 Tagen, von 20 bis 30 Jahren mit 9 Tagen, darüber mit 12 Tagen zu bemessen.

Dies wäre um so leichter, als die Urlaube der Arbeiter im allgemeinen nicht so viel kosten und die Ausdehnung nur den älteren Arbeitern, die nicht sehr zahlreich sind und sich diese Urlaube verdient haben, zugute käme.

Ferner sollte den Vorständen beigebracht werden, daß sie nicht mit Anwendung aller möglichen Finessen den Arbeitern die Urlaube vorenthalten. Wenn ein Arbeiter seinen Urlaub haben will, heißt es: „Sie sind nicht solange ständiger Arbeiter; nur Substituten erhalten Urlaub; nur Professionisten erhalten Urlaub; Sie sind nicht verheiratet; nur wenn keine Arbeit ist, erhalten Sie Urlaub; im Winter u. s. w.“

Was die Behandlung der Arbeiter anbelangt, so muß ich hier einen Fall erwähnen, der sehr bezeichnend ist für

die Rechtszustände auf den k. k. Staatsbahnen.

Für den 21. April 1912 war die Generalversammlung des Lebensmittelmagazins der Eisenbahnbediensteten in

nächsten Schuhen vorwärts, so gut die drängende Masse es gestattete. Er hobte die Hände tief und fest in seine Taschen. Er fühlte die Waffe, umklammerte das kühle Eisen mit heißen Fingern. Ein Gefühl möglicher Verurteilung überkam ihn.

„System Defaucheux...“ murmelte er. „Für mich wird's modern genug sein. Und ob ich mehr als zehn Patronen brauche, hat der Lämmler gefragt... Ich konnte ihm doch nicht sagen, daß ich mit einer einzigen wahrscheinlich auskommen werde...“ Offensichtlich. Wenn das System nicht gar zu rückständig ist. Aber schließlich — was haben denn die Leute in meiner Situation zu jener Zeit gemacht...? Wo Defaucheux das Modernste, das Feinste und Beste war...? Philippe überfachte eine Straße, drückte sich zwischen pfeifenden, sprühenden Autos, gemächlich heranrollenden Kabs hindurch und landete drüben in einem stilleren, abgeschiedenen Teil.

„Eigentlich...“, sagte er zu sich, „wenn man bedenkt: ein billiger Tod. Fünf Frank hatte ich gerechnet. Und jetzt kostet's gar um fünfzig Centimes weniger... Nicht ganz umsonst, aber fast umsonst... Was geschieht übrigens mit dem Geld...? Man muß es doch ausgeben...? Für wen denn sparen...?“ Philippe trat in einen kleinen Kantinenten und erstand für fünfzig Centimes „Café Melange“, barg das Päckchen sorgfältig in der Brusttasche seines Mantels und nahm die Wanderung wieder auf. Weshalb hatte er die Bonbons eigentlich gekauft...? Er war nie ein Mächer gewesen... Er konnte sich diese Frage nicht beantworten. Endlich stand er vor dem Hause, in dessen vierter Etage er ein kleines Zimmerchen bewohnte. Das Tor war schmal und niedrig, der Flur finstler und die Treppe, die sich in kühnen Drehungen aufwärts wand, eng und von unerträglichem Dunst erfüllt...

Jetzt hast du die Straße zum letztenmal gesehen, sagte Philippe leise, während er aufwärtsstieg. Und überhaupt: du warst zum letztenmal unter Menschen. Ich werde keinen Schreck mehr sehen und keine gepuderten Damen und kein Glend und keine Freunde und kein Bureau und keinen Vorgesetzten... Merkwürdig, wie leer in ihm alles blieb, während er das sagte. Kein Gefühl der Angst, der Neugier, das leise mahnend aufkeimende. Nichts. Nur einen feststehenden Hunger nach einer Zigarette empfand er. Da stand er vor seiner Tür und klinkte auf.

Er blieb auf der Schwelle stehen, denn er traute seinen Augen nicht. Auf dem grünen Nipssofa hinter dem Tisch sah

ein Mädchen. Ein fremdes Mädchen, das er nicht kannte. Auf dem Tisch brannte eine Kerze, und deren Schein beleuchtete ein blaßes Gesicht und zwei große, schwarze Augen, die ruhig, furchlos auf den Eintretenden gerichtet waren.

„Guten Abend“, sagte das Mädchen.

„Guten Abend...“ erwiderte Philippe.

„Sie sind mir doch nicht böse...?“ fragte das Mädchen, ohne vom Sofa aufzustehen.

„Durchaus nicht...“ sagte Philippe.

„Ich wußte mir nämlich keinen anderen Rat. Und da kam ich hier herein, weil es die erste Tür war, die ich offen fand... Er war wieder betrunken... Denken Sie... heute am Weihnachtstag...“

„Wer...?“

„Jules... der Maler von Nummer 8... mein Freund...“

„Ihr Freund...?“

„Er wollte mich schlagen...“

„Mein...“ Philippe trat auf sie zu und sagte unwillkürlich die magere Hand.

„Ja doch... Glauben Sie nicht, daß mir das was Neues wäre... Aber am Weihnachtstag... Nein, sagte ich mir, das läßt du dir nicht gefallen.“

„Das war sehr vernünftig von Ihnen...“

„Und da bin ich...“

„Nawohl...“

„Ein bißchen überrascht waren Sie doch, als Sie mich hier sitzen sahen? Ich komme doch nicht ungelegen...?“

„Nei... keineswegs...“ Blötzlich schob ihm etwas durch den Kopf. Instinktiv griff er in die Tasche. Dort ruhte er und sagte sich jetzt schon ganz warm an: Defaucheux...

„Die Kerze habe ich angezündet. Sie sind doch nicht böse darüber...? Aber es war so dunkel hier... Wer konnte wissen, wann Sie nach Hause kämen. Und ich fürchte mich im Dunkel...“ Sie sah ihm ganz treuerherzig in die Augen. „Ich heiße Nini...“

„Fräulein Nini...“

„Und ich darf heute abends bei Ihnen bleiben...?“

„Aber gerne... Das heißt...“ Wieder schob ihm der Gedanke von vornhin durch den Kopf. Da hatte er sich alles so schön zurechtgelegt. Und nun kam dieses fremde Mädchen zu ihm in die Stube geflogen und wollte ihn hindern... Darum durfte nichts werden. Er sah ihr ins Gesicht und merkte, daß

Anittelfeld einberufen worden. Diese Versammlung tagte in den Räumen der Werkstätte und fand durch das aggressive Verhalten einiger Beamter ein vorzeitiges Ende. Da es zu tätlichen Auseinandersetzungen kam, installierte sich der Oberkommissar Hugo Rossmatich als Sicherheitsbehörde, ließ Feueralarm bläsen, riefte an der Spitze von 16 Feuerwehrmännern (durchwegs aus den Reihen der Bediensteten) im Sturme in das Versammlungsfeld ein und vertrieb die Versammlungsteilnehmer.

Bei dieser Aktion gab es selbstverständlich Zusammenstöße und da soll der Kesselschmied Herr Timischl verurteilt haben, den Feuerwehrmann Werkmeister Schöberl mit dem Schirm zu stoßen. Die Folge davon war, daß die Staatsanwaltschaft gegen Timischl die Anklage auf Verletzung einer Amtsperson (?) erhob. Timischl wurde tatächlich vom Bezirksgericht zu 48 Stunden Arrest verurteilt mit der Begründung: „Wenn Schöberl von dem Schirm nicht getroffen oder verletzt wurde, so bestand doch die strafbare Absicht des Beklagten, den Schöberl zu stoßen.“ Gegen dieses merkwürdige Urteil wurde von Timischl Berufung eingelegt. Das Landesgericht in Leoben bestätigte aber dieses Urteil und nun sollte Timischl seine 48 Stunden absitzen.

Am 25. Juli 1912 wurde Timischl zu Herrn Oberkommissar Rossmatich in die Kasse gerufen und ihm dort mitgeteilt: „Nachdem in der Berufungsverhandlung das erstinstanzliche Urteil bestätigt wurde, sind Sie mit heutigem Tage entlassen! Sie bekommen die 14 Tage Bindung ausbezahlt und müssen sofort aus dem Dienst treten, da Leute, welche abgestraft sind, in der Werkstätte nicht arbeiten können.“

Dieser Vorgang hat unter der Mehrzahl der Anittelfelder Bediensteten große Empörung hervorgerufen. Der Arbeiter Timischl wird wegen 48 Stunden Arrest — die Strafe mit so merkwürdiger und unerschütterlicher Begründung verhängt — entlassen. Der strengste Paragraph der Dienstordnung wird hierbei in Anwendung gebracht, denn — Timischl ist Sozialdemokrat. Aber eine Reihe Deutschnationaler — mit liegen vorläufig die Namen Geisler und Fröhlich vor — die schon monatelang eingesperrt waren und wegen viel gravierender Delikte — arbeiten ruhig weiter! Ja, derselbe unerbittlich strenge Herr Rossmatich ist wegen Verletzung eines Teilnehmers an ebendieser Versammlung nach demselben § 430 zu 24 Stunden Arrest oder 10 Kr. Geldstrafe, zu 4 Kr. Schmerzensgeld und zur Tragung der Gerichtskosten (80 Kr.) verurteilt worden! Und dieser Herr hat den traurigen Mut, einem Arbeiter gegenüber sich als Sittenwächter aufzuspielen und ihn um seine Ehre zu bringen!

Ich wende mich an den Herrn Eisenbahnminister und bekomme folgende Information: „Nach dem Ergebnis der eingehend gepflogenen Erhebungen mußte gegen den Arbeiter Timischl mit der Dienstentlassung vorgegangen werden, weil ihm ein schweres disziplinäres Vergehen infolge der Last fällt, als er gegen einen vorgeordneten Werkmeister — wenn auch aus dienstlicher — in gewalttätiger Weise vorgegangen ist, welches Verhalten auch seine strafgerichtliche Verurteilung nach sich zog.“

Und nun frage ich: Was ist es denn mit den Herren Rossmatich, Geisler und Fröhlich? Liegt da kein Vergehen vor?

Man muß eben mit zweierlei Maß.

Ich kann nur sagen, daß ein solches Vorgehen entgegengesetzt zu verurteilen und nicht geeignet ist, bei den Arbeitern das Bewußtsein hervorzurufen, daß sie ohne Rücksicht auf ihre politische Gesinnung gerecht behandelt werden.

Ein zweiter Fall: Der Arbeiter Ferdinand Rauter alias Rauter in Götz wurde von dem Arbeiter Josef Gesam, gleichfalls in Götz, beschuldigt, mehrere der I. L. Staatsbahndirektion gehörende Gegenstände, wie: Stahl, Eisen, Petroleum und dergleichen, nach Hause getragen zu haben. Von Gesam erfolgten im Laufe der Zeit mehrere dienstliche Anzeigen, die jedoch nichts nützten; dem Rauter war auch fürherhin die Gelegenheit günstig.

Erl über persönliche Intervention des Herrn Josef Kopac, Sekretär des Allgemeinen Rechtschutzes und Gewerkschaftsvereins in Triest, bei dem Herrn I. L. Staatsbahndirektor General Alexander Galambos wurde Rauter dienstlich beauftragt, den Gesam gerichtlich zu belangen, während Gesam, ohne die gerichtliche Entscheidung abzuwarten, sofort infolge dieser gegen Rauter erhobenen Beschuldigung entlassen wurde.

Ihre Augen ganz traurig geworden waren. Sie stand auf und trat hinter dem Tische hervor. Da sah er, daß sie groß war und ganz schlank, daß sie einen feinen, zarten, jungen Körper hatte. Und er trat neben sie und nahm ihre Hand. „Was haben Sie denn...?“ fragte er, und seine Stimme klang ganz weich und teilnehmend.

„Ich werde wieder gehen. Sie wollen mich nicht bei sich behalten...“

„Was fällt Ihnen ein...? Ich lasse Sie nicht fort.“

„Wirklich nicht...?“ lachte sie.

„Ich bin ja so froh, daß Sie hier sind...“ Und Philippe fühlte, daß er diesmal die Wahrheit sprach.

„Sind Sie nicht böse, Herr... Herr... ja wie heißen Sie denn eigentlich...?“

„Ich bitte tausendmal um Vergebung, Fräulein Mini...“, er verneigte sich mehrmals hastig; „ich vergaß. Ich heiße Philippe... das genügt doch für den Weihnachtsabend...?“

Sie lachte aus großen dunkeln, jungen Augen, in denen es plötzlich seltsam leuchtete.

„Weshalb sollte ich denn böse sein...?“, fragte er und näherte seine Wangen ihrem Gesicht.

„Es ist so kalt hier... Wenn Sie nichts dagegen haben... möchte ich mich ins Bett legen... Aber Sie müssen sich umbrechen... Bis ich rufe...“

Philippe stellte den Stuhl in die Zimmerecke, setzte sich dorthin und hielt sich die Augen überdies zu. Wirklich und wahrhaftig zu. Und als sie rief, da zog er den Stuhl zu seinem Bett, in dem nun dieses fremde, entzückende Mädchen lag, und setzte sich nieder.

„Und jetzt müssen Sie mir etwas erzählen, Herr Philippe...“ rief sie und küßte sich in die Decke. „Solange die Kerze brennt...“

„Und wenn sie herabgebrannt ist... was dann...?“

Als auf dem Tische über dem Leuchter ein winziges blaues Glänzchen ersterbend über einem Restchen flüssigen Wachses hüpfte, warf Philippe plötzlich etwas, das er aus seiner Tasche zog, in den Winkel, wo es polternd niederfiel. „Was war das...?“ rief Mini und zitterte.

Da neigte er sich über sie und küßte sie und sagte: „Gut! Dank, Fräulein Christkind...“

Rauter alias Rauter ist ein Liebkind des Herrn Seigshausvorstandes in Götz. Schon im Jahre 1909 hatte Rauter über Vermittlung des Herrn Seigshausvorstandes stabilisiert werden sollen und wurde dessen Stabilisierung nur dadurch vereitelt, daß bekannt wurde, daß Rauter eine Kerkerstrafe von vier Monaten hinter sich hatte. Damals ordnete die I. L. Staatsbahndirektion Triest an, Rauter zu entlassen. Damals wurde jedoch Rauter unter dem Namen Rauter geführt und nur so war es möglich, daß er nach einigen Tagen unter dem Namen Rauter Aufnahme fand. Inzwischen hatte sich weder Gesicht noch Person verändert und die Kerkerstrafe des „Rauter“ hatte doch auch Rauter verbüßt. Das hatte jedoch nichts zur Sache, denn während „Rauter“ als „entlassen“ verbucht erscheint, arbeitet doch Rauter, von dem man nicht wissen will, daß er mit Rauter identisch ist, als unbescholtener Arbeiter im Heizhaus weiter!

Nun kam die Klage, die Rauter über Auftrag der I. L. Staatsbahndirektion Triest gegen Gesam angestrengt hatte, endlich zur Ausstragung und wurde bei dieser Verhandlung der Angeklagte Gesam vollständig freigesprochen. Durch diesen Freispruch ist mithin erwiesen, daß Gesam keine ungerechtfertigte Beschuldigung gegen Rauter erhoben hatte, sondern daß tatsächlich Rauter alle jene Delikte begangen hat, deren er ihn bezichtigte. Dieser Schuldspruch hatte für den schuldigen Arbeiter Rauter keine weiteren Konsequenzen.

Wegen der erfolgten Entlassung des Arbeiters Gesam intervenierte ich beim Eisenbahnministerium und erhielt folgende besondere Information, die wahrscheinlich anders ausgefallen hätte, wenn der Arbeiter Rauter alias Rauter sich als Sozialdemokrat ausgegeben hätte. Die Information lautet: „Die eingeleiteten Erhebungen haben ergeben, daß die Staatsbahndirektion Triest bereits im Jahre 1909 von der gerichtlichen Vorbestrafung des Arbeiters Rauter (alias Rauter) Kenntnis hatte und daß die Direktion aus diesem Grunde jeden Antrag auf Stabilisierung desselben im Sinne der bestehenden Normen abgelehnt hat. Die damals in Aussicht gestellte Entlassung des genannten Arbeiters wurde mit Rücksicht auf das tadelloste dienstliche und außerdienstliche Verhalten Rauters sowie im Hinblick auf eine zu dessen Gunsten lautende Relation der politischen Behörden nicht vollzogen.“

Anfang des Jahres 1910 beschuldigte der Ruher Josef Gesam den Rauter einiger Diebstähle im Heizhaus Götz; da die diesfalls von der Heizhausleitung Götz in jedem einzelnen Fall sofort gepflogenen Erhebungen zu keinem Resultat führten, wurde Rauter zum Zweck der Klarstellung der Angelegenheit seitens der Staatsbahndirektion Triest beauftragt, Gesam gerichtlich zu belangen; Gesam wurde freigesprochen. „Da durch die Aussagen von Zeugen solche Umstände dargelegt wurden, aus welchen sich hinreichend Gründe ergaben, die von Gesam vorgebrachte Beschuldigung für wahr halten zu können; es sei daher dem Beklagten gelungen, den subjektiven Wahrheitsbeweis zu erbringen.“ Der objektive Wahrheitsbeweis dagegen gelang Gesam nicht und lag auf Grund des Ergebnisses der Gerichtsverhandlung weder für die Staatsanwaltschaft noch für die Staatsbahndirektion eine Verurteilung vor, gegen Rauter einzuführen. Sowohl Rauter als auch Gesam haben demnach noch und zwar seit ihrer Aufnahme ununterbrochen im Dienste; eine Entlassung des letzteren — wie die Information behauptet — ist nicht erfolgt, und zwar ebensowenig wie die Stabilisierung Rauters in Aussicht steht. Schließlich wird noch erwähnt, daß sich sowohl die Staatsbahndirektion Triest als auch die Heizhausleitung Götz stets wohl bewußt waren, daß Rauter und Rauter ein und dieselbe Person ist.“

Ich frage den Herrn Eisenbahnminister, ob er diesen sonderbaren Vorgang aufhebt. Bei dem Fall Rauter handelt es sich natürlich um keinen sozialdemokratischen Arbeiter.

Der Arbeiter Timischl in Anittelfeld hat nichts gestohlen, hatte im Dienst keinen Anstand, war nur wegen einer aus einer Versammlungsangelegenheit entstandenen Streitsache zu einer Arreststrafe von 48 Stunden verurteilt worden und wurde sofort gekündigt.

weil es sich um einen sozialdemokratischen Arbeiter handelte.

Der Vorgeordnete hat dasselbe getan, wird ebenfalls verurteilt, ihm geschieht aber nichts.

Der von der Behörde sonderbarerweise so günstig beschriebene Rauter in Götz wird vom Eisenbahnministerium auf alle mögliche Weise herausgetrieben, der Freispruch des Arbeiters Gesam wird als keine Verurteilung des Rauter aufgefaßt und es geschieht ihm nichts, weil es sich hier um keinen Sozialdemokraten handelt.

Zur Vervollständigung habe ich, entgegen der Information des I. L. Eisenbahnministeriums, folgendes, mir als wahrheitsgetreu mitgeteilt, anzuführen:

„Josef Gesam war entlassen, und zwar durch eine volle Woche. Erst durch Intervention des Herrn Josef Kopac, Sekretär des Allgemeinen Rechtschutzes und Gewerkschaftsvereins in Triest, bei der Staatsbahndirektion Triest wurde er neuerdings aufgenommen und bekam die restlichen Beträge ausgezahlt. Bei der Gerichtsverhandlung, bei welcher Gesam freigesprochen wurde, spielte sich folgender Vorfall ab: Als Gesam mit Zeugen nachgewiesen hat, daß Rauter Petroleum und diverse der Bahnanstalt gehörige Gegenstände nach Hause genommen hat, rief der Richter erregt aus:

„Eine schöne Wirtschaft habt ihr bei der Staatsbahn!“

Nun wurde Gesam freigesprochen. Rauter hat aber auch sein Handwerk noch heute nicht verlernt. Am 2. März 1912 hat er drei Zehnteltonnen Kohle während der Arbeitszeit durch die Arbeiter nach Hause bringen lassen. Bezahlt hat er nur ein Zehnteltonne Kohle. Zeuge Josef Selva, Magazin-aufseher im Heizhaus Götz, I. L. Staatsbahn gibt an, daß am 8. März 1912 der Ruher Kerloc mit einer eingeschmitteten Fensterheibe 35x45 ins Heizmagazin kam und erklärte, die Heibe sei für den Rauter. Der Heizhauschef, dem die Angelegenheit bekannt war, hat nichts gegen Rauter unternommen. Der Ruher Kerloc ist vom Herrn Heizhauschef befragt worden, wer ihm eigentlich den Auftrag gegeben hat, für Rauter die Fensterheibe einzuschneiden. Darauf erwiderte er: „Der Werkmeister Natur!“ Der Chef sagte: „Ja, was werden denn die Leute sagen, da kam ja jeder stehen, was er will.“

Rauter hat auch heute noch den allerbesten Posten inne und äußerte sich wiederholt: „Daß alle diese Lokomotivführer, die gegen ihn arbeiten, eher gehen werden als er, weil, wenn er geht, ihm mehrere große Köpfe nachfolgen werden.“

Solche Vorgänge sind gewiß nicht danach angetan, unter der Arbeiterkraft der I. L. Staatsbahnen das Bewußtsein zu heben, daß sie ohne Unterschied gerecht behandelt werden. Es ist hoch an der Zeit, daß die Arbeiter und Bediensteten

ohne Rücksicht auf ihre politische Gesinnung

gleich, und zwar gerecht behandelt werden. Zum Schluß bin ich noch bemüht, eine Angelegenheit vorzubringen, und zwar die

Uniformlieferungen an die Bediensteten

im Wiener Direktionsbezirk. Ich habe hier eine Unterbeamtenuniform mitgebracht, von den Herren zu zeigen, wie skandalös diese Uniformen hergestellt werden. Ein größerer Skandal ist

natürlich die Hebernahme dieser Uniformen. Die Uniformen sind so ausgefertigt, daß der Bedienstete nicht imstande ist, diese zu tragen. Schickt er sie zurück, so dauert es lange Zeit, bis er sie wieder bekommt. Geändert hat sich aber an der Uniform nichts. Um zu sparen, wurde die Uniformherstellung einer Firma übertragen, die nicht leistungsfähig ist und die Ersparnisse geben auf Kosten der Uniformherstellung und deren Ausfertigung. Der leidende Teil sind die Bediensteten. Es ist höchste Zeit, daß dieser Skandal ein Ende nimmt. (Die Uniform wird von den Budgetauschussmitgliedern besichtigt und auf die Mängel derselben vom Redner hingewiesen.)

Unmittelbar nach der Rede des Abgeordneten Tomischl ergreift der Eisenbahnminister v. Forster das Wort.

Eisenbahnminister Dr. v. Forster

verweist mit Bezug auf die von verschiedenen Seiten gestellten Anträge auf Einstellung eines Betrages von 17 Millionen Kronen für die Zwecke einer neuerlichen Bezugserhöhung für die Staatsbahnbefriedigten auf seine in der heutigen Plenarsitzung in Beantwortung mehrerer Interpellationen gegebenen Darstellungen und führt an der Hand einer mit Detailziffern belegten Resümee der durchgeführten Personalmaßnahmen den Nachweis, daß die Kosten dieser Maßnahmen den für die Zwecke der gedachten Bezugsregulierungen ausgemerkten Betrag von 21 Millionen Kronen vollständig erschöpft haben. Uebrigens auf die gestellten Anträge wegen Zuwendung von 17 Millionen Kronen für die Eisenbahnbefriedigten erklärt der Minister, er könne selbstverständlich keinen anderen Standpunkt vertreten als den, den im Sommer dieses Jahres der Minister des Innern in Vertretung des Ministerpräsidenten gekennzeichnet habe. Der Tenor dieser Regierungserklärung ist in der Hauptsache dahin gegangen, daß die Regierung die Momente, welche für eine fortgesetzte Pflege der Bezugs- und Gehaltsverhältnisse der Bediensteten sprechen, anerkenne, daß sie sich aber im vollen Umfang die Entscheidung vorbehalten müsse, in welchem Zeitpunkt und in welchem Umfang solche Verbesserungen einzuführen haben werden. Die dem Eisenbahnministerium in großer Fülle vorliegenden Vorschläge und Wünsche werden einem eingehenden Studium unterzogen. Das Eisenbahnministerium ziehe gegenwärtig einzelne Verbesserungen in nähere Erwägung und hat hauptsächlich drei Maßnahmen vor Augen: die Frage der Ernennung von Unterbeamten zu Beamten, die Gewährung einer Nachdienstzulage an die Wächter und eine lokale Korrektur der Lohnverhältnisse dort, wo diese noch nicht ganz befriedigen. Die generelle Bezugsregulierung der Staatsbahnbefriedigten möchte aber der Minister vorläufig als abgeschlossen erklären. Die finanzielle Bedeckung für die Auslagen, die aus den verwaltungsseitig geplanten Maßnahmen hervorgehen, müssen in den vorhandenen Geldmitteln und innerhalb der der Eisenbahnverwaltung zugewiesenen Kredite gefunden werden, so daß eine besondere Fürsorge dafür nicht notwendig sein wird. Die zu treffenden Maßnahmen werden wie alle ihre Vorläuferinnen im Wege der Verordnung zustande kommen. Ueber den Zeitpunkt sich heute zu äußern, sei der Minister vorläufig nicht in der Lage, da die Verhandlungen mit dem Finanzministerium zwar eingeleitet, aber zurzeit noch nicht abgeschlossen sind. Der Minister bittet schließlich, angesichts der Tatsache, daß in dem vorliegenden Voranschlag eine Bedeckung nicht gegeben ist und auch nicht geschaffen werden kann, die gestellten Anträge abzulehnen und ihm und der Regierung das Vertrauen zu schenken, daß die Bediensteten so wie bisher in Bezug auf ihre materielle Stellung nicht zu kurz kommen.

Nach Schluß des Blattes.

Der Antrag Tomischl als Minoritätsvotum im Abgeordnetenhaus.

Das Plenum des Abgeordnetenhauses erledigte am 28. Dezember in später Nachsitzung das Budgetprovisorium. Abgeordneter Tomischl begründete seinen Minoritätsantrag auf Einstellung von 17 Millionen für die Eisenbahner. Er erörterte in eingehender Weise die von der Regierung für die Arbeiter der Staatsbahnen zur Durchführung gebrachten Maßnahmen und hob hervor, daß nach den hierüber angestellten Berechnungen berechtigter Zweifel darüber bestehen müßten, daß die Regierung tatsächlich für die Arbeiter der Staatsbahnen 10 Millionen verwendet habe. Er besprach sodann die zugunsten der staatlichen Arbeiter getroffenen Maßnahmen und richtete die Aufforderung an das Haus, die Regierung endlich zu zwingen, die einstimmig gefaßten Beschlüsse des Hauses durchzuführen. Die Majoritätsparteien dürften auch nicht davor zurückschrecken, daß die Regierung jetzt mit dem § 14 droht. Wenn sie vor den Drohungen der Regierung nicht zurückweichen werden, dann werde die Regierung nachgeben müssen. Der Deutsche Nationalverband habe sich mit den Resolutionsanträgen begnügt, in welchen die Regierung aufgefordert werde, das zu tun, was das Haus bereits im Dezember 1911 einstimmig beschlossen hat. Sein Antrag bezwecke, die Regierung zu zwingen, für die Erhöhung der Bezüge der Eisenbahner und staatlichen Arbeiter den Betrag von 17 Millionen Kronen zu verwenden.

In diesem Antrag könne absolut keine Demagogie erblickt werden. Demagogie war es, wenn die Majoritätsparteien im vorigen Jahre einen Resolutionsantrag angenommen haben, in welchem zur Regelung der Verhältnisse der Eisenbahner 38 Millionen Kronen verlangt wurden, es bisher aber ruhig mitangesehen haben, daß die Regierung diesen Antrag nicht durchführte und damit dem einstimmigen Beschluß des Abgeordnetenhauses nicht Rechnung trug.

Sein Minoritätsantrag verfolgte den Zweck, daß der Betrag von 17 Millionen Kronen in das Budget eingebracht wird, damit die Regierung genötigt wird, diese Summe zur Verbesserung der Bezüge der Eisenbahner und staatlichen Arbeiter zu verwenden. Er bittet, seinem Antrag zuzustimmen. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Nur mit zehn Stimmen Mehrheit abgelehnt!

Um 12 Uhr nachts gelangt das Haus zur Abstimmung. Sie erfolgt mit Namensaufzählung. Als sie beschloffen wird, macht der Dechant Frischung folgenden „Witz“: er macht das Zeichen des Kreuzes und ruft: „Vereinsgehe!“ (Daß es deswegen nicht mehr erledigt wird.) Herr v. Baedisch stimmt für den Antrag! Darauf schreit Steinwender: „Das ist schön!“ Und Herr Sommer: „Dann stimmen wir alle für den Antrag!“ Das genügt, daß nun alle Christlichsozialen gegen den Antrag stimmen! Der Antrag wird mit 153 gegen 143 Stimmen abgelehnt, also nur mit zehn Stimmen Mehrheit! Im Juli war die Mehrheit

102 gegen 136 Stimmen! Gegen den Antrag stimmen alle Agrarier geschlossen; von den städtischen Abgeordneten hatte sich eine große Anzahl absteigert. Herr Seiner, der Eisenbahner, stimmte aber wider gegen den Antrag. Wir kommen auf diese Abstimmung noch ausführlich zurück.

Das Anebelungsgefeß für die Staatsangestellten.

Die bürgerlichen Parteien, allen voran die Nationalverbändler und ihre Bufenfreunde die Christlichsozialen, haben den Staatsbeamten und Dienern den Schlingenscherer gereicht, in welchem der politische Tod enthalten war. Profit Neujahr! Endlich ist es gelungen, das große Meer der Staatsangestellten politisch und wirtschaftlich für alle Zeiten zu seloten zu machen. Die Regierung hat es so gewollt, das Herrenhaus hat es ausgeführt und die guten „Nazi“ und „Christen“ haben es beschlossen.

Das Vorspiel zum neuen Straßengesetzbuch ist damit absolviert. Mit der Annahme dieses Gesetzes im Parlament sind die Staatsangestellten zum Teil außerhalb der Staatsgrundgesetze gestellt, das Vereins- und Koalitionsrecht für diese Gruppe außer Wirksamkeit gebracht worden. Das Gesetz ist ärger als die „neuschwänze Kake“, die das Väterchen Jar bei seinen Untertanen anwendet.

Um zu zeigen, von welcher Art die Fessel sind, die man Hunderttausenden von Staatsbürgern zwangsweise anlegt, lassen wir aus dem 188 Paragraphen bestehenden Gesetz bloß drei Paragraphen im Wortlaut folgen:

Amtsverschwiegenheit.

§ 23.

Der Beamte hat über alle ihm in Ausübung des Dienstes oder mit Beziehung auf seine amtliche Stellung bekanntgewordenen Angelegenheiten, die im Interesse des Staates oder der Parteien oder sonst aus dienstlichen Rücksichten Geheimhaltung erfordern oder ihm ausdrücklich als vertrauliche bezeichnet worden sind, gegen jedermann, dem er über solche Angelegenheiten eine amtliche Mitteilung zu machen nicht verpflichtet ist, strenges Stillschweigen zu beobachten.

Eine Ausnahme hiervon tritt nur insoweit ein, als ein Beamter für einen bestimmten Fall von der Verpflichtung zur Wahrung des Amtsgeheimnisses entbunden wurde.

Die Pflicht der Amtsverschwiegenheit besteht auch im Verhältnis außer Dienst und im Ruhestand sowie nach Auflösung des Dienstverhältnisses unverändert fort.

Verhalten.

§ 24.

Der Beamte hat in und außer Dienst das Standesangehören zu wahren, sich stets im Einklang mit den Anforderungen der Disziplin zu verhalten und alles zu vermeiden, was die Achtung und das Vertrauen, die seine Stellung erfordert, schmälern könnte.

Auch im Ruhestand ist der Beamte zu einer dem Standesangehören angemessenen Haltung verpflichtet.

§ 25.

Dem Beamten ist die Teilnahme an einem Verein untersagt, wenn sie wegen der Verbindungen des Vereines oder wegen der Art der Vereinsbetätigung den Pflichten eines Beamten widerspricht.

Kein Beamter darf einer ausländischen, politische Zwecke verfolgenden Gesellschaft angehören.

Ebenso ist das Eingehen von Verbindungen untersagt, welche den Zweck verfolgen, Störungen oder Hemmungen des Amtes oder Dienstbetriebes herbeizuführen.

In dieser Fassung wollte die Regierung den Patentmaulkorb haben, dem das Herrenhaus zustimmte und die Mehrheitsparteien, ohne auch nur einen Versuch zu unternehmen, eine Verbesserung durchzusetzen, geschluckt haben. Alle Änderungsanträge der Sozialdemokraten fanden bei den „Nazi“ und Christen kein Gehör. Die Regierung befahl und ihre Mameluden gehorchten wie gut dressierte Zirkusbüdel. In einer Zeit, wo man daran schreitet, den Hindus staatsbürgerliche Rechte zu garantieren, scheut man sich nicht, die notwendigsten und heiligsten Rechte der Kulturmenschen zu beschneiden.

In der Generaldebatte gab Abgeordneter Stahl im Namen des Deutschen Nationalverbandes die Erklärung ab, keine Redner für diesen Gegenstand zu entsenden und der Vorlage in der Fassung des Herrenhauses zuzustimmen. Dasselbe taten die Christlichsozialen, die sich nach dieser devoten Erklärung nichts mehr vergaben.

In der Debatte sprach auch unser Genosse Rudolf Müller, dessen Ausführungen wir hiemit folgen lassen:

Meine Herren! Wir haben innerhalb kurzer Zeit, wie schon der Herr Berichterstatter gesagt hat, in diesem Hause eine Reihe von Staatsnotwendigkeiten so prompt absolviert, daß es an der Zeit ist, eine Volksnotwendigkeit zu beschließen, damit wenigstens ein Teil des Volkes, die Beamten, zu den schönen Weihnachtsfeiertagen, wo Friede sein soll, irgendeine Freude bekommen möge. Wenn wir nun das, was wir jetzt beschließen sollen, nämlich dieses Gesetz, ein bißchen anschauen, so sehen wir, daß es durchaus nicht eine Gabe, eine Erweiterung des Rechtes ist, sondern daß es für einen großen Teil der Staatsbeamten und der Staatsbediensteten eigentlich einen Maulkorb für alle Zeiten bedeutet.

Würden wir in Oesterreich sicher sein, daß ein solches Gesetz in absehbarer Zeit wieder geändert werden könnte, so wären vielleicht nicht so schwere Bedenken dagegen, als sie acacnartig

bestehen. Aber wir wissen, daß bei uns alles Glende und Schlichte eine ungeheuer lange Lebensdauer hat, während irgend etwas Gutes sich kaum einzuleben vermag. Und gerade deshalb, weil die Regierung so besonders und so hartnäckig darauf besteht, dieses Gesetz in der Form, wie es das Herrenhaus beschloß, zu schluden und weil sie andererseits ihre Meinung durch den Mund des Herrn Referenten überall zum Ausdruck bringt, das Gesetz muß so angenommen werden, wie es vorliegt, oder die Beamten bekommen gar nichts.

so schaut dies einer Erpressung verflucht gleich. Der Referent hat von der Tribüne herab betont, daß derjenige, der eine gegenteilige Meinung dazu äußert, an der Verzögerung Schuld trägt, daß die Interessen der Staatsbeamten auf längere Zeit unberücksichtigt bleiben.

Die Regierung hat zu wiederholten Malen im Ausschuss feierlich erklärt — und der Referent Cech hat dies bestätigt — daß sie nicht daran denke, die bürgerlichen Rechte der Staatsbeamten und Staatsbediensteten, insbesondere das allgemeine und passive Wahlrecht derselben, einzuschränken.

Wer aber bürgt dafür, daß ein solches Versprechen, das von der Regierung gegeben wird, auch für alle Zeiten aufrecht erhalten bleibt?

Wir haben ja schon des öfteren solche feierliche Erklärungen von der Regierung erhalten; aber dann ist eine andere Regierung gekommen und hat sich an diese „Feierlichkeit“ nicht gehalten. In Oesterreich sind die Regierungen so billig wie Brombeeren; heute ist Stürgkh noch Ministerpräsident und morgen vielleicht schon ein anderer.

Wir haben für meine Behauptung auch Beispiele. Im Jahre 1894, als das Eisenbahnunfallversicherungsgesetz, beziehungsweise dessen Ergänzungsgesetz für die Eisenbahner beschlossen wurde, hat auch die Regierung in der feierlichsten Weise erklärt — es war dies damals Graf Wurmbbrand — daß sie niemals daran denken wird, die Rechte derjenigen Bediensteten, die aus dem alten Gaspflichtgesetz Ansprüche haben, irgendwie beeinträchtigen zu wollen. Und jetzt, nach ungefähr 19 Jahren, kommt eine andere Regierung und legt das Sozialversicherungsgesetz vor, in dem alle diese

feierlichen Erklärungen vollkommen zunichte gemacht

und alte, wohlverdiente Ansprüche eliminiert werden.

Wenn wir die §§ 24 und 25 und die korrespondierenden §§ 163 und 164 dieses Gesetzes anschauen, wo es sich um die Ausübung des Vereins- und Versammlungsrechtes, um die Teilnahme an Vereinen und um die Dienstverschwiegenheit handelt, so müssen wir sehen, daß die Bestimmungen wohl

ein Novum seltener Sorte vorstellen

und wir alle niemals geglaubt haben, daß das Herrenhaus diese vom Parlament ohnehin eingeschränkten Rechte nochmals droffen wird. Das Herrenhaus ist hergegangen und hat selbst dieses Minimum, das hier im Hause beschlossen worden ist, nochmals einer strengeren Korrektur unterzogen und die Staatsbeamten und die Staatsbediensteten vollkommen dieser Rechte entkleidet. Es wollte dadurch offenbar den Beamten den Wahlpruch unseres Kaisers:

„Einigkeit macht stark!“

ad absurdum führen, um zu zeigen, daß die Beamten und die Diener, die über die Gesetze zu wachen und sie überall sehr gewissenhaft anzuwenden haben — das Gefühl sollte verstärkt werden — daß man ihnen selbst einen Teil

der wirksamsten und wichtigsten Rechte,

die für jeden einzelnen Staatsbürger Geltung haben, wegnimmt.

Wenn die Regierung im Herrenhause ebenso hartnäckig und zielbewußt auf ihrer Meinung bestanden wäre, wie sie es im Ausschuss und hier im Hause getan hat, dann wäre zweifellos diese Gefahr von den Beamten abgewendet worden. Aber die Regierung hat zu tadelnden Malen und immer wieder von neuem erklärt — auf diesem Gebiet war sie einmal konsequent, das muß man ihr nachsagen — daß sie nur den

Änderungen des Herrenhauses zustimme,

und wenn hier anders entschieden wird, dann sei das ganze Gesetz in Frage gestellt. Jedes

zweite Wort der Regierung war eine Drohung

und leider Gottes haben sich die sogenannten Mehrheitsparteien auch vollkommen einschüchtern lassen und haben das, was die Regierung ihnen vorgelegt hat, fast mit einer Art Jubel angenommen.

Im Ausschuss ist es möglich gewesen, eine Reihe von sowohl für die Bediensteten als auch für die Beamten harten und drückenden Bestimmungen dieses Gesetzes zu ändern, insbesondere wurde im Staatsangestelltenausschuss unser Antrag angenommen, daß, wie dies bei der Post zum Teil und teilweise auch bei den Bahnen praktiziert wird, ein Bediensteter, der eine gewisse Anzahl von Dienstjahren zurückgelegt und seine Fachprüfungen absolviert hat,

Anspruch auf einen Posten als Unterbeamter

erhält. Den anderen Tag aber hat die Regierung wieder abgewunken und die Mehrheitsparteien sind fast vollständig im Ausschuss erschienen, um zu beantragen, daß dieser Beschluß wieder reasumiert und die im Herrenhause beantragte und beschlossene Regierung aufrecht erhalten werde, und mit einem wahren Jubel haben die Mehrheitsparteien diesen kleinen Fortschritt, der da errungen worden ist, wieder zunichte gemacht. Wer dieses Verhalten mit dem, was sie vorher in Zeitungen geschrieben und vor den Wahlen gesagt haben, vergleicht, wird wohl sagen müssen, daß bei diesen Herren

Versprechungen und Taten

zweierlei ist. (Abgeordneter Fortner: Wenn es gegen die Bediensteten geht, dann sind die Herren einig!) Sehr richtig, nur sind sie bei den Beamten bei der Wegnahme ebenso einig gewesen wie bei den Bediensteten, obwohl

die Beamten doch eigentlich ihre Söhne sind.

Aber nicht nur den Staatsbediensteten, sondern allen Menschen, die sich koalieren und zusammenfinden, um aus eigener Kraft ihr Schicksal in die Hand zu nehmen, stehen die Regierung und die Mehrheitsparteien spinnfaden gegenüber und daher haben sie auch die Beschlüsse des Herrenhauses zu den ihrigen gemacht. Sie haben den Notau vor dem Herrenhause gemacht. Vor einigen Tagen ist in der gelben Presse, im Organ der deutschen Arbeiterpartei, ein Artikel über den Beschluß des Herrenhauses erschienen, den ich vollkommen unterschreiben könnte und der in die Worte ausklingt: Wir stehen auf dem Standpunkte, daß

das Herrenhaus keine Existenzberechtigung hat,

in so wichtigen Fragen ein Votum abzugeben. Als es aber zur Beschlußfassung zur Abstimmung im Staatsangestelltenausschuss gekommen ist, waren es gerade diejenigen Vertreter, die vielleicht selbst die Schreiber dieses Artikels acweien sind, die einheilig

für die Beschlüsse des Herrenhauses stimmten. Wir haben es hier zu tadelnden Malen gesehen, wie bei den sogenannten Staatsnotwendigkeiten

die Vertreter des organisierten Verrates

wie ein Mann aufgetreten sind und stets für neue Lasten votiert haben. Es ist also kein Wunder, wenn sie der Regierung zuliebe — denn sie sind echte Regierungsmameluden — für diese schwerwiegenden Dinge gegen ihre eigenen Leute stimmen.

Wir haben uns Mühe gegeben, in einer Reihe von Bestimmungen Verbesserungen durchzusetzen,

aber es war der Liebe Mühe umsonst;

da haben wir tauben Ohren gepredigt, das waren Mäuse in der Mühle. Da haben sich die Mehrheitsparteien mit keiner Geste gerührt, für sie war es feststehend, daß sie die Beschlüsse des Herrenhauses zu ihrem eigenen Votum machen.

Ich will nur auf eines hinweisen, um zu zeigen, wie „konsequent“ unsere Mehrheitsparteien urteilen und handeln. Es ist noch gar nicht so lange her, da haben wir erfahren, daß eine Reihe von hohen Regierungsfunktionären aus dem Staatsdienste austraten und sich die Erfahrungen und Kenntnisse, die sie im Staatsdienste gesammelt haben, von

großen privaten Aktiengesellschaften ablaufen lassen.

Ein Sturm ging durch die Öffentlichkeit, daß das ein Akt der größten Korruption sei und daß eine solche Tat einzig und allein nur in Oesterreich möglich sei. Als wir beantragten, daß künftighin die Wiederkehr einer solchen Sache ausgeschlossen sein soll, ist die Regierung aufgetanden und hat in einer blumenreichen Sprache erklärt, daß das eine Verletzung des staatsbürgerlichen Rechtes der Freizügigkeit sei, man könne doch unmöglich das, was jedem Menschen gestattet ist, nämlich, wenn er in Pension geht, sich eine andere Arbeit oder einen Nebenberuf anstrebt und annimmt, dem Staatsbeamten verweigert werden kann. Dieses Begehren hat die Regierung als ein großes Unrecht erklärt und sie hat dafür schöne, süßliche Worte gefunden und die Mehrheit überredet, daß auch für

die Zukunft diese Korruption System bleibt.

Auch zu diesem Regierungswunsche haben die Mehrheitsmameluden ja und amen gesagt; das ist eine Schande für unser ganzes öffentliches Leben. Wenn es sich aber darum handelt, die Bediensteten, die niederen Beamten das individuelle Recht, die staatsbürgerlichen Rechte ausüben zu lassen, die ja für jedermann bestehen sollen, dann sagt die Regierung und die Mehrheitsparteien, das sei

ein Ding der Unmöglichkeit,

und sie verschließt sich total vor jeder vernünftigen Auseinandersetzung. In diesem Gesetz werden bekanntlich die aktiven mit den nichtaktiven Bediensteten gleichgestellt. Wenn also draußen im Leben noch irgendein Ausweg gefunden werden könnte, daß vielleicht die Nichtaktiven einmal die Wortführer der Aktiven werden könnten, daß die nichtaktiven Leute das Sprachrohr der Wünsche und Beschwerden der Aktiven werden könnten, so ist dafür im Gesetz Vorkehrung getroffen, daß das für alle Zeiten nicht mehr eintreffen kann. Mit Haut und Haar ist einem Beamten und Diener die Verpflichtung auferlegt, bis zu seinem Tode nichts für sich selbst zu unternehmen. Es wird im Gesetz sogar verlangt, daß

auch Hemmungen und Störungen

im Dienste mit Strafen, und zwar mit der allerhöchsten Strafe, mit der Entlassung belegt werden. Die Regierung fürchtet so furchtbar die passive Resistenz. Die passive Resistenz soll ja eigentlich der normale Gang der Geschäfte sein, weil mit ihr die geltenden Vorschriften angewendet werden, wendet man jedoch diese an, dann entsteht für den Staat, der sie herausgegeben hat, selbst eine große Gefahr. Die Regierung will also verhindern, damit künftighin eine solche Störung oder Hemmung, wie sie die passive Resistenz jetzt nennt, vermieden werde, und deshalb unterdrückt sie nicht bloß

das Vereins- und Versammlungsrecht,

sondern alle Rechte, die geeignet wären, Hemmungen im Dienste zu verursachen.

Meine Herren! Das Wort Hemmungen läßt sehr viele Deutungen zu. Wo wird das anfangen und wo hört das auf? Mit welchen Mitteln können die Angeestellten künftighin — und die Zeit wird bald kommen, denn die Feuerung schreitet fort — sich in der Öffentlichkeit rühren, der Öffentlichkeit ihre Meinung, ihren Mißstand bekanntgeben, wenn alle diese Rechte von vornherein wegkassiert werden? Die Presse! Mein Gott, die Presse! Sie wissen, wie sie hier im Hause behandelt wird, wo

der Präsident sich als Staatsanwalt fühlt

und Konfiskationen vornimmt. Wir hören hier mit jedem Tage von neuem Beschwerden darüber, daß ganz nichtsagende Artikel vom Staatsanwalt unterdrückt werden und die Presse verfolgt wird. Daß die Bediensteten etwa durch die Presse die Meinungen der Staatsbeamten und Staatsbediensteten zum Ausdruck bringen könnten, ist nach allen den Erfahrungen, die wir bisher gemacht haben, ein Ding der Unmöglichkeit. In diesem Gesetzentwurf hat ja auch der Justizminister Hochenburger mit seiner Hand im Spiele gehabt, und wo der Mann hingreift und hintritt, da wächst bekanntlich länger als

neun Jahre kein Gras mehr.

Und er hat sehr gründlich dafür gesorgt, daß jedes bißchen Freiheitsbestrebung, jede Freizügigkeit, das Koalitionsrecht, das individuelle Recht vollkommen degradiert worden ist. Und die Mehrheitsparteien schauen zu dieser Vergeßlichkeit hier so ruhig zu, als wenn gar nichts geschehen wäre. Sie wollen für die Wegnahme dieser vitalen Rechte, die dem Bediensteten durch das Staatsgrundgesetz garantiert sind,

ein Einlenken hiefür bieten,

einfach für einen Witten Brot abhandeln. Ich bin überzeugt, daß das, was man den Staatsbeamten und Staatsbediensteten gegenwärtig materiell in dem dritten Gesetz gibt, durch die Macht der Verhältnisse und der exorbitanten Feuerung von selbst gekommen wäre und kommen hätte müssen, weil man die Staatsbediensteten doch schließlich und endlich

nicht Hungers sterben lassen kann.

Aber, meine Herren, wenn die Gefahr nur darin liegen würde, daß man bloß für die Staatsbeamten und Staatsbediensteten im eigentlichen Sinne des Wortes diese Einschränkungen statuieren würde, dann wären die Bedenken vielleicht etwas geringer. Werden diese Einschränkungen einmal Gesetzeskraft haben, dann seien Sie überzeugt, daß die Regierung daran gehen wird, im Verordnungswege diese Bestimmungen auf die

anderen Beamten und Bediensteten,

die in Staatsbetrieben beschäftigt sind, auszudehnen, vor allem auf die Eisenbahner, auf die Montanarbeiter, die Tabakarbeiter und alle anderen, die im Be-

triebe einer Staatsunternehmung stehen. Die Länder und Gemeinden werden diesem Beispiel folgen. Das ist wohl die allergrößte Gefahr, die dieses Gesetz birgt.

Was wollen die Mehrheitsparteien und die Regierung durch diesen Anhebungsparagraphen und durch das ganze Anhebungsgebot? Sie wollen das Vertrauen der Staatsbeamten und Staatsbediensteten zu dem Parlament untergraben, sie wollen das Vertrauen zur Demokratie untergraben, sie wollen haben, daß die Staatsbeamten sagen: wir haben uns mit allen möglichen Parteien ausinandergesetzt, aber es war die Lebensmühe vollständig umsonst, wir haben vom Parlament nichts zu erwarten.

und flehen auf unsere Rechte.

Das Parlament, die Mehrheitsparteien wollen nun diese Anhebung befehlen und berufen sich bei ihrer unehrenhaften Tat darauf, daß auch ein Teil der Staatsbeamten und Staatsbediensteten dafür sei, dieses Vorgehen so rasch als möglich zu bekommen, wenn sie sich damit auch der anderen Rechte begeben. Es mag richtig sein, daß es

einzelne solcher Kreaturen gibt,

die auf ein solch wichtiges Recht verzichten, aber die Mehrheit der Beamten und Bediensteten, soweit dies uns bekannt ist, hat mit dem größten Eifer und mit der größten Wucht dagegen Einspruch erhoben und verlangt, daß wegen dieser kleinen Zuzugabnisse in materieller Beziehung, die hier im Gesetz angedeutet sind, sie nicht zu Staatsbürgern zweiter Klasse degradieren werden. Es kommt mir vor, als wenn gerade durch diese vier Paragraphen, die §§ 24, 25 und 163, 164, die Regierung quasi

die gelben Organisationen tolerieren

wollte; denn sie will ja nur zu solchen Verbindungen ihre Zustimmung geben, bei denen keine Gefahr für ihren Geldsack besteht. Und wo besteht keine Gefahr? Bei dem organisierten Verrat, bei den Gelben! Unsere nachsteifsten Deutschbürgerlichen fürchten nichts auf der Welt als den Grafen Stürgkh, deshalb apportieren sie so prompt das Gesetz. Graf Stürgkh kennt die Furcht der Nationalverbände und behandelt sie nach ihrem Verdienst, denn jedermann bekommt jene Achtung, die ihm gebührt. Sie haben, meine Herren, dieser Regierung jeden Wunsch bewilligt und wir sehen schon aus dem Laufe der jetzigen Verhandlungen und aus diversen Zwischenfällen, die stattfinden, wie nett sich die Regierung gegenüber den Mehrheitsparteien benimmt.

Meine Herren! Es geht nicht an, in letzter Stunde, wo fogsagen jeder auf Nadein steht, sich vollkommen mit dem Detail dieses Gesetzes zu beschäftigen, daher will ich nur so nebenbei auf einige geradezu mittelalterliche Bestimmungen hinweisen. Im Gesetz heißt es: Der Bedienstete und Beamte soll einfach arbeiten, so lange eine Arbeit vorhanden ist. Die Ueberstunden, deren Bezahlung wir im Ausschuss durchgedrückt haben, haben die deutschen Mannen durch einen Reassumierungsbeschluß im Ausschuss wiederum gänzlich gemacht. Daß diese nicht separat vergütet werden dürfen, war also bei ihnen von

vornherein eine beschlossene Sache.

Die löbliche Regierung brauchte nur mit ihrem Sirenenfang einsehen und die Mehrheitsparteien verstanden sie: Sie dachte sich: Wenn man die Staatsbeamten kuzonieren kann, dann ist es auch leichter.

die Arbeiterschaft zu kuzonieren.

Und die Mehrheitsparteien sind zusammengeknüpft und haben auch diesen Beschluß, daß den Bediensteten die Ueberstunden bezahlt werden, gänzlich gemacht. Es ist ganz sonderbar, der Staat verlangt Arbeit, viel und gute Arbeit, er will aber diese Mehrarbeit nicht bezahlen.

Wenn wir weiter den § 162 anschauen, so finden wir, daß darin über die Dienstverhältnisse gesprochen wird. Was man unter verschwiegen alles verstehen kann, welche Maßregelungen künftighin aus diesem einen Paragraphen entstehen können, davon haben wir jetzt allerdings keine Ahnung, aber es werden künftighin durch diese Bestimmungen viele Existenzen vernichtet werden, zahllose Tränen werden von armen Frauen und Kindern vergossen werden, weil ihr Mann, ihr Vater

über diese Falschheit gestraucht

und aus dem Dienst entlassen worden ist. Für diese Verbrechen überlassen wir natürlich die Verantwortung vollkommen den Mehrheitsparteien. Die haben es in der Hand gehabt, aus dem Gesetz etwas Gutes zu machen und die gelegten Fuhangeln darin zu beseitigen. In Ihren Reden sagen Sie immer in der Einleitung, Sie wollen etwas Gutes, aber — dann kommt nämlich immer das große „Aber“ — zum Schluß wird es immer etwas Schlechtes. Das ist eigentlich der Fluch der bösen Tat, daß das, was Sie angreifen, immer in letzter Konsequenz zum

Schaden der Angestellten ausgefallen ist.

Wir haben über 30 Minoritätsvoten angemeldet und ich würde recht sehr bitten, daß man wenigstens einigen dieser Minoritätsvoten zustimmen würde. Und wenn wir uns schon nicht entschließen können, neue Bestimmungen aufzunehmen, die dem Zeitgeiste, den gegenwärtigen Verhältnissen und Rechtsanschauungen entsprechen, so kann man doch wenigstens verlangen, daß diejenigen Paragraphen wieder in der Fassung hergestellt werden, die seinerzeit im Abgeordnetenhaus beschlossen worden sind. Wenn man nicht einmal diesem Minimum von Rechten zustimmt, so zeigt man nach außen hin, daß man das, was man seinerzeit beschlossen hat,

gar nicht ernst gemeint

und sich von vornherein auf die Korrektur des Herrenhauses verlassen hat. Auch dort haben die Mehrheitsparteien ihre Parteifreunde sitzen und all das, was Sie vor Ihren Wählern nicht verantworten können, lassen sie im übertragenen Wirkungskreis durch die verantwortungslosen Herrenhäuser besorgen.

Durch ihre Zustimmung im Ausschuss haben sie sich als freigewählte Abgeordnete selbst entlehrt. Statt den „Herren“ dort drüben zu zeigen, daß Sie in ihrer Meinung hart wie ein Landgraf sein könnten, haben Sie vor den Schwarzenberg und Philippovich ihre Verbeugung gemacht und damit angezeigt, daß

Ihr Stolz vor Fürstentümern

ein Ende hat. Wir waren ja heute des öfteren Augenzeugen von solchen devoten Vorgängen hier. Als das Gesetz über die militärischen Dienstleistungen in dritter Lesung angenommen war, da sind unsere nachsteifsten Deutschen da drüben auf den Landesvertheidigungsminister und auf seinen Sektionschef mit einer Begrüßung losgerannt und haben ihnen immerfort die Hand geschüttelt und zu dem großen Erfolge gratuliert, den er hier im Hause des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts errungen hat. Wir wissen schon, daß von diesen Mehrheitsparteien dieses verlangt werden kann, aber ich bin kein Besimist, ich gebe noch immer nicht die Hoffnung auf, daß Sie sich doch

nicht selbst ins Gesicht spucken

und das, was Sie hier einst beschlossen haben, wieder herstellen werden.

Ich bitte Sie also, meine Herren, unseren Minoritätsvoten das Entgegenkommen zu bezeugen und dasjenige Urteil zu fällen, welches diesen Minoritätsvoten gebührt. (Lebhafte Beifall und Gänkeklatschen.)

Gegen die guten Sitten.

Zum Kampfe um das Koalitionsrecht.

Es ist ein bedenkliches Zeichen, daß heute in fast allen Ländern mit einer starken modernen Arbeiterbewegung ganz ernsthaft von den Regierungen und der mit diesen verbündeten Unternehmern der Versuch unternommen wird, den Arbeitern, insbesondere aber den verschiedenen Gruppen von Staatsangehörigen das Koalitionsrecht zu entziehen. So bildet jetzt die Tatsache, daß sowohl das österreichische Herrenhaus wie die bürgerliche Mehrheit des Abgeordnetenhauses der Absicht der Regierung beipflichten, die dahin geht, zunächst den Staatsbeamten das Koalitionsrecht zu nehmen, ein lehrreiches Vorzeichen zu dem Versuch, der bekanntlich in dem Entwurf zur Reform des österreichischen Straßengesetzes in Beziehung auf die Eisenbahner und der Angestellten aller öffentlichen Betriebe von der Regierung unternommen wird und der bekanntlich darauf abzielt, diesen Gruppen das Recht auf Vereinigung und auf gemeinsame Lohnkämpfe zu rauben.

Das Koalitionsrecht der Arbeiter beruht auf unserer Produktionsweise. Es ist eine notwendige Folge der rechtlichen Freiheit des modernen Arbeiters. Erzeugen ist es in allen modernen Staaten nach schweren, opfervollen Kämpfen der Arbeiterklasse. Das Koalitionsrecht der Arbeiter ist erforderlich, soll der Verkäufer der wertvollsten nationalen Ware „Arbeitskraft“ nicht schlechter behandelt werden als der Verkäufer irgendeiner anderen Ware. Eine Beschränkung der Koalitionsfreiheit der Arbeiter enthält — wie der von Bismarck unterm 10. Februar 1868 vorgelegte auf Aufhebung der Koalitionsbeschränkungen auch gegen die Landarbeiter gerichtete Entwurf anerkennt — eine Beschränkung in der Wahl der Mittel, welche auf die Bestimmung der Arbeitsbedingungen, namentlich des Arbeitslohnes und der Arbeitszeit, einwirken können, da sie die Verabredung des gemeinschaftlichen Handelns, durch das allein in der Annahme der Bedingungen Nachdruck verschafft werden kann, einengen. Durch das Koalitionsrecht kommt der Arbeiter erst in dieselbe Lage wie jeder andere Warenverkäufer. Koalitionsbeschränkungen gefährden bei der Untrennbarkeit der Ware „Arbeitskraft“ von der Person ihres Eigentümers die persönliche Freiheit des sozial abhängigen Arbeiters. Das Koalitionsrecht der Arbeiter ist ein Kampfmittel im Kampfe gegen die ökonomische Hörigkeit der Arbeiter. Wer das Koalitionsrecht einengt, sei es durch Gesetz oder durch Vertrag, beschränkt die persönliche Freiheit des Arbeiters, beeinträchtigt seine rechtliche Freiheit und mißhandelt die Arbeitskraft. Er lehnt sich also gegen die herrschende Gesellschaftsordnung auf, welche auf der Arbeit rechtlich freier aufgebaut ist, und sucht die Arbeiterklasse in Verhältnisse zurückzudrängen, die für den einzelnen schlimmer als die Lage in einem Sklavenstaat zu ertragen sind.

Wie sehr auch selbst das bürgerliche Recht von diesem hier dargelegten Gedankengang durchdrungen war, das beweist der Umstand, daß der § 133 des reichsdeutschen bürgerlichen Gesetzbuches, der von Verträgen und Rechtsgeschäften handelt, die „gegen die guten Sitten“ verstoßen und daher rechtlich unwirksam erklärt werden, unter den Bedingungen und Rechtsprinzipien, die bei einer gültigen Vertragschließung beachtet werden müssen, auch dem Sinne nach, die Koalitionsfreiheit darunter einbezogen. Damit nämlich Verträge, welche die Koalitionsfreiheit beeinträchtigen, für nichtig erklärt werden, war bei Schaffung des § 133 in der Kommission zur Beratung des bürgerlichen Gesetzbuches von sozialdemokratischer Seite beantragt, im § 133 hinter guten Sitten zu setzen: „oder die öffentliche Ordnung“. Der Antrag wurde als überflüssig abgelehnt, weil alle Verträge, welche die Koalitionsfreiheit beschränken, unzweifelhaft auch gegen die guten Sitten verstoßen und deshalb nichtig sind. In dem Bericht der Kommission heißt es: Zur Begründung des Antrages sei ausgeführt:

„Die Rechtsentwicklung habe zur Anerkennung einer Anzahl höchst wichtiger allgemeiner Rechtsprinzipien geführt, so beispielsweise der persönlichen Freiheit, der Koalitionsfreiheit, der Gewerbefreiheit, der Gewissensfreiheit, der Freiheit in Ausübung des Wahlrechts und anderer. Täte nun ein Rechtsgeschäft derartige Grundprinzipien der Rechtsordnung an, so müsse es mit Nichtigkeit bedroht werden. Auch der Code civil erkläre in Artikel 6 jedes Geschäft für nichtig, welches mit Gesetzen in Widerspruch steht, welche die öffentliche Ordnung betreffen. Wie sich in Frankreich aus dieser Regel eine höchst wichtige Judikatur im Interesse des Schutzes der Freiheit entwickelt habe, so werde es bei der Annahme der beantragten Bestimmung auch in Deutschland der Fall sein.“

Von seiten der verbündeten Regierungen und von verschiedenen Kommissionsmitgliedern wurde dagegen zunächst auf die völlige Unbestimmtheit des Begriffs der öffentlichen Ordnung hingewiesen, welcher auch in Frankreich zu zahlreichen, keineswegs unbedenklichen richterlichen Entscheidungen geführt habe. Freilich sei gewiß

nicht zu verkennen, daß der Schutz der Koalitionsfreiheit, Wahlfreiheit, Gewerbefreiheit u. s. w. die Nichtigkeit gewisser Verträge gebieterisch verlange. Allein diese Nichtigkeit trete dann auch nach dem Entwurf zweifellos ein, da solche Verträge als „gegen die guten Sitten“ verstoßend zu betrachten seien. Ein Vertrag, durch welchen jemand beispielsweise die Koalitionsfreiheit, die Gewissensfreiheit, die Ausübung oder Nichtausübung des Wahlrechts beschränke, verstoße zweifellos gegen die guten Sitten. Auch Beschränkungen der Gewerbefreiheit, sofern sie das durch wirtschaftliche Interessen berechtigte Maß überschreiten, seien, als den guten Sitten widersprechend, zu verwerfen. Wo aber ein solcher Widerstreit gegen die guten Sitten nicht vorliege, da müsse der Vertrag auch gültig sein, wie zum Beispiel wenn ein Hotelwirt ein an ein Hotel grenzendes Grundstück verlaufe und sich dabei ausbedinge, daß der Käufer auf demselben kein Hotel errichte oder betreiben dürfe.“

Dieser Standpunkt freilich wurde von der deutschen Reichsregierung zu einer Zeit eingenommen, wo die Schachmacherei nicht so wie heute allseits Trumpf gewesen ist. Aber um so wichtiger ist es, daran zu erinnern, und aufzuzeigen, daß heute unsere ganze Rechtsentwicklung immer mehr nach rückwärts gravitiert. Verleitet mögen die, die eine solche Entwicklung betreiben, dadurch sein, daß sie dem Koalitionsrecht der Arbeiter irrig ein Koalitionsrecht der Arbeitgeber entgegenstellen und daß ihnen die geschichtliche Entwicklung des Koalitionsrechtes nicht vor Augen steht. Ein Koalitionsrecht der Arbeitgeber ist begrifflich total etwas anderes, wenn man überhaupt von einem solchen Recht sprechen darf, als das Koalitionsrecht der Arbeiter. Unter Koalitionsrecht der Arbeitgeber hat man allmählich das Recht verstanden, das Koalitionsrecht der Arbeiter anzugreifen zu dürfen. Es ist das dieselbe Begriffsverwirrung, als ob man den Dieb, der das Eigentum einer fremden Sache entwendet, ein Eigentumsrecht dahin vindizieren würde, daß er das Eigentum anderer angreifen darf. Das Vereinigungsrecht des Arbeitgebers beruht nicht auf der Grundlage der Gesellschaftsordnung, eine Beschränkung seines Vereinigungsrechtes beschränkt nicht die Person des Unternehmers, sondern lediglich eine Möglichkeit, höheren Profit aus der Arbeit seiner Mitmenschen herauszuschlagen. Die Koalition der Arbeiter ist erforderlich, um das Maß zu erhöhen, in dem der Arbeiter an den Kulturverhältnissen teilnehmen kann. Die sogenannte Koalition der Arbeitgeber hingegen ist ein Mittel, um die Anteilnahme der Arbeiterklasse an der Kultur und damit die Kulturhöhe selbst zu senken.

Stagnation und Eisenbahnerorganisation.

Es gibt in allen Gewerkschaften eine Zeit des Aufstieges und eine des Stillstehens. So wie es am Meer Ebbe und Flut gibt, so gibt es hier eine Zeit des Aufstieges und eine der Stagnation. Die Gründe hierfür sind teils subjektiver Natur, entspringen aus der Erkenntnis und aus der Anschauungsweise der Mitglieder, zum anderen Teil haben sie in der ökonomischen Entwicklung ihre festverankerten Wurzeln. In Zeiten flauen Geschäftsganges, in welchen an allen Enden Arbeiter entlassen werden, in solchen Zeiten ist es begreiflich, wenn neue Mitglieder für die Gewerkschaften nicht oder nur schwer und vereinzelt gewonnen werden können. In solchen Zeiten nützen in der Regel die schönsten Worte, die überzeugendsten Gründe nichts, um die Massen zu gewinnen. Denn von wo sollen die Proletarier die Mittel hernehmen, die Beiträge für die Gewerkschaften leisten zu können, die ist es eine leistungsfähige Gewerkschaft, der sie beitreten sollen, nicht geringe sind? In solchen Zeiten ist die Hauptaufgabe der Gewerkschaften, die einmal gewonnenen Mitglieder zu erhalten, die Kadres zu formieren, um über die Krise mit möglichst geringen Opfern hinwegzukommen. Solche Zeiten sind naturgemäß die schwersten für die Gewerkschaften. Da müssen oft schlechte Lohnverträge abgeschlossen, Lohnverschlechterungen mit in den Kauf genommen werden; nicht selten werden darob die Mitglieder empört, bekommen eine Rut auf die Führer, denen sie die Schuld daran zuschreiben, daß ein solcher Vertrag geschlossen worden ist, weil sie von den engebrenzten Rahmen ihres Dienstortes die Lage nicht so überblicken können, wie die mit der Weltlage förmlich in Wechselbeziehung stehende Gewerkschaftsleitung, und weil sie einfach nicht glauben können, daß es Momente gibt, wo sie, die Mitglieder der mächtigen Gewerkschaft, die jetzt so empört sind, und im Falle eines Kampfes sich zusammenklopfen würden, wie sie sich noch nie zusammengeschlossen haben, den tatsächlichen Verhältnissen gegenüber zu schwach sein und im Kampf unterliegen könnten. Da heißt es dann für die Gewerkschaftsleitung Mut und Kraft zu haben, der Empörung standzuhalten und wehe, wenn das nicht gelingt.

Die anderen, der Auffassung der Mitglieder entbehrenden Gründe der Stagnation in einer Gewerkschaft, nicht Fluktuation, was etwas anderes ist, sind leichter Natur, trotzdem aber immer noch beachtenswert. Sie sind zum Teil auch eine Schattenseite der Kollektivverträge. Die Kollektivverträge sind eine nicht zu unterschätzende Errungenschaft der Gewerkschaften. Sie führen nur ein Beispiel. Wenn ein Arbeitsmangel in einer Branche eintritt, hat der Unternehmer selbstverständlich das naturgemäße Bestreben, niedrigere Löhne zu bezahlen. Dieses Bestreben wird ihm förmlich jüngeriert durch die massenhaft sich anbietenden Arbeiterhände, deren Besitzer sich nur um etwas verdienen zu können, zu möglichst geringem Lohn anbieten. Der Kapitalist könnte also in Zeiten des geschäftlichen Niederganges, gleichsam von Natur aus, Löhne reduzieren. Da ruft ihm aber der Kollektivvertrag ein nicht zu umgehendes Fall zu. Wer er befragt, mag er verlagungsmäßig entlohnen. Mit dem

Meduzieren nach Gutdünken ist es also nichts. Diese paradiesischen Zustände für die Unternehmer sind überall dort, wo Kollektivverträge vorhanden sind, vorbei.

Wie werden Kollektivverträge zugunsten der Arbeiter geschlossen? Das weiß heute schon der Dummste. Und auch der, der nicht auf das Programm der Sozialdemokraten eingeworfen ist, weiß es: Solches kann nur die Kraft der Gewerkschaften, nur die und sonst gar niemand. Vor kurzem sind Briefe eines katholischen Arbeiters in Buchform erschienen, dort heißt es an einer Stelle: „Für unser wirtschaftliches Wohl sorgt die Sozialdemokratie!“ Das ist heute der Masse schon längst in Fleisch und Blut übergegangen. Und wenn es daher gilt, zum Abschluß eines Vertrages für eine Branche zu schreiben, so strömen sie herbei die Angehörigen der Branche, werden Mitglieder der Gewerkschaft, vermehren deren Kraft, um so zu erreichen, daß ein für die Arbeiter möglichst günstiger Vertrag abgeschlossen werden kann. Das ist die Zeit der Flut. Die Ebbe kommt nach dem Abschluß des Vertrages. Denn wenn der Vertrag geschlossen, die Kraftleistung vorbei, die Zugeständnisse für mehrere Jahre festgelegt, was hat es dann noch für einen Sinn, in der Gewerkschaft zu verbleiben? Ist es nicht besser, man tritt aus, spart die Mitgliedsbeiträge und tritt dann, wenn neuerdings ein Kampf droht, wieder ein? So urteilen viele und das ist dann die Ebbe, die Stagnation, die als Ursache der Erkenntnis, die mangelhafte Erkenntnis der Mitglieder hat. Diejenigen, die da glauben, so richtig zu handeln, verstehen freilich nicht, daß eine Gewerkschaft ein kontinuierlicher Betrieb für Nützlichkeitsangelegenheiten ist. Sie wissen nicht, daß eine Gewerkschaft immer rüsten muß, immer gerüstet sein muß. Gelegentlich wird das so mancher Gewerkschaft zum Verderben. Die Unternehmer erspähen den Moment, benützen die Gelegenheit, fallen über die Gewerkschaft her, brechen Ausperrungen vom Baun, und die Branche, deren Angehörige sich in Sicherheit gewiegt, und die Gewerkschaft Gewerkschaft sein ließen, und sich um sie nicht kümmerten, haben nun unter verheerenden Lohnbedingungen zu leben. Das und die Agitation der Gewerkschaftsleitung bringt es mit sich, daß die Massen immer mehr einsehen, daß es nicht gut ist, nur Mitglieder der Gewerkschaft zu sein, wenn es zum Kampf geht. Und allmählich gelingt es dann auch, den Gewerkschaften die Stagnation, die aus der mangelhaften Erkenntnis der Mitglieder resultiert, mit Erfolg zu bekämpfen und den Gewerkschaften nicht nur Mitglieder für die Zeit des Kampfes, sondern auch für den Alltag zu sichern. Die stets ansteigenden Ziffern des Mitgliederstandes der Gewerkschaften beweisen es.

Jetzt aber kommt die Nebenanwendung auf unsere Organisation. Wann sind für uns die Zeiten der Ebbe und wann sind die der Flut? Da muß gesagt werden: „Wir sind nicht zu betrachten unter den soeben angeführten Gesichtspunkten.“ Unsere eigenartigen Verhältnisse bringen eine eigenartige Konstellation mit sich. Nun kann wohl jemand kommen und kann sagen: „Gut, zugegeben, aber daß eure Eisenbahner jetzt mehr als sonst glauben, sich eurer Organisation anschließen zu sollen, das verdankt ihr gegenwärtig doch nur unserer weisen Regierung und der Feigheit und der Erbarmlichkeit der bürgerlichen Parteien. Denn hätten die bürgerlichen Parteien den Mut gehabt, dafür einzutreten, daß den Eisenbahnern die ihnen versprochenen und darum jetzt ihnen auch schon gebührenden 38 Millionen anstatt der 21 gegeben werden sollen, und hätte die Regierung die 38 Millionen gegeben, so wäre das das selbe, was ein erfolgreicher Kollektivvertrag ist, und es wäre dann sehr die Frage, ob die Eisenbahner, die jetzt mit vollem Rechte entrüstet sind, und nun keinen anderen Ausweg sehen, als sich für jene Gewerkschaft zu interessieren, die, zum Unterschied von allen anderen, unentwegt dafür eingetreten ist, daß den Eisenbahnern ihre 38 Millionen voll gegeben werden, sich ebenso um eure Gewerkschaft scharen würden, wie sie sich jetzt um sie scharen.“

Nun, etwas ist, insofern die Mut der Eisenbahner über den an ihnen begangenen Verrat in Betracht kommt und insofern konstatiert wird, daß nun jeder Eisenbahner es förmlich greifen kann, daß seine Interessen in Wirklichkeit ja doch nur von der für sozialdemokratisch erklärten Zentralorganisation vertreten werden, schon daran. Die Erbarmlichkeit unserer Gegner verschafft uns ja wirklich manchmal Zeiten der Flut. Und auch das ist richtig, daß sich jeder nur halbwegs denkende Eisenbahner nach diesem Erlaß, den die bürgerlichen Parteien aufgeführt haben, um nur ja von der Regierung nicht verlangen zu müssen, daß sie ihr Versprechen hält und den Eisenbahnern die noch fehlenden 17 Millionen gibt, denken muß, willst du für die Verbesserung deiner Interessen etwas tun, bleibst du, ob du nun willst oder nicht, ja doch nichts anderes übrig, als in diese sozialdemokratische Organisation einzutreten. Man kann noch mehr sagen. Man kann ruhig zugeben, daß der Elan, mit dem unsere Vertrauensmänner jetzt überall für unsere Organisation eintreten, hervorgerufen wurde durch die Tapferkeit unserer Fraktion im Abgeordnetenhaus. Es ist wirklich nicht so ohne, wenn sich ein Mitglied unserer Organisation, so vor alle, die nicht unsere Mitglieder sind, hinstellen und ausrufen kann: „Was, meine Parteigenossen, Sie haben sich gehalten, Sie haben, als links und rechts die falschen Kämpfer von Ihnen abfielen, den Mitt ins feindliche Land allein unternommen, denn Sie sind, einzig allein, befreit von dem Gedanken, den Angestellten zu helfen; Sie und sonst niemand!“ Das erhebendste Gefühl im wirtschaftlichen Kampfe ist, einer Korporation anzugehören, die nicht nur stark, sondern die auch unentwegt bemüht ist, die Interessen ihrer Mitglieder rein zu vertreten. Sich diesem Gefühle jetzt unumschränkt hinzugeben, dazu haben die sozialdemokratischen Eisenbahner wirklich ein Recht. Und das recht drastisch einmal zeigen zu können, es vor der ganzen Welt so einmal demonstrieren zu können: wir sind die Partei der ehrlich Wollenden während alle anderen die Parteien der im trüben fischen Wollenden sind, das verdanken wir wirklich dem Verrat

der bürgerlichen Parteien und der Regierung. Das, aber nicht mehr zu glauben, daß, wenn die Regierung den Eisenbahnern die noch fehlenden 17 Millionen gegeben hätte, wir möglicherweise einer Stagnation zu begegnen hätten, das wäre falsch. Dazu sind die Eisenbahner, dank unserer Organisationsarbeit, schon zu weit vorgeschritten.

Die Eisenbahner sind ein eigentümliches Völkchen und unterliegen eigenartigen Bedingungen. Sie haben in allererster Linie und zum Unterschied von vielen anderen Branchen eine große Verantwortlichkeit für das Leben — anderer! Das Schicksal vieler Hunderte und auch der Schicksalsteilen hängt sehr oft von einem Griff zu einer schwierigen Eisenbahnersaust ab. Zu dieser Verantwortlichkeit müssen die Eisenbahner täglich, stündlich angefeuert werden. Bei jedem oft unscheinbaren Griff, den sie im Dienste zu verrichten haben, müssen sie dessen eingedenk sein, daß hiebei das Leben vieler abhängen kann. Entsprechend der menschlichen Natur kann so ein unentwegtes Fühlen — denn mit dem Denken allein käme der Eisenbahner im Dienste nicht aus, das muß in das Gefühl übergegangen sein — in dem Bediensteten nur hervorgerufen werden, wenn er sich stets bemüht ist, daß er, sobald er dem Dienste nicht genügt, für sich etwas verlieren kann. Dazu muß der Bedienstete natürlich zuerst etwas haben. Und er hat etwas: Rechte. Eine Menge Rechte. In der Dienstordnung, in den verschiedenen Instruktionen, da regnet es nur so von Rechten, von Rechten, die sich die Eisenbahner im schweren Ringen mit ihren Arbeitgebern errungen und ausgebaut haben und über deren Wirkung und Ausmaß die Bahnverwaltungen stets anderer Ansicht sind als die Eisenbahner. Und nebenbei regnet es noch etwas: Hinterhältige Bestimmungen, die stets vermehrt und erneuert werden, wie man die Rechte den Eisenbahnern wieder nehmen und im Interesse des Profits verkürzen kann, um so die Rentabilität der Bahnen auch von dieser Seite her zu erhöhen!

In einer der letzten Nummern des „Eisenbahner“ ist es als die vornehmste Aufgabe einer Gewerkschaft erklärt worden, das bereits Errungene festzuhalten. Da haben wir nun das Spezielle, das die Eisenbahnerorganisation von allen anderen Organisationen unterscheidet und sie von den für diese geltenden Gesetzen, soweit sie vom Verständnis der Bediensteten für die Organisation abhängig sind, emanzipiert. Der Kampf um die einmal gewährleisteten mannigfaltigen Rechte, der bringt es mit sich, daß es für die Eisenbahner nie eine Stagnation und nur stets ein Vorwärtsschreiten kann. Und daß für die Rechte der Eisenbahner stets gekämpft werden muß, das braucht man wohl nicht erst beweisen. Gelagt aber muß werden, der Eisenbahner, der sich um die Rechte der Bediensteten kümmert — nur „Jurist“ soll dabei keiner werden — der sich darum kümmert, daß die Rechte nicht verkürzt und die Pflichten nicht erhöht werden, der trägt in sich, solange das herrschende System währt, stets das Gefühl: Die Eisenbahner können eine starke Organisation nicht entbehren! Wo täglich so viele drastische Beweise für die Notwendigkeit einer starken Organisation geliefert werden wie bei den Eisenbahnern, kann es kein Stagnieren geben.

Denkbar wäre die Möglichkeit einer Stagnation allerdings, aber auch nur denkbar. Wenn das k. k. Eisenbahnministerium, die Direktionen, die verschiedenen kleinen gerne groß werden wollenden Unterläufen aufhören wollten, von den Rechten der Eisenbahner täglich, stündlich abzugewinnen, wenn, mit anderen Worten, das heute herrschende System aufhören würde zu existieren, dann könnte sich so mancher Eisenbahner vielleicht denken, wozu bist du bei der Organisation, gibst Geld aus, es geht ja so alles gut?

Da aber dafür keine Aussicht vorhanden ist, daß das geschieht, und da der sehende Eisenbahner täglich merkt, daß er, wenn er um seine Rechte nicht kämpft, verliert, so ist auch jedem Eisenbahner täglich der Nachweis erbracht, daß die Organisation notwendig ist. Und sein Bestreben, ihr anzugehören, kann nicht ermaten.

Allerdings, welcher Organisation gegenüber kann der Eisenbahner nicht ermaten? Natürlich nur einer starken gegenüber, die Erfolg verheißt und die auch unentwegt und unbefürchtet um alles andere für ihn eintreten kann und will. Dieß man jetzt die Blätter unserer nichtsozialdemokratischen Organisationen: Wie ein müdes Rascheln, als wenn im Walde zur Herbstzeit die Blätter fallen, klingt es aus diesen jetzt heraus. Nirgends blüht bei ihnen Hoffungsfreude in die Zukunft. Natürlich, von der Notwendigkeit ihres Bestehens sind jetzt nicht einmal ihre eigenen Mitglieder überzeugt; denn außer den Sozialdemokraten, wo gab es bei der Abstimmung über die 17 Millionen noch Männer? Und von den schon wenigen, die noch ihre Mitglieder sind, sind es die meisten nur, weil sie sich schämen, sich selber einzugestehen, so lange auf falschem Wege gewesen zu sein! Für alle diese die Eisenbahnerinteressen so schlecht wahrnehmenden Organisationen gibt es wohl Zeiten der Stagnation und auch — Eintönungserscheinungen. Für uns sind solche Dinge nicht vorhanden, denn für unsere Notwendigkeit sprechen die Zustände auf den Bahnen und unsere Taten. Und das macht uns stark und darum stets gesüht.

U. H.

Die Ausgestaltung der Gewerkschaftskommission.

Schon seit längerer Zeit macht sich das Bedürfnis nach einer weiteren Ausgestaltung der Zentrale der österreichischen Gewerkschaften und damit auch der Festlegung ihrer Beziehungen zueinander sehr bemerkbar. Der aufmerksamen Blicke die Vorkommnisse auf jenen Gebieten verfolgt, die von der gewerkschaftlichen Tätigkeit beeinflusst werden, wird sich der ernstesten Besorgnisse um die Zukunft nicht erwehren können. Immer rückwärtslos entwickelt sich der Massenkampf, insbesondere soweit der wirtschaftliche Fortschritt der Arbeiterklasse in Frage kommt, und immer schwieriger gestaltet sich demnach auch die Tätigkeit der Gewerkschaften.

Die österreichischen Unternehmer haben wohl von ihren ausländischen, in ähnlicheren Ländern produzie-

renden Massengenossen nicht gelernt, die Industrie vor der Sabotage der Agrarkapitalisten und der Animosität der feudalen Hochbureaucratie zu schützen, um so mehr aber haben sie ihnen die gegen die vorwärtsstrebende Arbeiterschaft anzuwendenden Tücken und Nüden abgesehen. Zu immer größer werdenden Vereinigungen, die nur im borniertesten Maße gegen die Emanzipationsbestrebungen der Arbeiterklasse ihre Entwicklungsmöglichkeiten erblicken, vereinigen sich die Unternehmer, um diesem Maße in allen Formen Ausdruck zu verleihen. Der latente Kampf der Verwaltungsbehörden gegen das bisherige Koalitionsrecht, dessen sich die österreichischen Arbeiter heute noch erfreuen; die allem normalen Rechtsempfinden hohnsprechenden Erpressungsanklagen und Verurteilungen der letzten Jahre; die völlige Stagnation der sozialen und der Arbeiter-Schutzgesetzgebung; das vollständige Verschwinden selbst der wenigen Spuren sozialen Geistes, der noch vor wenigen Jahren im österreichischen Bürgerstium zu finden war: dies alles sind die Zeichen der Tätigkeit unserer Unternehmerverbände, die in ihrer Ausübung verständnisvolle Gegenliebe bei der Staatsbureaucratie finden, bei welcher der Maß gegen die moderne Arbeiterbewegung die Animosität gegen die Industrie noch weit überwiegt.

Nicht nur die Entwicklung der Unternehmerverbände jedoch legt den Gewerkschaften die Pflicht auf, um die Festigung ihres Gefüges für die Zukunft besorgt zu sein. Auch in den eigenen Reihen zeigte sich doch eine Forderung, die zu überwinden es schwerer, mehrjähriger Mühen bedurfte. Die nationalsozialistische Strömung in der tschechoslowakischen Sozialdemokratie, die ihren deutlichen Ausdruck in den separatistischen Bestrebungen der tschechischen Gewerkschaften fand, drohte in sehr empfindlicher Weise die Aktionskraft der internationalen Gewerkschaften zu lähmen. ... Nun ist wohl diese Gefahr endgültig beseitigt, und es gibt heute keinen ernst zu nehmenden Gewerkschaftler in Österreich mehr, der etwa meinen könnte, es liege auch nur im Bereiche der Möglichkeit, auf die Wünsche der Separatisten einzugehen. Im Gegenteil: Erst jetzt, da alle Gefahr, die einheitliche Schlagkraft der Gewerkschaften könnte durch den Separatismus leiden, vorbei ist, zeigt sich deutlich, wie wohl diese daran getan, dem separatistischen Ansturm standzuhalten.

Wenn aber der mehrjährige Kampf gegen den Separatismus auch mit dessen restloser Abweisung endete, so lehrte er andererseits den österreichischen Gewerkschaften doch eines: Die absolute Notwendigkeit der Festigung ihrer gegenseitigen Beziehungen und damit auch die Notwendigkeit der Kräftigung unserer Zentraleinrichtungen. Zwar nicht der Separatismus allein zeigte uns, wie dringend die Befriedigung dieser Notwendigkeiten ist; wie bereits gesagt: Nicht minder war dies aus der Ausgestaltung der Unternehmerorganisation und aus dem völligen Versiegen jedes „Tropfen sozialen Geistes“ im gesamten Staatsbetrieb erkennbar. Was jedoch dem Separatismus auf diesem Gebiet zuzuschreiben ist, ist die Verhinderung dieser Ausgestaltung, die schon seit langem erkannt, immer wieder verlagert werden mußte, da die Abwehr der separatistischen Bestrebungen alle verfügbaren Kräfte in Anspruch nahm.

Nun aber ist der Kampf endgültig zu Ende und die Gewerkschaften können gemeinsam mit ihrer Zentrale daran gehen, allgemach jene Ausgestaltung und Festigung ihrer Einrichtungen durchzuführen, die unbedingt nötig sind, sollen sie auch für die Zukunft jener Lichtblick der Arbeiter in der finsternen österreichischen Nacht sein, der sie schon bisher waren. Von dem Interesse, welches die Gewerkschaften dieser Ausgestaltung entgegenbringen werden, wird das Tempo abhängen, in welchem diese zur Durchführung kommen wird. Geplant ist die Befriedigung mancher Notwendigkeit, mancher Unzulänglichkeit: Ob und in welchem Ausmaß sie zur Wirklichkeit werden wird, liegt lediglich an den Gewerkschaften. Es ist zu hoffen, daß die drohenden Reichen der Gegenwart, die uns für die Zukunft noch Schimmeres künden, ihnen jenes Interesse für die Bedürfnisse der Gesamtheit lehren, ohne welches kein Fortschritt möglich ist.

Als erster Schritt zu jenen Reichen, die wir in vorstehendem erörterten, ist die Ausgestaltung der „Gewerkschaft“ ab 1. Jänner zu einem Wochenblatt gedacht. Allmählich wird das Organ der Gewerkschaftskommission mit wesentlich erweitertem Inhalt den Ortsgruppen und den Leitern unserer Gewerkschaften zukommen. Schon daraus, daß die Zentrale der österreichischen Gewerkschaften nun allmählich mit diesen in Fühlung tritt, wird sich eine wesentliche Erstärkung der gegenseitigen Beziehungen ergeben. Wann und in welchem Umfang diesem ersten Schritt die nächsten folgen werden, wird von dem Interesse abhängen, welches die Gewerkschaften für ihr gemeinsames Vorgehen gegen alle Feinde der Arbeiterklasse zeigen werden.

Was ist Krieg?

Einige hunderttausend Mann starrt sich versammeln, Tag und Nacht marschieren, ohne Ruh, ohne zu denken, ohne zu lernen und ohne zu lesen, keinem Menschen zu etwas nützlich sein, im Schmutz verfaulen, im Schlamm liegen wie ein Vieh, unausgesetzt stumpfsinnig dahingleben, Städte plündern, Dörfer anzünden, Völker ruinieren, beim Zusammenstoßen mit einem anderen gleichen Haufen menschlichen Fleisches sich auf ihn stürzen, das Blut in Strömen vergießen, die tote, blutgetränkte Erde mit zerlegten und durcheinandergeworfenen Menschenleibern bedecken und Berge von Leichen aufhäufen, deren Hände und Beine weggerissen und die Gehirne verspißt, ohne Nutzen für jemand; freipieren in einer Ede des Feldes, während eure Eltern, Frauen und Kinder vor Hunger daheim umkommen, das ist Krieg!

Oder: In ein Land eindringen, den Mann, der sein Haus verteidigt, erwürgen, die Wohnhäuser der

* Die tschechische Ausgabe wird bis auf weiteres 14tägig erscheinen. Eine polnische Ausgabe der „Gewerkschaft“, die gleichfalls 14tägig erscheinen soll, ist im Prinzip bereits beschlossen, mit Rücksicht auf die ungeklärten ersten politischen Ereignisse jedoch auf unbestimmte Zeit verlagert.

Armen und Elenden, die kein Brot mehr haben, in Brand stecken, die Einrichtungsgegenstände zerbrechen, die kleineren Gegenstände stehlen, den Wein in den Kellern laufen, den Rest ausrinnen lassen, die Frauen und Mädchen, die man in den Straßen begegnet, vergewaltigen, Millionenwerte vernichten, hinter sich unsägliches Elend und die Cholera zurücklassend: Das ist Krieg.

Guh de Maupassant.

Inland.

Unser Eisenbahnerheim.

Unser Eisenbahnerheim steht unter Dach. Stolz überragt es seine neben ihm stehenden Nachbarn. Mit voller Gewißheit wird das schöne Heim, das durch eigene Kraft der organisierten Arbeiter entstanden ist, im Juli seiner Vollendung entgegengehen. Tausende Genossen, die zu dem großen Werke beigetragen haben, freuen sich auf den Moment, wo sie in ihr selbstgeschaffenes Heim werden einziehen können. Aber das Werk ist nur bis zur Hälfte gediehen. Die andere Hälfte der Arbeit harret den kommenden Frühling. Mit dem Fortschreiten des Baues wachsen aber auch die Sorgen des Verwaltungskomitees. Der Finanzplan, der auf Grund von Beschlüssen zustande kam und auf den wir unsere Hoffnung bauten, wurde nicht erfüllt. Viele Ortsgruppen haben an dem großen und schönen Werke fast keinen Anteil genommen und die Beschlüsse und Wünsche des Verwaltungskomitees nicht erfüllt.

Deshalb wenden wir uns zu Neujahr an alle unsere Vertrauensmänner und Mitglieder mit der Bitte, uns die Sorge dadurch zu verringern, daß sie Mitglieder des Vereines des Eisenbahnerheims selbst werden und weitere Genossen zu Mitgliedern anwerben. Auch bei allen Zusammenkünften sollte auf den Hausbaufonds nicht vergessen werden. Bei Festlichkeiten und Bällen sollte immer ein Teil des Reingewinnes diesem erhabenen Zwecke zugewiesen werden. Denn so fleißig und rührig das Verwaltungskomitee auch sein mag, aber aus Nichts kann es ein so großes Werk nicht vollenden. Mit vereinten Kräften wird es das Schwerste zur Freude aller Genossen leicht vollbringen.

Da das Heim insbesondere für die nach Wien kommenden Eisenbahner eine wahre Erlösung sein wird, so bitten wir heute alle Genossen und Freunde, den Beschlüssen Rechnung zu tragen, damit aus eigener Kraft dieses Heim vollendet werde, den Gegnern zum Trug, den Freunden zu Nutz.

Was die Deutschgelben können.

Die Tgauer Deutschgelben hielten jüngst einen „Kreisparteitag“ ab, wie sie das Krähel nannten, das da zusammenkam. Kaiserl. Prayon sprach über Organisation. Das Tgauer Deutschgelbe Blättchen berichtet darüber:

In kurzen Zügen wiedergegeben, führte der Redner folgendes aus:

1. Die Deutsche Arbeiterpartei ist eine Notwendigkeit und bei entsprechender Förderung von Seiten deutscher Arbeitnehmer inländische, die breiten Volksschichten in den Dienst der deutschen Arbeiterbewegung zu stellen.
2. Sie kann die Interessen der Arbeiter, Beamten, Lehrer, Gewerbetreibenden und kleinen Bauern vertreten.
3. Sie ist eine Klassenpartei, ohne aber diesen Begriff engherzig aufzufassen. Sie ist selbständig und unabhängig.
4. Sie gibt öfter Beweise ihrer Selbstlosigkeit.
5. Wir sind als Gemeinbürgerschaftspartei nie unseren Pflichten untreu geworden.
6. Wir haben nie unsere nationalen Pflichten verletzt oder den allgemeinen nationalen Belangen Schaden gebracht.
7. Die allgemeine Kurie des Landtages gehört der Arbeiterklasse, ist als Vertretung für diese gedacht. Will man daher, daß diese Mandate der Deutschen Arbeiterpartei oder einer der internationalen Parteien gehören sollen?
8. Es müssen die Gemeinbürgerschaftsparteien unsere Bewerber anerkennen, deren Wahl unterstützen und alles tun, um sie zu sichern, denn nur so ist die Deutsche Arbeiterpartei in der Lage die deutschbürgerlichen Parteien in den anderen Kurien voll und ganz zu unterstützen.

Die Deutschgelben „retten“ Arbeiter, Beamte, Lehrer, Gewerbetreibende und Bauern, sie sind eine „Klassenpartei“ und doch keine Klassenpartei, sie sind „selbständig“ und tun alles, was die Bürgerlichen wollen; sie sind „treu“ und „selbstlos“ und darum bitten sie ergebenst um Ueberlassung einiger Mandate. Sie wollen dann gern wieder, wenn der Mandats Hunger einiger deutschgelber Streikbesättigt ist, eifrig klaffend den Sozialdemokraten zwischen die Beine fahren!...

Ein Exposé des Eisenbahnministers über Reformen auf den k. k. Staatsbahnen.

Im Staatseisenbahnrat sprach der Eisenbahnminister Freiherr v. Forster über die Reorganisation der k. k. Staatsbahnen. Es waren hauptsächlich die obligaten Versicherungen, daß sich die Reformprojekte: Entlastung des Ministeriums, Neuabgrenzung der Direktionsbezirke und Neugestaltung des inneren Dienstes im Stadium des Studiums befinden, aus dem sie nicht herauszukommen scheinen. Freiherr v. Forster berichtete, daß im Kassendienst das Postparaffenenamt zur Geldabfuhr und zum Geldverlag benutzt werden soll, und daß Vorzüge dafür getroffen wurde, daß Versorgung und Anwesenheit im Wege des Postparaffenenamtes zur Auszahlung gelangen. Es seien mit 1. Oktober 1912, dort, wo es die Verhältnisse erlauben, im Interesse eines rascheren Wagenverkehrs durchgehende Güterzüge am Stelle etappenweiser nach Direktionsbezirken abgestuft eingeführt werden. Aus den Ausführungen des Eisenbahnministers haben wir nachstehende Mitteilungen über die Interessierung des Personals an dem Betriebserfolg und über die Reform des Instruktionswesens wörtlich hervor. Der Eisenbahnminister erklärte:

„Eine weitere Anregung des Staatseisenbahnrates, welche wir konzentriert zu verfolgen Anlaß genommen haben, ist der Gesichtspunkt, das Personal an den Betriebserfolgen zu interessieren. Das Wort ist leichter ausgesprochen als in die Tat umgesetzt. Ein Organismus von der ungeheuren Größe der Staatseisenbahnverwaltung mit der unzweifelhaft gegebenen, dem Staatsbetrieb aller Belange eigentümlichen Erscheinung des Abwärtens macht es nicht leicht, Punkte herauszufinden, wo übertragende Dienstleistungen belohnt werden sollen. Wir haben aber im Bewußtsein dessen, daß das Ziel ein anstrengendes ist, trotzdem den Weg beschritten und haben sowohl im Versuchsdiens als im Magazindiens — es sind das zwei unserer allergrößten Dienstzweige, die vielleicht nach außen hin nicht so auffallen, aber nach innen eine sehr bedeutende Rolle spielen — versuchsweise das Prämienystem zur Einführung gebracht. In welcher Weise wir die Arbeitsverhältnisse in den Werkstätten zu regeln haben werden, ist heute noch eine offene Frage. Ich gehe aber sofort, daß speziell hier auf dem Gebiete des Werkstattendienstes über die Modalitäten, unter denen die Beteiligung der Arbeiterschaft an dem Betriebserfolg statzufinden hätte, nicht nur unter den Arbeitern, sondern auch unter den Fachleuten Meinungsverschiedenheiten bestehen. Insbesondere sind die Vorstände der Werkstättenleitungen, also diejenigen Männer, die mitten im Betriebe stehen, bezüglich der Möglichkeit und Zutraglichkeit dieser Neuerungen sehr geteilten Sinnes.“

Wir meinen daß die beste Interessierung des Personals an den Betriebserfolgen eine auskömmliche Entlohnung des Personals ist und daß sich aus dem Vorschub- und Magazinpersonal auch mit Prämien nicht mehr herausfinden läßt, als man auch ohne diesen herausfindet. Betreffs der Reform des Instruktionswesens äußerte sich Freiherr v. Forster:

„Ein weiterer Punkt, in welchem wir den Anregungen des Staatseisenbahnrates gefolgt sind, ist die Reform des Instruktionswesens. Ich weiß nicht, ob einer der verehrten Mitglieder des Staatseisenbahnrates jemals Gelegenheit gehabt hat, sich mit unserem Instruktionswesen auch nur ausföhrlich zu beschäftigen, aber ich verrate kein Amtsgeheimnis, wenn ich mitteile, daß wir ein ganze Bibliothek von Instruktionen besitzen und daß diese Bibliothek Wände enthält, die untereinander nicht immer sonderlich harmonieren, oft an Unklarheiten leiden u. s. w., kurz zu gewissen Ungereimtheiten Anlaß geben, die schon seit längerer Zeit dahin drängen, hier eine Reform vorzunehmen. Auch diese Arbeit ist eine schwierige. Es handelt sich hier um ein ungeheures Material, und auch hier ist das Wort „Reform“ viel leichter ausgesprochen als verwirklicht.“

Nach bezüglich dieser Angelegenheit wird der österreichischen Staatseisenbahnverwaltung wohl nie etwas anderes beschieden sein als ein ewiges „Studium“.

Ausland.

Das Emporkommen deutscher Gewerkschaften.

Ein Bild über das riesenhafte Anwachsen einzelner Gewerkschaften in Deutschland zeigt folgendes: Ende 1910 zählten die der Generalkommission der Gewerkschaften angeschlossenen Verbände 2.128.021 Mitglieder, ein Jahr später, Ende 1911, waren es bereits (ohne Landarbeiter und Hausangestellte) 2.400.018. Und im laufenden Jahre hielt der Aufstiege weiter an: 53 Verbände, die im Juli 1911 erst 1.951.678 Mitglieder zählten, waren im Juli dieses Jahres auf 2.120.088 angewachsen. Die riesenverbände, solche mit mehr als 100.000 Mitgliedern, deren sieben vorhanden sind, zeigen gegen Ende des Jahres 1910 folgende Veränderungen auf:

Verband des	Anzahl der Mitglieder Ende 1910	Anzahl der Mitglieder Juli 1911	Zunahme
Metallarbeiter	464.014	534.139	70.125
Bauarbeiter	242.518	295.688	53.170
Transportarbeiter	152.954	216.261	63.307
Brillfabriker	167.037	206.295	39.258
Kohlearbeiter	164.942	190.748	25.806
Legiarbeiter	117.244	138.355	21.111
Zusammen		2.120.088	

Für die Bauarbeiter liegt die Zulassziffer nicht vor; es ist hier der Bestand von Ende 1911 eingezeichnet. Auch die Bergarbeiterorganisation zählt mehr als 100.000 Mitglieder, zurzeit zirka 119.000, der Bestand ist infolge des durch christlichen Verrat verloren gegangenen Streiks etwas gesunken. Die Scharte wird bald wieder ausgebaut sein. Die Organisationen wachsen also trotz der großen Hindernisse.

Zusammenschluß der Eisenbahner in England.

Nachdem die Delegiertenversammlung der Amalgamated Society of Railway Servants (A. S. R. S.) die Bedingungen für den Zusammenschluß mit der General Railway Workers' Union (G. R. W. U.) und der United Pointsmen and Signalmen's Society (U. P. S. S.) angenommen hatte, wurde ein gemischtes Komitee von diesen drei Verbänden ernannt, um die neuen Statuten zu entwerfen. Die Gesamtmitgliedszahl der drei Verbände beläuft sich auf 149.000, die sich wie folgt auf die drei Verbände verteilen: A. S. R. S. 120.000, G. R. W. U. 24.000, U. P. S. S. 5.000.

Vor einiger Zeit bestand noch die Hoffnung, auch die Associated Society of Locomotive Engineers (Lokomotivführer) für diesen Zusammenschluß gewinnen zu können, leider hat diese Organisation nun aber beschlossen, allein zu bleiben. Sobald die Bedingungen festgelegt sind, werden sie den Mitgliedern unterbreitet werden. Nach endgültiger Annahme der Bedingungen wird dann der Zusammenschluß an einem später zu bestimmenden Datum stattfinden.

Wenn der Zusammenschluß vollzogen ist, an dessen Zustandekommen wohl nicht mehr gezweifelt werden kann, dann ist England das einzige unter vielen Ländern, wo die Vereinigung aller Eisenbahner ohne Unterschied ihres Dienstgrades in eine Einheitsorganisation die größte Vollkommenheit erreicht hat.

Einigungsbestrebungen unter den Eisenbahnern Italiens.

Vor einigen Jahren ist in der Organisation der italienischen Eisenbahner (Sindacato Ferrovieri Italiani) eine separatistische Bewegung entstanden, die durch scharfe tatsächliche Gegenstände und politische Meinungsverschiedenheiten hervorgerufen war. Nun haben sich die Verhältnisse in der Zwischenzeit derart gestaltet, daß eine Anzahl

gewissenhafter Eisenbahner, die sowohl dem alten Sindicato als den anderen drei neu entstandenen Eisenbahnerorganisationen (Verband der Eisenbahner, Bund der Eisenbahnbeamten und Bund der Verkehrsangestellten) angehören, ein Komitee gebildet haben, welches die Förderung der Vereinigung der vier Organisationen bezweckt. Das Komitee richtete einen Aufruf an die gesamte Kollegenchaft Italiens mit dem dringenden Ersuchen, ihm bei dem Einigungswerk mit allem Nachdruck zu unterstützen. Die Zentralleitung des Sindicato veröffentlicht in der letzten Nummer des Verbandsorgans eine Mitteilung, in der von diesen Einigungsbestrebungen Kenntnis gegeben wird. Gleichzeitig erklärt die Verbandsleitung, den Verbandsmitgliedern volle Handlungsfreiheit zu überlassen, macht sie aber gleichzeitig darauf aufmerksam, daß nur der Verbandstag die Macht besitzt, Veränderungen im Statut vorzunehmen, sowie über das Schicksal der Organisation zu beschließen.

Aus dem Gerichtssaal.

Die Sicherheitszustände auf der Wiener Stadtbahn.

Zu unserem Gerichtssaalbericht gleichen Titels in unserer letzten Nummer haben wir nachzutragen, daß sich der Vorfall am 28. September 1911 ereignete, also glücklicherweise deshalb noch so glimpflich verlief, weil das entsprechende Hilfspersonal (Stoßmänner) bei den Zügen vorhanden war. Wir würden jedoch unsere Pflicht nicht erfüllen, wenn wir an die Staatsbahnverwaltung nicht folgende ernste Fragen richten würden:

„Hat die Staatsbahnverwaltung solche Vorfälle bedacht, als sie die Stoßmänner von den Stadtbahnzügen wegnahm? Wie und auf welche Weise wurde vorgegangen, daß sich bei der durch Wegnahme der Stoßmänner vermindernden Sicherheit ein solcher Vorfall nicht wiederholen kann?“

Diese Fragen werden wir freilich nicht beantwortet erhalten, so wie auch die diesbezügliche Interpellation des Abgeordneten Genossen Tomisch an den Eisenbahnminister (27. Oktober 1911) unbeantwortet blieb. Aber im Wiederholungsfall eines solchen oder ähnlichen Vorkommnisses werden wir Sorge tragen, daß diese Fragen in den Gerichtssaal bringen, um dort eine Antwort zu erhalten!

Zusammenstoß in Oberhollabrunn. Am 7. März fand in der Station Oberhollabrunn ein Zusammenstoß zwischen dem in der Richtung nach Teischn verkehrenden Schnellzug Nr. 85 und dem nach Wien fahrenden Schnellzug Nr. 4, statt. Zug Nr. 85 stand mit der Lokomotive gegen Norden auf Geleise 4, der Schnellzug fuhr auf Geleise 2 in die Station ein. Die Ursache des Unfalls war der Umstand, daß der Zug Nr. 85 das Weichenzeichen des Wechsels Nr. 7 übersehen hatte, so daß die Lokomotive dem Geleise 2 so nahe war, daß eine Streifung unvermeidlich wurde. Die Folgen des Unfalls waren eine Beschädigung beider Lokomotiven und mehrerer Waggons sowie des Wagnkörpers, ferner ärztlich festgestellte schwere Verletzungen der Passagiere Viktor Schlein aus Teplitz, Julius Rosenfeld aus Wien, Josef Ort aus Kostitz und des Zugreviseurs Gottfried Schanda, ferner mehrfache leichte Verletzungen.

Wegen dieses Vorfalles erhob die Staatsanwaltschaft beim Kreisgericht Kornuburg gegen den Lokomotivführer Josef Plas, den Konduktionsführer Josef Wenta und den Weichenwärter Ignaz Wod die Anklage wegen Vergehens gegen die Sicherheit des Lebens.

Dem Lokomotivführer Josef Plas wurde zur Last gelegt, daß er das Weichenzeichen um 12 Meter überfahren habe und dann etwa vier Minuten an jener Stelle mit der Lokomotive gestanden sei, ohne rechtzeitig zu sehen, daß der Wechsel schon für den Schnellzug auf Ablenkung stehe. Der Zugführer Wenta wurde angeklagt, weil er bei der Verschiebung mit dem Zug Nr. 85 sich am rückwärtigen Teil des Zuges aufhielt, so daß er das Ueberfahren des Weichenzeichens nicht beobachten konnte. Dem Weichenwärter Wod legte die Anklage zur Last, daß er sich von seinem Wächterposten eigenmächtig entfernt habe, so daß er gleichfalls das Ueberfahren der Grenzmarke nicht bemerken konnte.

Bei der am 7. Dezember 1912 vor dem Kreisgericht Kornuburg stattgehabten Hauptverhandlung verantwortete sich der von Dr. Leopold Bach aus Wien verteidigte Lokomotivführer Plas dahin, daß er vor dem kritischen Vorfall lediglich in Befolgung der Signale bei einer Verschiebung vorgefahren sei und in Befolgung des Haltsignals sofort angehalten habe. Daß er inzwischen das Weichenzeichen überfahren habe, konnte er von der Führerseite nicht sehen, weil es damals (gegen 9 Uhr abends) an jener Stelle sehr dunkel war und an dem auf der Führerseite befindlichen Weichenzeichen der Rastanstrich fehlte. Gegenüber den Behauptungen mehrerer im Untersuchungswege vernommener Zeugen, wonach schon bei Eintritt jener Verschiebung der Wechsel für den Schnellzug gestanden sei, betonte Plas, daß dies unrichtig sei. Offenbar sei der Wechsel erst nach Eintritt der Verschiebung umgestellt worden, doch habe er dies nicht bemerkt, weil er auf die Signale nach rückwärts sehen mußte.

Der von Dr. Böcker verteidigte Zugführer Wenta rechtfertigte den bei jener Verschiebung gewählten Platz als vollkommen ordnungsmäßig.

Der Weichenwärter Wod, verteidigt von Dr. Jesch, hob zu seiner Verantwortung hervor, daß es zu seinen Pflichten gehört, für die Beleuchtung des von seiner Stellvertreterin zirka 200 Schritte entfernten Semaphors zu sorgen. Als nun das Haltsignal für den Schnellzug ertönte, bemerkte er, daß das Einfahrtsignal nur halb beleuchtet war. Er fragte daher beim Verkehrsassistenten Kaufa telefonisch an, ob er den Semaphor beleuchten gehen könne und nahm auf Grund der Äußerungen des Verkehrsassistenten an, daß dieser damit einverstanden sei. Wod erklärte weiter, daß er den Wechsel schon lange bevor der Verschiebung vorgefahren war, für den Schnellzug gestellt habe.

Nach durchgeführtem Beweisverfahren verkündete der Vorsitzende Landesgerichtsrat Dr. Benedikt das Urteil, womit alle drei Angeklagten freigesprochen wurden.

Eisenbahnhygiene.

Die Nervenerkrankungen der Eisenbahner. Auf den Eisenbahnen hängen die Sicherheitsmaßnahmen zum Schutze von Leben und Gesundheit der Passagiere nicht allein von der Beschaffenheit des toten Materials, sondern auch von der körperlichen und geistigen Gesundheit des Personals ab. So ist ganz allem zu verlangen, daß die Eisenbahner über ein gutes Nervensystem verfügen, aber leider ist die Neurasthenie so außerordentlich bei den Angehörigen dieses Berufes verbreitet,

daß man fast von einer Berufskrankheit sprechen kann. So erkrankten nach Schmecken in einem Jahre in Preußen 2778 Angestellte an Nervenkrankheiten, gegen nur 141 an Tuberkulose. Das seltenere Vorkommen der letzteren ist auf die strenge Auslese bei der Aufnahmuntersuchung zurückzuführen. Da der Eisenbahner aber durchaus über ein gutes Nervensystem verfügen muß, so müssen alle Individuen mit schwachen Nerven vom Dienst ausgeschlossen werden; dazu gehören auch solche, die von Haus aus erblich belastet sind, sowie die Trinker. Denn an das Nervensystem werden im Eisenbahndienst besonders hohe Anforderungen gestellt und die dienstliche Ueberanstrengung, Verlesungen und der Alkohol zerstören solche von vornherein nicht normale Nerven bald vollständig, während vollkräftige Menschen die Schädlichkeiten eher überleben. In den Ursachen der Dienstunfähigkeit überwiegen die Nervenkrankheiten. Im Interesse der Betriebssicherheit ist zu verlangen, daß Nervenkranke eine gute spezialärztliche Behandlung zuteil wird. Zur Bekämpfung des Alkoholismus bei den Eisenbahnern müssen die alkoholhaltigen Getränke während des Dienstes ferngehalten werden. Gewährung anderer und billiger Ersatzgetränke, Bereitstellung von guten Aufenthaltsräumen, getrennt von den Restaurants, ist notwendig. Die Nervenärzte unter den Eisenbahnern seien am besten gänzlich entkalkt, das gleiche Verlangen ist an die Lokomotivführer zu stellen.

Auf nervöser Grundlage beruhen gewisse Dämmerzustände, die bei Eisenbahnangestellten nicht so selten angetroffen werden. Man findet sie bei Epileptikern, Degenerierten, Alkoholikern. Die Krankheit kann durch die Neigung zu phantastischen Sinneswahrnehmungen sowie durch den Gang zu Wahnträumen verhängnisvoll werden. Die Kranken erscheinen dabei oft wenig auffällig, obwohl das Bewußtsein getrübt und die Wahrnehmungen durch Traumhandlungen verfälscht sind. Gewaltthaten können explosionsartig erfolgen. Der Nervenarzt Dr. Plogel in Berlin erzählt den Fall eines Lokomotivführers, der an Gesichtsschmerz litt und dadurch am Sprechen, Rauchen und Schlafen verhindert war. Als dieser Mann mit seinen Angehörigen von einem Ausflug heimkehrte und schon im Uebel Platz genommen hatte, verwehrte er plötzlich den Seinen und Fremden den Eintritt, wurde sehr zornig, verhielt sich dann, als seine Angehörigen durch den Nebenraum eindringen, ruhig und antwortete auf keine Frage. Zu Hause wachte er nichts mehr von dem Vorfall. Er hatte keinen Tropfen Alkohol getrunken.

Ein tragisches Beispiel von Gewaltthaten bei Schlaftrunkenheit wird von Professor Gudden mitgeteilt. Ein Stationsvorsteher wurde einmal überfallen; durch dieses Erlebnis wurde er ängstlich, fürchtete einen neuen Überfall und erhielt zu seinem Schutze ein Revolvergewehr und einen Revolver. Eines Nachts schlief er, nachdem er die Rüge abgegeben hatte, fast am Schreibtisch ein. Der Zugführer eines eintreffenden Güterzuges ging zum Stationsgebäude, um seine Papiere abzugeben. Ihm folgten zwei Wagenwärter. Er klopfte, hörte dann auf, klopfte nochmals stärker und rüttelte kräftig am Türdrücker. Unmittelbar darauf krachte ein Schuß und der Zugführer sank tot zu Boden. Der Stationsführer war von dem Mopsen jäh aus dem Schlafe erwacht, glaubte überfallen zu werden von einer ganzen Bande, hatte das auf dem Tisch liegende Gewehr ergriffen und einen Schuß gegen die Tür abgegeben. Gleich nach dem Schuß trat er aus der Tür mit dem Gewehr in der Hand. Als die Wagenwärter ihn nun beschimpften, sagte er: „Ist's euch etwa nicht recht?“ und hielt dabei das Gewehr schußbereit gegen einen der Leute. Ein Mann entwand es ihm. Er sprang sofort ins Zimmer zurück, verschloß die Tür, schloß den Revolver ab, ließ in den ersten Stock, um den Stationsvorstand zu wecken, zeigte sich fortwährend sehr erregt und schrie: „Ich lasse mich nicht erschlagen!“ Man zeigt dieses Beispiel den Ablauf solcher Schlaftrunkenheitszustände und ihre verhängnisvollen Folgen.

Wie bei anderen Berufen gibt es auch bei Eisenbahnern Nervenkrankheiten, die auf Alkoholismus beruhen. Nach ihrer Häufigkeit und Wichtigkeit hat man sogar in erster Linie auf Schädigungen nervöser und psychischer Art zu achten. Verhältnismäßig häufig und frühzeitig machen sich mit leichtem Zittern verbundene Schmerzen bemerkbar, die auf Nervenentzündungen beruhen, die aber meist unter der Rubrik Rheumatismus behandelt werden. Bei chronischen Alkoholikern ist oft eine gewisse Muskel- und Körpererschwäche zu beobachten. Die Behandlung des Kranken muß so frühzeitig wie möglich einsetzten. Am frühesten tut es aber die Verbeugung. Zu wenig Gewicht wurde bisher auf den Alkoholgenuss außerhalb des Dienstes gelegt. Bei ausgebrochener Erkrankung ist eine Weisung notwendig über die Giftwirkung des Alkohols trotz vielfach nur mäßigen Genusses und über die Notwendigkeit völliger Entkalktheit.

Die Frage, ob die Maßnahmen genügen, um geistige Störungen bei den Eisenbahnbeamten frühzeitig zu erkennen, wird von Dr. Salzman in Allenstein verneint. Er macht daher den Vorschlag, daß eine noch innigere Fühlung zwischen den Vorständen und den zuständigen Bahnärzten erstrebt werden müsse. Sobald der Dienststellenvorsteher beobachtet, daß ein Beamter eigenartig wird, ein verändertes Wesen zur Schau trägt, daß seine Leistungsfähigkeit zurückgeht, dann muß er verpflichtet werden, dem Bahnarzt davon Mitteilung zu machen und eine Untersuchung der geistigen Fähigkeiten des verdächtigen Bediensteten beantragen. Wie der Gehör- und Sehprüfung große Beobachtung geschenkt wird, so muß auch die Untersuchung des Nervensystems mehr herbeigeführt werden. Jeder Beamte, der einen verantwortungsvollen Dienst zu verrichten hat, sollte in gewissen Zeiträumen von einem Bahnarzt nach einem bestimmten Plan auf sein Nervensystem untersucht werden.

Von Unfällen abgesehen, gibt es im Eisenbahnerberuf mehr Entstehungsmöglichkeiten für Nervenleiden wie in irgend einem anderen. Die im Außendienst tätigen Beamten werden in ganz besonderem Maße geistig wie auch körperlich angespannt. Ihre Tätigkeit erfordert die allergrößte Genauigkeit. Das Bewußtsein, daß jede kleinste Abweichung Menschenleben gefährden kann, strafft ihre geistige Tätigkeit auf das Intensivste an, hält sie fast in dauernder Erregung, selbst wenn man die Gewöhnung in Rechnung zieht. Derartige geistliche Erschütterungen, wie sie hier der Dienst mit sich bringt, schädigen einen an und für sich gesunden Menschen nicht wesentlich in seinem Nervensystem. Es handelt sich hier um Menschen, bei denen sich immer wiederholende derartige Anspannungen aller Geisteskräfte die größte Widerstandskraft mindern. Nach den Erfahrungen Professor Meyers in Königsberg trifft man dies besonders häufig bei Personen, die im Innendienst tätig sind. Diese sind nicht den intensiven geistigen Erschütterungen ausgesetzt, aber beständig geistlichen Einflüssen, die gerade in ihrer Dauer schwerer wirken. Hier kommt die große Rolle der Unter-

beamten in Betracht, deren verhältnismäßig häufige Nervosität dadurch ihre Erklärung findet, daß ihre Arbeit eine verhältnismäßig eintönige ist und doch recht anstrengende; die Möglichkeit, sich zu erholen und auszugleichen, ist naturgemäß für sie eine begrenzte. Abgesehen von den dabei häufigen körperlichen Beschwerden, wie Kopfschmerz, Schwindel, schlechter Schlaf, erscheint vor allem ihr seelisches Gleichgewicht gestört. Einmal sind sie leicht müde, angegriffen, dann zeigen sie weniger Energie und Entschlußfähigkeit.

Die Sterblichkeits- und Invaliditätsverhältnisse der Lokomotivführer. Der Versicherungsmathematiker S. Braun in Ludwigsfelde hat auf Grund des Beobachtungsmaterials des Vereines deutscher Lokomotivführer und Heizer in Worms Berechnungen über Sterblichkeits- und Invaliditätsverhältnisse der Lokomotivführer- und Heizerpersonals angestellt. Das Material ist ein gleichartiges, denn als Mitglieder wurden, nur ausgenommen Werkmeister, Werkführer, Lokomotivführer sowie Lehrlinge und Heizer, welche zum Führereigenen zugelassen werden. Von den 1909 vorhandenen gewesen 18.246 Mitgliedern sind 17.726 im Bahndienst und 520 in anderen Stellungen beschäftigt gewesen. Die Aufnahmebedingungen sind derart, daß sie einen Anreiz geben, daß sich die einzelnen Personen gleich nach ihrer bahnamtlichen Anstellung zur Aufnahme in die Versicherung melden. Die bahnamtliche Anstellung erfolgt aber nur, wenn die betreffende Person einwandfreie Gesundheitsverhältnisse aufweist. Die Aufnahme wird durch eine ärztliche Untersuchung bewerkstelligt, wie bei den Lebensversicherungs-gesellschaften. Die Grundsätze über Pensionierung sind wohl bei sämtlichen deutschen Betriebsverwaltungen dieselben. Sie kann ebenfalls nur auf Grund eines ärztlichen Zeugnisses erfolgen. Einerseits hat die Verwaltung ein Interesse daran, die Pensionsleistungen für den Staat nicht allzu groß werden zu lassen, andererseits muß sie das Bestreben haben, im Interesse der Betriebssicherheit, die nicht mehr ganz dienstverwendbaren Elemente auszuscheiden. Alle statistischen Untersuchungen über die Sterblichkeit der allgemeinen Bevölkerung weisen eine bedeutende Abnahme der Sterblichkeit auf, dagegen eine Zunahme der Invaliditätswahrscheinlichkeit. Nach der allgemeinen Erfahrung mußten auch die vorliegenden Untersuchungen ein solches Ergebnis liefern. Die Ergebnisse Brauns, die in der „Zeitschrift für die gesamte Versicherungswissenschaft“ veröffentlicht sind, bestätigen diese Voraussetzung. Vergleicht man die Sterbenswahrscheinlichkeit der noch im aktiven Dienst befindlichen Lokomotivführer mit der Sterbenswahrscheinlichkeit einer früher, von Zimmermann aufgenommenen Statistik, welche die Jahre 1885 bis 1884 umfaßt, so bemerkt man zunächst einen bedeutenden Rückgang der Sterblichkeit in den Altersjahren von 20 bis 60. So ging die Sterbenswahrscheinlichkeit zurück im Alter von 20 Jahren von 8,28 auf 3,14, also auf um 62 Prozent, im Alter von 40 Jahren von 11,42 auf 7,04 Prozent. Der Grund für den bedeutenden Rückgang der Sterblichkeit ist ein zweifacher. Einmal haben sich die Sterblichkeitsverhältnisse allgemein außerordentlich gebessert. Nun dazu kommt, daß sich speziell die hygienischen Verhältnisse im Eisenbahnerberuf gehoben haben. Das sind die besseren Urlaubsverhältnisse, das Alkoholverbot, die auf den Lokomotiven geschaffenen Schutzeinrichtungen, die Verbesserung der Aufenthalts- und Übernachtungsräume, mit einem Wort, die durch die Verbesserungen des Berufs entstehenden Gesundheitsgefahren sind abgeschwächt worden. Ganz bestimmt hat die vom Alter von 50 an stark gestiegene Pensionierung dazu beigetragen, daß aus der Reihe der Aktiven die gesundheitlich nicht mehr so festen Personen in größerer Zahl ausgeschieden sind, und daß die verbliebenen Aktiven zu einer Gruppe gekräftigter Personen wurden, für die sich notwendigerweise eine recht günstige Sterblichkeit herausstellen mußte. Das starke Anwachsen der Sterbenswahrscheinlichkeit Ende der Fünfzigerjahre und der ebenso plötzliche rasche Abfall vom Alter 61 an kann wohl nur als eine Einwirkung der Pensionierungen erklärt werden. Es läßt sich eine Selbstauslese infolgedessen denken, als im Laufe der Fünfzigerjahre allmählich pensionsreif werdende Leute mit Rücksicht auf die Einführung ihrer Pensionsbezüge, die Pensionierung von sich aus möglichst lange hinauszuschieben suchten, und dann aber mit Eintritt in die Sechzigerjahre erfolgen viele Pensionierungen, und es verbleibt ein Bestand gekräftigter aktiver Personen, der dann erst unter den Altersinflüssen rasch abfällt. Zweifellos hat auch eine sorgfältigere Auslese von Personen in den Eisenbahndienst stattgefunden, das heißt es sind strengere Anforderungen bei der ärztlichen Untersuchung in den letzten Jahren gestellt worden.

Nach den Feststellungen Brauns hat die Invaliditätswahrscheinlichkeit in den Altersjahren bis 45 einen auffallend starken Rückgang und von den Fünfzigerjahren eine auffallend große Steigerung erfahren. Jedenfalls ist dies nur so zu erklären, daß die von den Eisenbahnverwaltungen gestellten gesundheitlichen Anforderungen sehr strenge geworden sind. Was die Zunahme der Invalidität in höherem Alter anlangt, so wird als die Zunahme der Dienstunfähigkeit in erster Linie steigendes Element die erhöhte dienstliche Zuanpruchnahme und die damit verknüpfte Abnutzung der geistigen und körperlichen Kräfte angesehen sein. Zwar erscheinen die allgemeinen und speziellen Anforderungen, wie sie an das Lokomotivpersonal früher und jetzt gestellt wurden, wenn man die verschiedenen Elemente vergleicht, nicht derart verändert, daß daraus eine größere berufliche Anstrengung und Abnutzung geschlossen werden müßte, es ist im Gegenteil die tägliche Dienstdauer allmählich etwas günstiger geworden. Aber wenn auch die Dienstschichten im Laufe der Jahre nicht mehr von so langer Dauer sind wie früher, so gehen doch die dazwischen liegenden Ruhepausen (vor allem an den Umkehrstationen) und Ruhelage oft an die Mindestgrenze dessen, was nach den Bundesratsbestimmungen eingehalten werden soll. Der gestiegene Verkehr bedingt, worauf Braun mit Recht hinweist, eine schnellere Zugfolge und Fahrgeschwindigkeit, die gegenüber früher vermehrten Signale verlangen eine aufmerksame Beobachtung, kurz, der Dienst ist in verschiedenen Punkten anstrengender geworden. Wenn auch die früher verwendeten Lokomotiven infolge ihrer technischen Mangelhaftigkeit vielleicht schwieriger zu behandeln waren, so sind die neueren zwar technisch leistungsfähiger, dafür aber auch schwerer zu bedienen. Die Intensität der Arbeitsleistung ist größer geworden, und hat eine größere und raschere Abnutzung der Arbeitsfähigkeit zur Folge. Ein Grund für das Ansteigen der Invaliditätsziffer in den allerletzten Jahren ist der, daß früher auf allen Lokomotivstationen es schwere, leichtere und ganz leichte Dienste gab, und daß für den letzten die älteren nicht mehr so vollständig dienstbrauchbaren Personen, die zu der Ausübung der schweren Lokomotivdienste sich nicht mehr eigneten, immer noch verwendet wurden. Dieser ganz leichte Dienst ist aber jetzt beseitigt, die verschiedenen Dienste sind gleichmäßig schwer, so daß man für diese Teilinvaliden, als welche

man die älteren Lokomotivbeamten ansehen könnte, keine dienstliche Verwendung mehr besitzt, sondern sie eben pensionieren muß.

Eine gewisse Rolle spielt endlich noch die Pensionierung. Legenweise die Verschärfung der ärztlichen Untersuchungsmethoden. Da es sich um Berufsunfähigkeit handelt, nur bei dem Lokomotivpersonal diese wesentlich vom vorhergehenden vollen Körper- und Sehevermögen (Sehkraft, Farbenunterscheidungsvermögen) u. s. w. abhängt, so bedingt zum Beispiel der Umstand, daß in den letzten Jahren das Farbenunterscheidungsvermögen nicht mehr mit der Holmgrenschen, sondern mit den Farbtafeln nach Professor Nagel festgestellt wurden, sicher eine Erhöhung der Invaliditätsziffer.

Das Resultat der Betrachtung der Invaliditätswahrscheinlichkeit läßt sich dahin zusammenfassen, daß die Verminderung der Invalidität in den jüngeren Altersjahren im Zusammenhang mit der bedeutenden Erhöhung für die späteren Alter nur den Schluß zuläßt, daß bei der Aufnahme in den Eisenbahndienst zwar eine strenge gesundheitliche Auslese erfolgt, jedoch die dienstliche Zuanpruchnahme zu einer solchen Abnutzung der Kräfte führt, daß die Invaliditätswahrscheinlichkeit in den höheren Lebensjahren gegen früher wesentlich zunehmen mußte. In den jüngeren Jahren läßt sich die Invalidität nur so erklären, daß sie auf zufällig eingetretene Unfälle, Krankheiten und Schwachzustände zurückzuführen ist, während die hohe Invalidität des höheren Alters einmal auf der starken beruflichen Abnutzung, andererseits auf dem eigenen Ansitzen der Pensionierung infolge erreichter hoher Pension beruht.

Streiflichter.

Schädigung von Bediensteten der Österreichischen Nordwestbahn und der L. L. Nordbahn. Abgeordneter Genosse Komisch hat an den Eisenbahnminister folgende Interpellation gerichtet:

Die nachstehend mit Namen angeführten Bediensteten der genannten L. L. Direktionen wurden in ihren ihnen auf Grund der Einreichungsgrundzüge und durch die Dienstpragmatik gebührenden Rechten gesündigt:

Franz Dvokat, Signalmeister in Chlumetz, untersteht der Direktion der L. L. österreichischen Nordwestbahn, wurde bei der Einreichung dieser Bahn in den Status der L. L. Staatsbahnen als Signalmeister eingereiht und hat demnach Anspruch, in dieser Kategorie verbleiben zu können. Trotzdem wurde ihm jedoch von der L. L. Direktion der genannten Bahn aufgetragen, sich als Bahnmeister einschulen zu lassen, und als er ansuchte, als Signalmeister weiterbedienen zu können, wurde dieses Ansuchen am 8. April l. J. von der genannten L. L. Direktion abgewiesen und er wird nun verhalten, sich als Bahnmeister einschulen zu lassen, um nicht mehr Signalmeister, sondern Bahnmeisterdienste zu verrichten. Die L. L. Direktion kann für ihre Verfügung keine stichhaltigen Gründe anführen. Der Hinweis, daß keine Signalmeisterposten disponibel sind, wird durch die Tatsache widerlegt, daß in letzter Zeit sechs Ausgüßsignalmeister aufgenommen worden sind, die ja schließlich doch mit Signalmeisterposten betraut werden.

Der Punkt 2 des § 40 der Dienstordnung setzt als ein dem Bediensteten gewährleistetes Recht die dauernde Verwendung auf einer der Bedienstetenkategorie entsprechenden Dienstposten fest. Für einen Signalmeister ist aber der Bahnmeisterdienst keine entsprechende Verwendung. Der Dienst eines Signalmeisters und der eines Bahnmeisters ist derart verschieden, daß ein Signalmeister, der zum Bahnmeisterdienst kommandiert wird, wohl für lange Zeit damit rechnen muß, in seinem neuen Dienst keine vollwertige Arbeitskraft zu sein. Es ist nun gewiß auch ein Recht der Bediensteten, zu verlangen, dort verwendet zu werden, wo sie schon Erfahrung besitzen. Infolgedessen ist die Verlegung des Signalmeisters Franz Dvokat eine bureaukratische Maßregel, nur dazu geeignet, dem betreffenden Bediensteten Unannehmlichkeiten zu bereiten, ohne daß der L. L. Bahnverwaltung damit genützt wird.

Die bei der L. L. Nordbahn in der Station Probeck bestehenden Blocksignaldienste Wolejitz, Slawitz, Chabaditz, Zapletal und Luger wurden zu Blockwächtern überstellt. Dasselbe geschah mit dem Blocksignaldienst Johann Werfus in Mährisch-Ostau. Die L. L. Nordbahn erklärt, der Dienst sei ein Blockwächterdienst. Wer den Dienst der betreffenden Bediensteten kennt und das sachmännisch beurteilen kann, kommt zu dem Schluß, daß dieser Dienst als Blocksignaldienst qualifiziert werden muß. Trotzdem erklärt die L. L. Nordbahn, der Dienst sei ein Blockwächterdienst. Diese Auffassung der L. L. Nordbahn ist ein Beweis dafür, daß die Tendenz vorwalte, bestehende Rechte der Bediensteten durch willkürliche Auslegungen zu eskamotieren.

Die Interpellanten stellen daher an den Herrn Eisenbahnminister die Anfrage:

Ist der Herr Eisenbahnminister geneigt, dahin zu wirken, daß die den Bediensteten in den Einreichungsgrundzügen und in der Dienstordnung gewährleisteten Rechte in objektiver Weise gewahrt werden und ist er insbesondere bereit, zu verfügen, daß der Signalmeister Dvokat in Chlumetz als Signalmeister verbleiben kann und daß die Blocksignaldienste in Probeck und Mährisch-Ostau nicht willkürlich zu Blockwächtern degradiert werden?

Zu den bevorstehenden Delegiertenwahlen in die Berufsgenossenschaftliche Unfallversicherungsanstalt der österreichischen Eisenbahnen. Nachdem diese Wahlen bei den Staatsbahnen bald ausgeschrieben werden dürften, ist es notwendig, die Eisenbahner darauf aufmerksam zu machen, welches Wohlwollen die Patentchriften jenen Eisenbahnern entgegenbringen, die im Dienste Krüppel wurden oder ihre Gesundheit einbüßen und daher Unfallrenten beziehen.

In Nummer 11 des Verkehrsblattes vom 1. Juni 1912 finden wir folgenden Versammlungsbericht, den wir im Auszug bringen:

„Zuspruch. Herr Obmann Thurner (ein Mitglied) verlas in Abwesenheit des Schriftführers das Protokoll der letzten Versammlung und hielt hierauf einen kurzen Vortrag über die Ursachen der Leistungsfähigkeit der Unfallversicherung. Hierauf wurde die Debatte eröffnet und über Antrag der Herren Köstler, Hagener und Schnatter folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die Zentrale ist aufzufordern, maßgebend den Orts dahin zu wirken, daß zum Zwecke der Sanierung der Unfallversicherung und zur Beruhigung der Versicherten jährlich ein Verzeichnis aller Rentner samt deren Bezügen bezirksweise veröffentlicht werde, damit durch eine öffentliche Kontrolle die alten Schmaroker abgeschüttelt werden können.“

Was man mit diesem Antrag will, ist klar. Man will alle, die Unfallrenten beziehen, schonungslos dem schädlichen Denunziantengeist preisgeben, damit, wie es so schön heißt, „die alten Schmaroker abgeschüttelt werden können“. Man beachte: Die Bahnverwaltungen kennen die Höhe der Unfallrenten eines jeden einzelnen, der Rente bezieht. Diese, die für die Kosten der Unfallversicherung voll und ganz aufzukommen haben, verschmähen das vorgeschlagene Mittel. Sie haben nie daran gedacht. Es war ihnen wahrscheinlich zu schamhaft. Erst den Christlichsozialen war es vorbehalten, diese Erfindung zu machen.

Es wird leider auch sehr schon viel denunziert. Der obige Antrag zeigt uns wenigstens, wo wir diese gefürchten Ehrenmänner zu suchen haben. Bezeichnend ist, daß die „Christen“ von der unbedingten Ehrlichkeit ihrer Gegner überzeugt sein müssen; sie haben nicht zu fürchten, daß ihnen Gleiches mit Gleichem vergolten wird, sonst könnten sie doch kaum wegen, einen derartigen Antrag zu stellen.

Interessant ist, daß man auf diese Art und Weise die Unfallversicherung „sanieren“ will, obwohl es gar nicht notwendig ist, daß die Herren zu diesem Zweck ihr bisheriges Gehirnschmalz vergeuden, denn die Berufsgenossenschaftliche Unfallversicherungsanstalt ist ja ohnehin „sanierter“.

Wenn sie die Geschäftsberichte der Berufsgenossenschaftlichen Unfallversicherungsanstalt lesen würden, so müßten sie wissen, daß die Renten der Versicherten durch das eingezahlte Kapital gedeckt sind und dazu die Versicherten keinen Heller beitragen, sondern daß die Eisenbahnverwaltungen den Abgang zu decken haben.

Die vorgeschlagene „öffentliche Kontrolle“ käme also nur den Eisenbahnverwaltungen zugute.

Korrespondenzen.

Süßenbrunn, Staatseisenbahngesellschaft. (Desinfektionsarbeiter.) Der Herr Vorstand von Süßenbrunn eignet sich nach und nach alle Tugenden eines würdevollen Vorstandes der k. k. Staatsbahnen an. Das zeigt die Drohung an, die er sich kürzlich gegenüber den Arbeitern leistete: „Ich werde es euch schon zeigen, wie ich euch niederbügeln kann!“ So wie sich dieser Herr Vorstand einbildet, Vorstand zu sein, ist das Vorstandsein allerdings nicht schwer; denn die Arbeiter unbedenklich und auf jede Weise „niederzubügeln“ bringt auch jeder Profos in Rußland zusammen. Aber es mußte doch eine Ehre darin liegen, ein wahrhafter Vorstand dadurch zu sein, einen Weg zu gehen, sowohl die Rechte der Verwaltung als auch jene der Bediensteten und Arbeiter immerdar hochzuhalten und zu schützen — allerdings, eine sehr schwierige Aufgabe. Nach einer solchen Ehre zeigt jedoch ein Profos in Rußland nicht!

Heiligenstadt. Als wir uns an dieser Stelle am 1. August sowie auch am 1. November 1912 mit den Zuständen im Bahnhof Heiligenstadt beschäftigten und auf das Treiben des Vorstandesstellvertreters Herrn Offizial Kvitniowski aufmerksam machten, glaubten die Bediensteten und Arbeiter, die k. k. Staatsbahndirektion werde geordnete Verhältnisse schaffen und den feinen Herrn, welcher von der russischen Grenze stammt, und daher auch hier russische Verhältnisse einführt, auf den richtigen Weg verweisen.

Obwohl der Dienst in dieser Station kein brillanter ist, und vom Personal infolge gesteigerten Verkehrs fast unermessliches verlangt wird, so hat die k. k. Staatsbahndirektion für solche Wünsche und Beschwerden nur taube Ohren und der Herr Kvitniowski trägt das Seine noch bei. Schon lange bitten die Verschieber von der Kassette um Verstärkung der Verschiebpartien um einen Mann; weil sie die Arbeit infolge gesteigerten Verkehrs nicht bewältigen können, sowie auch die Partien auf der Donaukanallinie nicht einmal die zum Essen nötige Zeit haben und ihr Mittagmahl ratenweise einnehmen müssen, was dann viele Erkrankungen zur Folge hat. Oder sollen es sich die Leute so einrichten, wie man Pferde füttert, nämlich einen Futterack umhängen?

Auch das übrige Personal ist nicht auf Rosen gebettet, indem der Herr Kvitniowski ihm den Dienst mit allen möglichen Schikanen erschwert und demselben alle möglichen Arbeiten, wie Kopfreinigen, sogar am Sonntagmorgen, anberaucht und ihnen nicht einmal das nötige Material beisteht. Wenn dieselben ihren wirklichen Dienstobliegenheiten nicht nachkommen können, werden über sie drakonische Strafen verhängt und das ohnedies geringe Einkommen reduziert. Wohin das führt, hat man an der im Sommer bei den Wächtern eingeführten sinnlosen Dienstverteilung gesehen, welche eine förmliche Anarchie heraufbeschwor und es nur auf die Disziplin des Personals zurückzuführen war, daß sie nicht ausgebrochen ist. Auch Beschimpfungen, wie Trottel, Schandfleck u. f. w. sind an der Tagesordnung und selbst vom Denunzieren schreckt er nicht zurück. Er droht dem Personal, er habe „schon bei unserem Vorstand Herrn Hauska das nötige Bild eingelegt“. Das Personal hofft aber von dem Herrn Vorstand, dem der Ruf vorangeht, ein sehr strenger, aber gerechter Vorgesetzter zu sein, daß auch mit ihm geordnete Dienstverhältnisse einzuführen werden.

Wir raten diesem Herrn, seine Handlungsweise gegenüber dem Personal zu ändern, sonst müßten wir das nächstmal deutlicher sprechen. Dem Personal aber raten wir, soweit es nicht in unserer Organisation liegt, sich derselben anzuschließen, was die beste Antwort auf die geschilderten Verhältnisse ist.

Mährisch-Schönberg. Durch das vor mehreren Jahren bei den österreichischen Staatsbahnen zur Einführung gebrachte Tantiemensystem, hat sich eine fürchterliche Tantiemenwirtschaft in der Werkstätte Mährisch-Schönberg ausgebildet. Ein jeder, noch so kleine Vorgesetzte, treibt mit rücksichtsloser Brutalität die Arbeiter zur größten Arbeitsleistung an. Die Werkstättenarbeiter würden sich noch über diese Antreiberei hinwegsetzen, wenn von seiten der Vorgesetzten die Beschaffung der zur Arbeit erforderlichen Materialien oder Werkzeuge angestrebt würde. Jedoch weit gefehlt! Unbekümmert, ob das zur Arbeit nötige Werkzeug oder Material vorhanden ist, wird nur gejagt und angetrieben. Daß sich dies nicht halten kann, ist begreiflich; das muß sich ändern, und zwar nicht nur im Interesse der Arbeiter, sondern auch im Interesse der Bahnverwaltung. Eine radikale Besserung muß eintreten, wenn nur halbwegs geordnete Verhältnisse Platz greifen sollen. Es heißt immer, die Werkstätte leidet zu wenig, die Arbeiter kommen zu teuer, marodieren beständig u. f. w. Freilich könnte noch mehr geleistet werden, aber dazu ist es notwendig, daß die Werkstätte Mährisch-Schönberg besser technisch auszustatten wäre, und daß das Personal besser zu entlohnt sei. Eine lohnbedingte Arbeiterkraft ist auch leistungsfähiger. Keine Privatwerkstätte magt es, ihre Arbeiter so schlecht zu entlohnen, wie die k. k. Staatsbahn.

Diese Herren haben sich bei dem Tantiemensystem zur Aufgabe gemacht: viel Leistung und wenig Zahlung; da sollen sie nur bei sich selber anfangen, diese Ganggeschichten. Und wenn die Arbeit in der Werkstätte Mährisch-Schönberg zu teuer kommt, so sind nicht die Werkstättenarbeiter daran schuld, die unermüdlich angetrieben werden, sondern diese technischen Angelegenheiten, die von den Werkstättenarbeitern mitgeschleppt werden müssen.

Und nun fragen wir! Wo kommen denn diese Summen von Tantiemen her, welche alljährlich zur Auszahlung gelangen? Offenlich nur von den Arbeitsbienen aus der Werkstätte, welche angeblich zu faul sind und zu wenig arbeiten. Für so stumpfsinnig sollten die Herren die Professionisten doch

nicht halten. Am schönsten macht es die Werkstättenleitung in der Abteilung I. Dort findet man bei den Eingangsloren Tafeln angebracht, welche den Zweck haben, die Lieferzeit der in Reparatur befindlichen Lokomotiven und Tender zu bestimmen. Die Tafeln wurden bei den Locomotiven aus dem Grunde dort befestigt, daß erstens jeder Arbeiter, wenn er herein- oder hinausgeht, immer auf die darauf bestimmte Lieferzeit der Maschinen und Tender erinnert wird. Zweitens, daß von den Vorgesetzten immer darauf hingewiesen werden kann: dort steht es geschrieben, die Lokomotive oder der Tender hat unbedingt bis zu dieser Zeit fertig zu sein. Das ist die Erfindung der Mährisch-Schönberger Techniker, wie ohne Werkzeuge und ohne Material rasch gearbeitet wird.

An dem Heißhunger nach Tantiemen ist schon so mancher erkrankt. Der Herr Werkmeister Friedl besorgt die Tantiemenjäger vorzüglich. Das eine steht fest, daß der Werkmeister Friedl mit seiner erprießlichen Tätigkeit rein gar nichts dazu beiträgt, um das bekannte Staatsbahndespotismus zu verringern. Das ist so felsenfest, daß kein einziger Werkstättenarbeiter darüber im Zweifel sein wird. Als wohlgezogener Krieger nach oben hat es dieser Mann verstanden, sich auch nach unten entsprechend auszubilden, und die Folgen dieser Ausbildung sind es, die das Werkstättenpersonal nun nicht mehr ertragen kann. Auf Grund seiner auf Nützlichkeit aufgebauten Macht, wagt dieser Herr die frechtlichen Uebergriffe, und trachtet diese mit Terrorismus durchzuführen. Eine Freude ist es anzusehen, wie er wieder so manchem Protegierten auf das hohe Ross hinauf hilft. Friedl ignoriert jede gute Ansicht der älteren Arbeiter, und demütigt diese bei jeder Gelegenheit wie die Lehrlinge. Was er nicht selbst befehlen kann, das besorgen seine bekannten Judas im blauen Arbeitsittel, und zwar nicht nur während der Arbeitszeit, sondern sogar nach Arbeitsluß. Wir werden vorläufig keine Namen nennen, weil wir eine Besserung erwarten.

Wir werden nicht ermangeln, in nächster Zeit noch in ausführlicher Weise die Verhältnisse der Werkstätte Mährisch-Schönberg darzulegen. Es soll vorläufig diesem Herrn ein Fingerzeig sein, wie die Werkstättenarbeiter ihrer beruflichen Ausbildung nach behandelt sein wollen. Aber auch den Arbeitern muß gesagt werden, daß sie ihre Gleichgültigkeit gegenüber der Organisation ablegen müssen.

Stehr. (Dr. Schwiner Protektor von Strebern?) Zu den Stehrer Bahnbediensteten zählt auch ein gewisser Erasmus Zimmermann, der von den Mitarbeitern fast allgemein als Streber angesehen wird. Als solcher kehrt er den Mantel natürlich auch in politischer Hinsicht stets nach dem Wind und schließt sich immer dort an, wo für seine Pläne die Aussichten am besten sind. Als die deutschnationalen Eisenbahner in Steyr noch einen Anhang hatten, war der Zimmermann „Nasi“ natürlich „national“. Heute scheinen ihm die Aussichten bei den Christlichsozialen besser zu sein, so ist er denn „Christlichsozial“. Warum? Weil ihn in Steyr, wie es scheint, ein Protektor zur Seite steht, den er für seine Ziele brauchen kann. Ist wo eine Stelle zum Vorrücken in Aussicht, so ist der Zimmermann „Nasi“ einer der ersten Anwärter und er schert sich keinen blauen Teufel darum, ob ältere Diener da sind oder nicht. So wars auch vor kurzem, als eine Zugführerstelle frei wurde. Als der „Nasi“ hörte, daß die Stelle ausgeschrieben werde, bekam er sofort Hände und Füße und als er Veracht schlopfte, daß die Stelle ein anderer bekommen könnte, lief er sofort zu seinem Protektor — Dr. Schwiner, damit er ihm zur Seite stehe. In der Tat fuhr Dr. Schwiner zur Staatsbahndirektion nach Linz und intercedierte zugunsten seines — Strebers. Zum Glück ohne Erfolg, da die Direktion erklärte, dem Personal nicht vorgreifen zu wollen und den mit dem Personal vereinbarten Weg einzuhalten. Hätte Dr. Schwiner ein geeignetes Ohr gefunden, so wäre durch seine Protektion und durch das Streben seines Klienten ein älterer Diener zu Schaden gekommen. Die Eisenbahner werden sich dieses Vorgehen christlichsozialer „Kollegen“ und Anwälte merken.

Lundenburg. Wie uns mitgeteilt wurde, beabsichtigt Herr Dr. Bauer wegen vorgerückten Alters aus dem Bahndienst zu scheiden. Herr Dr. Bauer ist Bahnarzt seit dem Verlust der Kränkenasse und hat sich innerhalb seiner vielfährigen aufopferungsvollen Tätigkeit viele treue Freunde und Verehrer unter den Klassenmitgliedern erworben. Er war stets bemüht, human und gewissenhaft gegen seine Patienten zu handeln und ein Muster von Ehrenhaftigkeit. Der Abgang des Herrn Dr. Bauer wird von den Mitgliedern der Kränkenasse und deren Angehörigen allgemein bedauert. Möge es Herrn Dr. Bauer bei seinem fernem, noch recht viele ruhige und freundliche Jahre im Ruhestand zu verbringen.

Voranzeige!

Das mit allseitigem Beifall aufgenommene
Eisenbahner-Fachings-Blatt

„Der Fachings-Courier“

gelangt im Jänner 1913 wieder zur Ausgabe. Beiträge die für das Blatt bestimmt sind und Bilderentwürfe bitten wir schon jetzt an die Redaktion unseres Blattes gelangen zu lassen. Die Bestellungen hierfür wollen rechtzeitig gemacht werden, damit wir die Auflage bestimmen können. Genossen, macht in euren Kreisen auf das Erscheinen des „Courier“ aufmerksam

Redaktion und Verlag: „Der Eisenbahner“

Versammlungsberichte.

Reichskonferenz des Vershubpersonals.

Am 11. Dezember 1912 fand im Arbeiterheim Wien X die von der Zentrale einberufene Reichskonferenz des Vershubpersonals aller Bahnen Österreichs statt. Die außerordentlich große Beteiligung und der würdige Verlauf der Konferenz gaben Zeugnis davon, wie ernst die Lage des Vershubpersonals ist, und welches Interesse es den auf der Tagesordnung der Konferenz stehenden Fragen entgegenbringt. Diese Tagesordnung lautete: 1. Die Forderungen des Vershubpersonals: a) die Dienstzulage von 24 Kr. monatlich und die vom

Eisenbahnministerium geplante Einführung der Vershubprämie; b) die anderthalbfache Anrechnung der Dienstzeit; c) die übrigen Forderungen des Vershubpersonals. 2. Eventuelles. An der Konferenz nahmen teil: 187 Delegierte von 122 Ortsgruppen und 8 Personalommissionsmitglieder; die Zentrale war durch die Genossen Schwab, Wabitsch, Weigl und Adolf Müller, das Prager Sekretariat durch Genossen Brodecky und das Triester Sekretariat durch Genossen Kopal vertreten. Wegen Verhinderung des Lemberger Sekretärs wurde Genosse Einfeld von der Zentrale der Konferenz beigegeben. Vom Provisionsfondsausschuß war Genosse Kneidinger anwesend. Abgeordneter Genosse Tomisch war durch eine Sitzung des Budgetausschusses am Erscheinen in der Konferenz verhindert und ließ sich entschuldigen.

Die Konferenz wurde um 9 Uhr vormittags vom Genossen Schwab mit einer kurzen Ansprache eröffnet, in der er die Delegierten im Namen der Zentrale begrüßte und sie einlud, durch rege Beteiligung an den Beratungen mitzuwirken, die Lage des Vershubpersonals zu verbessern. Zum ersten Punkt der Tagesordnung ergriff Genosse Kneidinger das Wort. Er schilderte die Geschichte der Aktion, die von der Zentrale um Erringung der Vershubzulage von 24 Kr. geführt wurde und wies auf die Schwierigkeiten hin, die zu überwinden waren, um vorerst die maßgebenden Faktoren von der Berechtigung der Forderungen des Vershubpersonals zu überzeugen. Heute muß das Eisenbahnministerium anerkennen, daß das Vershubpersonal, sowohl mit Rücksicht auf seine besondere Dienstleistungen wie auch mit Rücksicht auf die Gefahren des Vershubdienstes, auf eine besondere Entschädigung Anspruch haben kann, im Prinzip ist also die Forderung des Personals anerkannt, nur um die Form der Entschädigung muß noch gekämpft werden. Und dieser Kampf ist um so schwieriger, als durch die Ablehnung des vom Abgeordneten Genossen Tomisch gestellten 17 Millionen-Antrages durch die bürgerlichen Abgeordneten, das Eisenbahnministerium in seiner bisherigen Personalpolitik unterstützt wird und alle Forderungen des Personals, die in diesem Antrag enthalten sind, unter Berufung auf das Votum des Abgeordnetenhauses ablehnt. Es ist nun in der Sache infolgedessen eine Veränderung eingetreten, als das Eisenbahnministerium die Absicht hat, durch Einführung einer „Vershubprämie“ den berechtigten Forderungen entgegenzukommen und dieses Prämiensystem in manchen Stationen bereits probeweise eingeführt hat. Es ist klar, daß, abgesehen von den allgemeinen Bedenken, die man gegen jedes Prämiensystem haben muß, dieses Prämiensystem ganz besonders scharf geprüft werden muß, von dem das Eisenbahnministerium selbst sagt, daß es „zur Erreichung möglicher Oekonomie im Vershubdienst“ eingeführt wird und bei dem die Prämie „im Verhältnis zu der bei der Ausführung dieses Dienstes tatsächlich erreichten Verminderung der Ausgaben bemessen beziehungsweise ermittelt“ werden soll. Redner beipflichtet dann an der Hand des in Nr. 17 des „Eisenbahner“ veröffentlichten Ministerialerlasses die einzelnen Bestimmungen des geplanten Prämiensystems und verweist auf die wichtigsten Mängel, die das System in der gegebenen Form für das Vershubpersonal unannehmbar machen. Soll das Vershubpersonal von seiner Gegnerschaft dem Prämiensystem gegenüber absehen und die Ueberzeugung gewinnen, daß es durch dieses System nicht nur zu Mehrleistungen angetrieben werden, sondern auch eine materielle Besserstellung erreichen wird, dann müssen wenigstens die härtesten Bestimmungen des Prämiensystems beseitigt oder gemildert werden. In den provisorischen Bestimmungen über die Vershubprämie ist eine ungleiche Aufteilung der Prämie auf die Lokomotiv-, Vershubaufseher-, Oberverschieber und Verschieber vorgesehen, was wohl weder gerecht noch förderlich ist. Die Leistungen des Vershubpersonals haben heute bereits überall eine Höhe erreicht, die kaum mehr zu übersteigen ist, es scheint aber, daß man maßgebenden Orts noch eine höhere Leistung herauszufinden hofft und zu diesem Zweck den Lokomotivisten mit einem größeren Prämienanteil belohnt. Dies bedeutet für das Vershubpersonal eine große Gefahr, die sein Leben und seine Gesundheit bedroht. Wenn eine Erhöhung der Leistungen beim Vershubdienst überhaupt noch möglich ist, dann kann sie nur durch gleiche Interessierung aller Beteiligten an der Prämie erreicht werden. Eine weitere, ganz unbegründete Härte im provisorischen Prämiensystem ist die Bestimmung, daß „Passivposten“ auf die Prämienrechnung des nachfolgenden Monats übertragen werden sollen. Demgegenüber muß das Vershubpersonal verlangen, daß auch die von ihm in schwerer und gefährlicher Mühe erarbeiteten, aber nicht ausgezahlten „Plusposten“ auf die nächste Monatsrechnung gutgeschrieben werden. Nachdem der Referent noch eine Reihe weiterer Mängel des vorgeschlagenen Prämiensystems besprochen und die notwendigen Änderungen erläutert und begründet hat, empfiehlt er eine im Sinne seiner Ausführungen gefasste Resolution zur Annahme.

An der nun folgenden Diskussion beteiligten sich die Delegierten von Mahleinsdorf, Ruske, Stadlau, Krafau, Schönbrunn, Wien, Leoben, Angern, Budweis etc. Fast alle Redner sprachen sich mit Entschiedenheit gegen das vom Eisenbahnministerium vorgeschlagene Prämiensystem aus und machten seine Annahme durch das Vershubpersonal von der Erfüllung der in der Resolution verlangten Forderungen abhängig. Dabei konnten viele Redner ihre Ausführungen auch mit Angaben über die bisherigen Resultate der probeweisen Einführung der Prämien unterstützen. So gab es einerseits Stationen, wo auf den Verschieber kaum 6 S. Prämie im Monat entfielen, andererseits aber auch solche, wo die Prämie bis 40 Kr. anstieg. Der Delegierte von Stadlau zum Beispiel berichtete, daß dort im fünf Monaten der Prämiendurchschnitt 20 Kr. monatlich betrug, wobei als Maximalprämie nur 30 Kr. ausbezahlt wurden, während der rechnerische Prämienanteil 34 und mehr Kronen ausmachte. Die Debatte bewies, wie tief begründet die in der vorgeschlagenen Resolution gestellten Forderungen sind, und daß sie das Minimum dessen sind, was vom Vershubpersonal bezüglich des Prämiensystems verlangt werden muß.

Es sprachen noch die Genossen A. Müller und Brodecky. Der erste Redner führte aus: Die Aufgabe, zu deren Lösung wir uns hier versammelt haben, kann man, ohne Uebertreibung, eine geschichtliche nennen, denn sie wird ohne Zweifel für die weitere Entwicklung der Lage des Vershubpersonals von ganz besonderer Bedeutung sein. Wir dürfen aber in unseren Entschlüssen zu dieser, für das Vershubpersonal so wichtigen Frage daran nicht vergessen, daß das Vershubpersonal nur ein Teil eines großen Ganzen ist, daß die Lage und die Bedürfnisse dieser Kategorie nur im Zusammenhang mit der Lage des gesamten Personals betrachtet werden können, und daß schließlich die Bedingungen für den Kampf des Vershubpersonals um die Verbesserung seiner schweren Lage von der allgemeinen Lage bestimmt werden. Redner wendet sich dann der Schilderung dieser Lage zu, die durch Fenerung und Kriegsgefahr einerseits und durch Bedrohung des Sozialrechts und Anhebung der Preisschere andererseits, charakterisiert ist. Wie schwer aber auch die Lage ist, sie bietet doch noch genug Mittel und Wege, um die dringenden Forderungen des Personals durchzusetzen, wenn dieses Personal stark in seiner Einheit steht und in seinem Willen ist.

Nach dem Schlusssatz des Referenten Genossen Kneidinger wurde mit allen gegen eine Stimme nachstehende Resolution angenommen:

„Die am 11. Dezember 1912 in Wien X, Arbeiterheim, tagende Reichskonferenz des Vershubpersonals aller Bahnen Österreichs erklärt, daß das vom Eisenbahnministerium zur Einführung beabsichtigte Vershubprämienystem in keinerlei Weise geeignet erscheint, den billigsten Wünschen des Vershubpersonals Rechnung zu tragen. Das vorliegende System hat eine Reihe schwerer Mängel, die für das Vershubpersonal große Nachteile und Schädigungen zur Folge haben werden. Vor allem bildet der Umstand eine schwere Gefahr, daß im vorliegenden System in keiner Weise ein entsprechender Mindestverdienst garantiert erscheint. In zweiter Linie ist das Personal von jeder Einflußnahme und Kontrolle über die Handhabung dieses Prämienystems ausgeschlossen. Die Konferenz fordert daher mit allem Nachdruck, daß

1. jedem am Prämienystem interessierten Vershubbediensteten ein monatlicher Mindestverdienst von 15 Kr. als garantierte Minimalprämie gewährt wird;
2. daß in jeder Station amtlich gewählte Vertrauensmänner des Vershubpersonals zur Verrechnung und Kontrolle der Prämien herangezogen werden;
3. die Nachdienstzulagen sind neben der Mindestprämie als garantierter Nebenbezug sicherzustellen;
4. für die Platzmeister, Vershubaufseher, Oberverschieber und Verschieber sind die Anteile gleich zu bemessen;
5. im Regulator des Prämienystems ist festzulegen, daß nicht nur „Passivposten“, sondern auch „Plusposten“ der Prämien der Prämienrechnung für den folgenden Monat zu übertragen sind;
6. die ins Verdienen gebrachten Prämien sind stets am 15. des nachfolgenden Monats zur Auszahlung zu bringen;
7. falls das in Rede stehende Prämienystem mit irgend welchen neuen Ausgabeposten belastet würde, welche derzeit nicht vorgesehen sind, so sind die Einheitsätze dementsprechend zu erhöhen.“

Ferner wurde beschlossen:

Zusatzantrag I: Die Reichskonferenz des Vershubpersonals aller Bahnen Österreichs fordert mit allem Nachdruck, daß dem Vershubpersonal der Südbahn neben der bestehenden Vershubzulage von monatlich 12 Kr. und selbstverständlich auch der Nachdienstzulage, der garantierte Mindestverdienst von 15 Kr. gewährt wird.

Zusatzantrag II: Auch bei der V. E. B. sind im Falle der Einführung der Vershubprämie die heute ausbezogenen Vershubpauschale und Nachdienstzulagen neben der Minimalvershubprämie von 15 Kr. ausbezahlen.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung — Die anderthalbseitige Anrechnung der Dienstzeit — erklärte Genosse Aneidinger als Mitglied des Provisionsfondsausschusses das Referat. Er begründet noch einmal diese alte und äußerst berechtigte Forderung des Vershubpersonals und führt die Widerstände an, die sich bisher ihrer Erfüllung entgegenstellen. Zu den wichtigsten unter ihnen gehört wohl der Umstand, daß selbst Eisenbahnminister oft von den Gefahren des Vershubdienstes keine Ahnung haben und geneigt sind, diese Forderung als im Dienste nicht begründet zu betrachten, wie dies zum Beispiel der ehemalige Eisenbahnminister Wbra getan hat. Seither hat sich der Standpunkt des Eisenbahnministeriums etwas geändert, was wohl nicht zuletzt als Verdienst des Provisionsfondsausschusses und der Organisation zu buchen ist. Der Provisionsfondsausschuss hat in dieser Sache beim Hofrat Dr. Pollak wiederholt vorgesprochen, ihm Anträge vorgelegt und sich über deren Erledigung erkundigt. Hofrat Pollak erklärte immer, die Sache sei schon in Bearbeitung, leider aber müßten wir nach dem Ableben des Hofrates Pollak erfahren, daß in der Angelegenheit fast nichts geschehen ist. Der Nachfolger des Hofrates Pollak hat uns empfohlen, die Sache nochmals vorzubringen. Am 5. Juni d. J. ist ein begütigter Antrag neuerdings durch den Ausschuss eingebracht worden; wir haben mit unserer Forderung selbst beim Herrn Eisenbahnminister Verständnis gefunden und hoffen, daß jetzt, nachdem die Urlaubzeit im Eisenbahnministerium vorbei ist, die Angelegenheit rascher zu unseren Gunsten erledigt werden wird. Nach einer kurzen Debatte wurde der Bericht des Genossen Aneidinger von der Konferenz zur Kenntnis genommen.

Zum Punkt: „Die übrigen Forderungen des Vershubpersonals“ referierte Genosse Dedler. Wir haben uns immer — sagt Redner — vom Grundsatz leiten lassen, nur solche Forderungen zu stellen, deren Erfüllung dringend ist, und waren von jeher Feinde der Ansicht, daß man viel verlangen muß, um etwas zu bekommen. Wir müssen und wollen auch heute an dem Standpunkt festhalten, daß die Forderungen nur das absolute Notwendige zu enthalten haben. Unsere wichtigste und unabwiesliche Forderung ist: Verbesserung der Normierung. Wir verlangen für jede Lokomotive einen Platzmeister, einen Oberverschieber und vier Verschieber. Ferner verlangen wir, daß der Vershubaufseher Rang aufgezogen, der Oberverschieber zur Unterbeamtenprüfung zugelassen und nach Maßgabe des Ranges zum Platzmeister ernannt werden soll. Dies sind Grundforderungen, ohne die unsere Kategorie an ein Fortkommen nicht denken kann. Aber eine Verbesserung der Normierung allein wird noch nicht Ordnung und Gerechtigkeit in unsere Dienstverhältnisse bringen. Es müssen noch dem üppig blühenden Protektionswesen die Existenzbedingungen genommen werden, und dies kann nur durch Einführung eines Rangstatus erreicht werden. Heute werden bei Besetzung von höheren Posten unter verschiedener Begründung Protektionskinder befördert; einmal ist frühere Stabilisierung, ein zweitesmal die Gehaltshöhe, ein drittesmal wieder das Dienstalter maßgebend — das hängt ganz von den zufälligen Bedingungen ab, denen das betreffende Protektionskind entspricht. Es muß deshalb verlangt werden, daß die Besetzung von höheren Posten nach einem bestimmten Rangstatus geschieht.

In der Debatte führte Aneidinger aus: Wir müssen Normierung zu vieler Posten verlangen, als für den Dienst notwendig sind. Wir müssen auch gegen die vorzeitige Provisionsierung von durch Krankheit oder Unfall dienstunfähig gewordenen Bediensteten auftreten. Dies wird auch vom Provisionsfondsausschuss bekämpft, weil dieser Fonds unnütz belastet wird, wo der Provisionsierte der Bahnverwaltung noch Dienst leisten könnte. Es sprechen noch die Delegierten von Wien II, Ruste, Prag, Schredenstein, Lustig, Groß-Wosel, Kratka, Bodenbach, Leoben u. s. w.

Der Delegierte von Feltweg bringt die begründete Beschwerde vor, daß Verschieber, welche die Oberverschieberprüfung abgelegt haben, zur Unterbeamtenprüfung nicht zugelassen werden. Er stellt auch den Antrag, daß freie höhere Posten im Dienstwege ausgeschrieben und mit Gewährung von Ueberfiedlungsgebühren besetzt werden sollen.

Der Delegierte von Wien, St. G. G., führt an, daß die Wiener bei ihren Beschwerden wegen Normierung von Posten von seiten der Direktion immer geantwortet wird, daß in der Provinz zu viel Posten normiert sind und deshalb in Wien nicht mehr normiert werden können, während wir hier hören, daß den Bediensteten in der Provinz auf ihre Beschwerden unter Berufung auf die Uebernormierung in Wien mit den gleichen Ausreden geantwortet wird. Diesem Zustand muß endlich geendet werden, er stellt daher den Antrag:

„Alle Ortsgruppen haben ehestens an die Zentrale zu berichten, 1. wie viel normierte Posten unbefüllt sind, 2. wie viel ständig verwendete Vershubarbeiter aus Mangel an normierten Posten nicht ernannt werden und 3. wie viele auf höheren Dienstposten zum Beispiel als Oberverschieber, Vershubaufseher oder Platzmeister ohne Ernennung in der Kategorie Dienste leisten.“

Genosse Müller gibt zur Aufklärung an, daß dieses Material den Ortsgruppen bereits abverlangt wurde, aber von diesen nicht in genügendem Maße eingelangt ist. Wir werden es deshalb nochmals den Ortsgruppen zur Pflicht machen müssen, das gewünschte Material zu senden. Nach dem Schlußwort des Genossen Dedler wurden die gestellten Anträge zum Beschluß erhoben.

Beim Punkt „Eventuelles“ ergriff Genosse Müller das Wort, um über Ausbau und Stärkung der Organisation zu sprechen. Redner weist insbesondere auf die große Bedeutung des Vertrauensmännerstems hin und auf die Erfolge, die das Vershubpersonal dem Vertrauensmännersthem bereits zu verdanken hat und fordert die Delegierten auf, in ihren Stationen mit ganzer Kraft sich dem weiteren Ausbau dieses Systems zu widmen.

Mit einigen anfeuernden Worten schloß dann der Vorsitzende Genosse Schwaab um 7 Uhr abends die in jeder Hinsicht bedeutungsvolle Konferenz.

Wien IX (Alsergrund). Am 17. und 19. Dezember fanden im Vereinslokal zwei Kategorienversammlungen statt, und zwar von den Wagenputzern und den Lampisten sämtlicher in Wien einlaufenden Züge, die als ersten Punkt der Tagesordnung ihre „Lage“ und als zweiten Punkt den „Ausbau des Vertrauensmännerstems“ eingehend berieten. Zu beiden Versammlungen wurde Genosse Schwaab von der Zentrale delegiert. Beide Versammlungen verliefen sehr interessant und wurde nach den treffenden Ausführungen des Genossen Schwaab beschlossen, so rasch als möglich den Ausbau des Vertrauensmännerstems zu betreiben. Die Adressen der Vertrauensmänner sind an den Obmann der Ortsgruppe IX, Genossen Konstantin Aneidinger, Wien IX, Franz-Josefs-Bahnhof, zu senden.

Wiener-Neustadt. Am 3. Dezember tagte im Arbeiterheim eine allgemein zugängliche Versammlung, in welcher Genosse Beigl über „Das Koalitionsrecht und die Eisenbahner“ referierte.

Brud a. d. Mur. Am 17. Dezember sprach hier in einer Versammlung Genosse Glöckner, am 19. Dezember Genosse Scherbaum. Beide Versammlungen waren sehr gut besucht.

Aus den Organisationen.

Marburg II. Jene Mitglieder der Ortsgruppe, die mit ihren Beiträgen im Rückstand sind, werden, wenn sie nicht ihrer Anrechte verlustig werden wollen, dringendst ersucht, ihren Verpflichtungen nachzukommen.

Wlad. I. Den Mitgliedern diene zur Kenntnis, daß jeden Sonntag von 10 bis 12 Uhr vormittags in Unterlassers Gasthaus eine Diskussion stattfindet. Gleichzeitig werden die Mitglieder ersucht, ihre Mitgliedsbücher behufs Kontrolle an die Mitglieder des Ausschusses abzugeben.

Verschiedenes.

Gewalt und Betrug.

Im Altertum überfielen die Krieger mit ihren Führern die Einwohner eines Landes, unterwarfen sie und plünderten sie aus. Und alle teilten sich in die Beute nach dem Maße ihrer Tapferkeit und Grausamkeit, und jedem Krieger war es klar, daß die Gewalttaten, die er verübte, für ihn von Vorteil seien. Heute überfallen die bewaffneten Menschen, die hauptsächlich der Arbeiterklasse entnommen sind, wehrlose Menschen, streifen Arbeiter, Auführer oder die Bewohner fremder Länder, unterwerfen sie und plündern sie, das heißt zwingen sie, den Ertrag ihrer Arbeit abzugeben. Aber das tun sie nicht für ihren eigenen Vorteil, sondern für Menschen, die nicht einmal selbst mitkämpfen. Der Unterschied zwischen den Eroberern des Altertums und den heutigen Herrschenden besteht darin: Jene Eroberer überfielen selbst mit ihren Kriegern wehrlose Menschen, und im Falle, daß diese sich widersetzten, marderten und mordeten sie selbst. Die heute Herrschenden aber bringen die Martern und Morde an wehrlosen Menschen nicht selbst zur Ausführung, sondern zwingen betrogene und eigens zu diesem Zwecke vertierte Menschen, das zu tun, Menschen, die in vielen Fällen eben dem Volke entnommen sind, das sie vergewaltigen müssen. So daß früher es noch persönlicher Anstrengungen zur Ausführung der Gewalttaten bedurfte: der Tapferkeit, Grausamkeit, Gewandtheit der Eroberer selbst; die heutigen Gewalttaten werden aber durch Betrug verübt.

Leo Tolstoi in: „Moderne Sklaven“.

Blutsteuer für die Völker. Man schreibt uns aus London: Das bekannte Londoner volkswirtschaftliche Wochenblatt „Economist“ enthält eine schätzungsweise Berechnung der bisherigen Kosten des Balkankrieges für die beteiligten Staaten. Das Blatt berechnet die durchschnittlichen Kosten eines Soldaten pro Tag auf 10 Schilling und kommt auf dieser Grundlage zu dem folgenden Ergebnis:

Bulgarien . . . 300.000 Soldaten	47 Kriegstage	7.050.000 Pfd. Sterl.
Serbien . . . 200.000	47	4.700.000
Griechenland 150.000	64	4.800.000
Montenegro 40.000	56	1.120.000
Türkei . . . 400.000	64	12.800.000

Summa: 1.090.000 Soldaten 30.470.000 Pfd. Sterl.

Einschließlich der Mobilisationskosten und der Kriegskosten während des Waffenstillstandes belaufen sich die unmittelbaren Kriegskosten der fünf Staaten schon bisher auf 85 Millionen Pfund Sterling (über 700 Millionen Mark). In dieser Berechnung sind jedoch die gewaltigen wirtschaftlichen Schäden, die die fünf Nationen durch den Krieg erlitten haben, selbstverständlich nicht einbezogen.

Zehn Gebote für Diskussionsredner. Die Diskussion, die für gewöhnlich einem Vortrage folgt, soll Aussprache, Meinungsaustausch der Versammlungsteilnehmer über den behandelten Gegenstand sein, denselben nach allen Seiten hin klarlegen und die Versammlung zu einem bestimmten Willensentschluß hinführen.

Hieraus ergeben sich für die Diskussionsredner eine Reihe von Anforderungen, die er streng zu beachten hat.

1. Rede nur, wenn du was weißt, wenn du dir klar bist über das Was und Wie dessen, was du vorbringen willst. Ohne dem blamiertst du dich und belästigst die Versammlung. Nur der ist verpflichtet zu reden, der was zu sagen hat.

2. Sprich zur Sache! Höre aufmerksam auf das Referat und spreche dich darüber aus. Durch unsäglich und nebensächliche Diskussionsreden werden in der Regel die Versammlungen in die Länge gezogen und ihr Zweck vereitelt.

3. Greife bestimmte Punkte aus dem Vortrage heraus. Güte dich, über alles Vorgebrachte reden zu wollen. Das ist Sache eines Korreferenten. Ueber einzelne Punkte läßt sich in Kürze etwas Neues sagen, über alles kann man in der Diskussion nur schwagen.

4. Wiederhole nicht bereits Gesagtes. Habe den Mut, aufs Wort zu verzichten, wenn du bereits auf der Rednerliste stehst und deine Vortragsredner dir den Stoff weggenommen haben. Du vergißt dir dadurch gar nichts, sondern gewinnst in den Augen des denkenden Versammlungsteilnehmers.

5. Mache es kurz! Keine lange Einleitung, direkt aufs Ziel los, präzise Ausführung dessen, was man sagen will, das gibt der Diskussion die Würde. Wenn dir auch eine längere Redezeit garantiert ist, suche dich immer kurz zu fassen.

6. Halte keine Platanenrede! Mit persönlichen Beobachtungen und Erfahrungen trägt du immer mehr zur Klarlegung der Sachlage bei, als wenn du nur Lehrsätze oder gar nur Zitate aus Zeitungen, Büchern und Aussprüchen von Rednern vorlegst.

7. Rede nicht im „Ich-Stile! Man kann persönliche Erfahrungen zum besten geben, ohne in den leidigen, die Zuhörer schließlich anmernden Ton zu verfallen: „Ich habe dies und jenes gesehen“; „Ich bin der und der Art“; „Ich habe dies und jenes erlebt“; „Ich habe dies und jenes getan“ u. s. w. Die Redner im „Ich-Stile werden bald nicht mehr ernst genommen.

8. Fordere nicht heraus! Man hat dir nicht das Wort erteilt damit du deine Reden auf dieser oder jener anwesenden oder nicht anwesenden Person ausleben kannst. Du hast die Art deines Redens dem höheren Zweck der Versammlung unterzuordnen. Wie oft war das aufreizende Benehmen eines einzigen Diskussionsredners Ursache von Nadaussetzen und Versammlungsausschlüssen!

9. „Ich habe gesprochen“ oder „dies meine Ausführungen“ sind höchst überflüssige Redensarten, die mancher Diskussionsredner mit zäher Ausdauer anwendet. Weg damit! Wer nichts mehr weiß und seinen wirkungsvollen Schlußsatz findet, der höre ohne weiteres zu sprechen auf.

10. Rede nicht immer! Viele Diskussionsredner meinen, sie müßten immer in jeder Versammlung und bei jeder Gelegenheit reden. Sie erreichen damit, daß über kurz oder lang die Versammlung aufheuzt, wenn sie das Rednerpult besteigen. Natürlich, der wieder: „muß auch seinen Senf dazu tun“ u. s. w.

An unsere Vertrauensmänner, Kassiere und Kolporteurs des Eisenbahner-Zaschkalenders 1913

Hiermit bringen wir zur Kenntnis, daß der deutsche Kalender bereits vergriffen ist und erfragen alle unsere Verkäufer, die noch unverkauften Kalender besitzen und keine Aussicht auf Absatz haben, uns dieselben ehehalbige retour zu senden, damit wir die bei uns erliegenden Bestellungen effektiver ausführen können. Wir machen aufmerksam, daß wir nur die uns bis Ende Jänner retournierten Kalender zurücknehmen und auf der Bezahlung aller ab 1. Februar an uns angelangten Exemplare bestehen müssen. Diese Maßregel wird streng durchgeführt, weil wir heute die Möglichkeit haben, die Kalender bis auf das letzte Exemplar anzubringen, was später nicht mehr der Fall sein wird.

Die Auflage des polnischen Kalenders ist noch nicht erschöpft, und Genossen, die polnische Kalender benötigen, wollen Bestellungen einfinden. Weiters bringen wir hiemit in Erinnerung, daß mit dem 1. Jänner die mit dem Kalenderanfang verbundene Lebensversicherung ins Leben tritt. Jeder Abnehmer, der unser Jahrbuch gekauft und bar bezahlt hat, erhält ohne jede Formalität bei einer Verunglückung im Eisenbahndienste, die den Tod im Kalenderjahre zur Folge hat, 200 Kronen ausbezahlt. Die einzige Bedingung, die daran geknüpft wird, ist die vollständige Bezahlung des Jahrbuches mit 1. Jänner 1913. Derjenige, welcher diesen Betrag nicht bar erlegt hat, würde bei einer Verunglückung leer ausgehen. Wir erfragen daher unsere Kolporteurs, bei jeder sich darbietenden Gelegenheit zu sorgen, daß den Kalenderkäufern mitzuteilen, damit nicht der eine oder andere Genosse durch Selbstverschulden um seine Prämie gebracht wird. Die Genossen Kassiere werden daher ersucht, nur jene Polizen einzufenden, für welche der ganze Kalenderbetrag erlegt wurde. Es ergeht an die Genossen Kassiere das dringende Ersuchen, die einkassierten Gelder sofort mit samt der dazugehörigen Polize an die Administration einzufenden.

Gleichzeitig machen wir die P. T. Ortsgruppenleitungen darauf aufmerksam, daß ein größerer Teil der Kassiere und Kolporteurs, welche Vereinsabzeichen bestellten und erhielten, mit ihren Zahlungen noch immer im Rückstande sind. Wir erfragen daher die Ortsgruppen und die geehrte Kontrolle, in ihren Ortsgruppen anzuordnen, damit die schon längst einkassierten Beträge ihrer Bestimmung zugeführt werden.

Literatur.

Massentob! Preis 10 S. Eine Broschüre, die mit erschütternden Sähen die Vernichtung der Volksgesundheit durch die Nachlässigkeit des Staates, des Landes und der Gemeinde aufzeigt und durch den klaren Hinweis auf die Verdrängung des Massentambes auch als padende Agitationschrift mit gewiß gutem Erfolg (auch unter Frauen) verwendet werden kann. Zu beziehen durch die Kolporteurs und die Volksbuchhandlung, Wien, 6. Bezirk, Gumpendorferstraße 18.

„Der Strom“, herausgegeben und redigiert von E. Pernerstorfer, Stefan Großmann und Arthur Rindt. In der Dezembernummer veröffentlicht Gerhart Hauptmann einen Aufsatz: „Duldsamkeit“, Herbert Eulenberg

Vereinsabzeichen

Wir bringen den Ortsgruppenfunktionären und Mitgliedern in Erinnerung, daß viele Ortsgruppen noch keine Vereinsabzeichen bestellt haben. Da manche Genossen der Meinung sind, daß diese Vereinsabzeichen nur während des Jubiläumjahres zu verkaufen sind, machen wir darauf aufmerksam, daß dieselben als eine für alle Zeit dienende Erinnerung und als bleibende Erkennungszeichen unter den Genossen gelten sollen. Diejenigen Ortsgruppen, die noch keine Abzeichen bestellt haben, eruchen wir, dies baldigst zu tun.

verlündet in einem Gedicht: „Wie ich gespielt sein möchte“, Thaddäus Mittner, der in der letzten Zeit vielgesehene begabte Dramatiker, ist mit einem Aufsatze: „Komödie“, vertreten, Peter Mittenberg mit zwei Skizzen: „Schönheit“ und „Ich aber sage Euch“, Wilhelm Schmidhonn steuert eine Legende: „Heinrich Frauenlob stirbt“, bei, Hermann Essig eine Erzählung: „Mehr, Mehr“, O. M. Fontana einen Aufsatz: „Theaterglaube“, und Walter Fürst, ein junger Maler, spricht über die Dekorationen am Theater. Des ferneren sind erwähnenswert die Beiträge von Arthur Runder: „An die Komödianten“, von Berthold Viertel: „Bemerkungen zur Gerhart Hauptmann-Fest“, von Anderken Nerg: „Legende“, Anton Wildgans und Hans Margulies sind mit Gedichten vertreten, während die kleinen Märchen von Eugen Seltai zweifellos einen weiten Leserkreis interessieren werden. Hat der „Strom“ bis jetzt als Beilage in jeder Nummer ein Dichterportrait veröffentlicht, so enthält dieses Fest eine Beilage in vierfarbiger Druck, eine Dekoration zur Neujahrskasse: „Kamp“. Das Jahresabonnement des „Strom“ kostet 3 Kronen 50 Heller, das Einzelheft 40 Heller. Probenummern versendet der Verlag (Verlagshaus u. Comp., Berlin W 15) auf Wunsch gratis und franko.

Eingefendet.

(Für diese Rubrik übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.)

Bilanz der V. Eisenbahner-Gesellen-Lotterie „Flugrad“.

Einnahmen:	Kronen
139.124 Lose à 1 Kr.	139.124—
Ziehung 1500 und 5000	4.290.86
Diverse Einnahmen	191.12
139.124 Lose à 1 Kr.	143.605.98
Ausgaben:	
Staatliche Gebühren	856.36
Vertriebsprovision	26.961.50
Gehalte der Angestellten	13.091.27
Remuneration der Angestellten	2.200—
Reklame	453—
Druck der Lose und sonstigen Druckkosten	5.956.78
Post- und Transportkosten	19.684.99
Sonstige Ausgaben	210—
Arbeiten	8.606.52
Treffer	4.808.30
Diverse Ausgaben	5.355.36
Reinertrag	55.391.30

Wien den 3. Dezember 1912.

A. Weigel

Obmann
des Lotterielomitees.

A. Erb

Lotterieleiter.

Nervenernährung. Ein neues Präparat gegen Nervosität erregt zurzeit berechtigtes Aufsehen. Bekanntlich wird das Lecithin seit Jahren zu einer rationellen Nervenernährung verwendet, da die Nerven und besonders das Gehirn große Mengen Lecithin zur Verarbeitung benötigen. Die bekanntesten Nervenernährungspräparate enthalten aber so geringe Mengen Lecithin, daß die Zufuhr großer Quantitäten solcher Präparate erforderlich war, um den Nerven das zur Ernährung und zum Aufbau erforderliche Lecithin zu ersetzen; denn unser Nervenaufwand an Lecithin ist bei der Überanstrengung des Geistes und der Erfüllung der beruflichen Pflichten von heute ein viel größerer als die Lecithinzufuhr durch die täglichen Nahrungsmittel. Die neueste Errungenschaft besteht nun darin, daß die Firma Gebr. Hiller, G. m. b. H. in Tetschen a. E., ein 70prozentiges Lecithinpräparat mit Natrium ammoniumphosphat unter dem geschützten Namen „Nervocyne“ in den Handel bringt, während die anderen besten Nervenernährungspräparate in den günstigsten Fällen nur bis zu 10 Prozent Lecithin enthalten. Außerdem ist das im Nervocyne enthaltene Lecithin voll und ganz assimilierbar. Das ist sehr wichtig. Nerven und Publikum bringen dieser neuen Erfindung lebhaftes Interesse entgegen und man sagt von dem Präparat, daß es eine der größten Erfindungen des Jahrhunderts wäre.

Versammlungsanzeigen.

In nachstehenden Orten finden Versammlungen statt:

Gmünd. Am 12. Jänner um 1 Uhr nachmittags Generalversammlung im Vereinslokal. (Karl Stadl in Unter-Wienands.)
Tschirbach. Am 4. Jänner um halb 8 Uhr abends im Gasthaus „zum Steinbruch“.
Graz II. Am 4. Jänner um 8 Uhr abends im Hotel „zur Stadt Fürstentum“ Generalversammlung mit Vortrag.

Marburg. Am 4. Jänner im Gasthaus Leusch Vereinsversammlung.

Tepitz. Am 5. Jänner um 8 Uhr abends im Restaurant „zum Spaten“.

Weißkirchen. Am 5. Jänner um 8 Uhr abends im Vereinslokal.

Wolfsberg. Am 5. Jänner im Gasthaus Labi Versammlung im Vereinslokal.

Ungmarkt. Am 6. Jänner um halb 8 Uhr nachmittags im Saale des Konsumvereins in Ungmarkt Vortrag über die Verursachung von Unfällen und Unfallversicherungsgesetz.

Tannwald. Am 6. Jänner Generalversammlung im Vereinslokal.

Göding. Am 5. Jänner um 8 Uhr nachmittags im Gasthaus „zur Krone“ in Göding Generalversammlung.

Auersbach. Am 5. Jänner um 3 Uhr nachmittags im Gasthaus „zum Bielaal“ in Goslitze.

Jägersdorf IV. Am 2. Jänner um halb 8 Uhr abends Generalversammlung im Arbeiterheim.

Jägersdorf. Am 6. Jänner um 2 Uhr nachmittags Generalversammlung im Arbeiterheim.

Selzthal. Am 6. Jänner um 8 Uhr abends in Gutmanns Gasthaus Generalversammlung.

Pösten. Am 7. Jänner um 8 Uhr abends im Vereinslokal, Gasthaus Juna. — Ausschlußsitzung 20. Jänner um 8 Uhr abends.

Stauding. Am 12. Jänner um 3 Uhr nachmittags im Restaurant „zur Nordbahn“ Generalversammlung.

Furkersdorf-Fenzing. Am 10. Jänner um halb 8 Uhr abends im Rippichs Gasthaus, XIII, Reinsgasse 11, Versammlung des Wächterpersonals.

Gaisfeld. Am 19. Jänner um halb 4 Uhr nachmittags Generalversammlung in Bachmachers Gasthaus.

Sprechsaal.

Eisenbahner-Taschentalender 1913.

Hiermit bringen wir zur Kenntnis, daß der deutsche Kalender bereits vergriffen ist und ersuchen alle unsere Verläufer, die noch unverkaufte Kalender besitzen und keine Ansicht auf Absatz haben, uns dieselben ehebaldigst retour zu senden, damit wir die bei uns erliegenden Bestellungen effektivieren können. Wir machen aufmerksam, daß wir nur die uns bis Ende Jänner retournierten Kalender zurücknehmen und auf der Verzählung aller ab 1. Februar an uns angelangten Exemplare bestehen müssen. Diese Maßregel wird streng durchgeführt, weil wir heute die Möglichkeit haben, die Kalender bis auf das letzte Exemplar anzubringen, was später nicht mehr der Fall sein wird.

Die Auflage des polnischen Kalenders ist noch nicht erschöpft, und Genossen, die polnische Kalender benötigen, wollen Bestellungen einsenden. Weiters ersuchen wir alle Abnehmer, die verkauften Exemplare bis 31. Dezember zu bezahlen, da nach diesem Datum die Berücksichtigung in Kraft tritt und nur dann als vollzogen betrachtet werden kann, wenn der Betrag bei uns eingelaufen ist.

Zur Nachricht!

Das Arbeiterauschmittglied der L. K. Staatsbahndirektion Wien gibt folgende Adresse bekannt: Wien XVII, Galitzgasse 10, Tür 7.

Offene Anfragen.

An die L. K. Direktion der St. E. G. in Wien.

Vor kurzem erschien in Wien, St. E. G., eine Kurrende über den Bezug von Brennstoffen, wo angeordnet wird, daß

an Regiehehle kein größeres Quantum als 0.2 Tonnen abgegeben werden darf. Motiviert wurde diese Einschränkung durch den gegenwärtigen Mangel an Kohle. Trotz der Kurrende und dem angeblichen Mangel hat man dem Herrn Regierungsrat Birtz 2 Tonnen Kohle ausgefolgt. Sollte dieser Dienstbefehl nur für die niederen Beamten und Bediensteten Gültigkeit haben oder wurden die 2 Tonnen Kohle aus Unkenntnis der herausgegebenen Vorschrift Herrn Birtz zugewiesen?

Briefkasten der Redaktion.

Franz Ernst, Weidenberg. Obwohl uns Ihre sogenannte § 19-Berichtigung in dieser trostlosen Zeit einige recht heitere Stunden bereitet, haben wir keinen Anlaß, sie abgedruckt zu stellen, also daraus gerne fort, daß Sie nicht „Hauptling“ des Veteranenvereins sind, sondern zum „Obmann des Militär-Veteranenvereins Weidenberg-Lindegung“ unter dem Protektorat Sr. k. u. k. Hoheit des Herrn Erzherzogs Karl Franz Josef zum zweiten mal einstimmig gewählt wurden. Sie brauchen deshalb aber nicht großmahnig zu werden und vor Kerger zu springen, wenn die Welt sich deshalb nicht in Ehrfurcht beugt. Lesen Sie daher öfters den schönen Vers:

Dort unten an der Ed'
Steht ein Veteran,
Der's nicht vergessen kann,
Daß er vor 25 Jahr'
Bei der Hitzschachtel
Gemeiner war.

29. M. 31. Anonyme Zuschriften werden von uns nicht behandelt. Warum nennen Sie denn die Namen nicht? — J. G. Weidenberg. Sie rufen in die 1200 Kr. auf Grund des Gärtenausgleichs am 1. Jänner 1914 vor. Auf die Kürzung auf Grund der Anstellung mit 600 bis 700 Kr. haben Sie keinen Anspruch, da die Wächter von dieser Begünstigung laut Erlaß Zahl 36.123 vom 17. August 1911 unbedingt ausgeschlossen sind. — M. 29. Wenn Ihre Angaben richtig sind, rufen Sie in die 1100 Kr. am 1. Jänner 1913 vor.

Für den Inhalt der Inzerate übernimmt die Redaktion und Administration keine Verantwortung.	Inzerate	Für den Inhalt der Inzerate übernimmt die Redaktion und Administration keine Verantwortung.
---	-----------------	---

MAGGI
Würfel à 5 h
(fertige Rindsuppe)
sind die besten!

Billige Bettfedern und Daun

1. Kilo graue geschlissene K 2—, bessere K 2.40, halbweiße prima K 2.80, weiße K 4—, prima haneauweiße K 6—, hochprima K 7—, 8— und 9.60. Daun, grau K 6—, 7—, weiße prima K 10—, haneau K 12— von 5 Kilo an franko.

Fertig gefüllte Betten

aus dichtem roten, blauen, gelben oder weissen Inlett (Nanking), 1 Tuchant ca. 180 cm lang, 120 cm breit, samt 2 Koppkissen, jeder ca. 80 cm lang, 60 cm breit, genügend gefüllt mit neuen grauen, haneau und haneauweißen Bettfedern K 18—, haneau K 20—, Daunentücken K 24—, haneauweiße K 28—, 12—, 14—, 16—, 18—, 20—, 22—, 24—, 26—, 28—, 30—, 32—, 34—, 36—, 38—, 40—, 42—, 44—, 46—, 48—, 50—, 52—, 54—, 56—, 58—, 60—, 62—, 64—, 66—, 68—, 70—, 72—, 74—, 76—, 78—, 80—, 82—, 84—, 86—, 88—, 90—, 92—, 94—, 96—, 98—, 100—, 102—, 104—, 106—, 108—, 110—, 112—, 114—, 116—, 118—, 120—, 122—, 124—, 126—, 128—, 130—, 132—, 134—, 136—, 138—, 140—, 142—, 144—, 146—, 148—, 150—, 152—, 154—, 156—, 158—, 160—, 162—, 164—, 166—, 168—, 170—, 172—, 174—, 176—, 178—, 180—, 182—, 184—, 186—, 188—, 190—, 192—, 194—, 196—, 198—, 200—, 202—, 204—, 206—, 208—, 210—, 212—, 214—, 216—, 218—, 220—, 222—, 224—, 226—, 228—, 230—, 232—, 234—, 236—, 238—, 240—, 242—, 244—, 246—, 248—, 250—, 252—, 254—, 256—, 258—, 260—, 262—, 264—, 266—, 268—, 270—, 272—, 274—, 276—, 278—, 280—, 282—, 284—, 286—, 288—, 290—, 292—, 294—, 296—, 298—, 300—, 302—, 304—, 306—, 308—, 310—, 312—, 314—, 316—, 318—, 320—, 322—, 324—, 326—, 328—, 330—, 332—, 334—, 336—, 338—, 340—, 342—, 344—, 346—, 348—, 350—, 352—, 354—, 356—, 358—, 360—, 362—, 364—, 366—, 368—, 370—, 372—, 374—, 376—, 378—, 380—, 382—, 384—, 386—, 388—, 390—, 392—, 394—, 396—, 398—, 400—, 402—, 404—, 406—, 408—, 410—, 412—, 414—, 416—, 418—, 420—, 422—, 424—, 426—, 428—, 430—, 432—, 434—, 436—, 438—, 440—, 442—, 444—, 446—, 448—, 450—, 452—, 454—, 456—, 458—, 460—, 462—, 464—, 466—, 468—, 470—, 472—, 474—, 476—, 478—, 480—, 482—, 484—, 486—, 488—, 490—, 492—, 494—, 496—, 498—, 500—, 502—, 504—, 506—, 508—, 510—, 512—, 514—, 516—, 518—, 520—, 522—, 524—, 526—, 528—, 530—, 532—, 534—, 536—, 538—, 540—, 542—, 544—, 546—, 548—, 550—, 552—, 554—, 556—, 558—, 560—, 562—, 564—, 566—, 568—, 570—, 572—, 574—, 576—, 578—, 580—, 582—, 584—, 586—, 588—, 590—, 592—, 594—, 596—, 598—, 600—, 602—, 604—, 606—, 608—, 610—, 612—, 614—, 616—, 618—, 620—, 622—, 624—, 626—, 628—, 630—, 632—, 634—, 636—, 638—, 640—, 642—, 644—, 646—, 648—, 650—, 652—, 654—, 656—, 658—, 660—, 662—, 664—, 666—, 668—, 670—, 672—, 674—, 676—, 678—, 680—, 682—, 684—, 686—, 688—, 690—, 692—, 694—, 696—, 698—, 700—, 702—, 704—, 706—, 708—, 710—, 712—, 714—, 716—, 718—, 720—, 722—, 724—, 726—, 728—, 730—, 732—, 734—, 736—, 738—, 740—, 742—, 744—, 746—, 748—, 750—, 752—, 754—, 756—, 758—, 760—, 762—, 764—, 766—, 768—, 770—, 772—, 774—, 776—, 778—, 780—, 782—, 784—, 786—, 788—, 790—, 792—, 794—, 796—, 798—, 800—, 802—, 804—, 806—, 808—, 810—, 812—, 814—, 816—, 818—, 820—, 822—, 824—, 826—, 828—, 830—, 832—, 834—, 836—, 838—, 840—, 842—, 844—, 846—, 848—, 850—, 852—, 854—, 856—, 858—, 860—, 862—, 864—, 866—, 868—, 870—, 872—, 874—, 876—, 878—, 880—, 882—, 884—, 886—, 888—, 890—, 892—, 894—, 896—, 898—, 900—, 902—, 904—, 906—, 908—, 910—, 912—, 914—, 916—, 918—, 920—, 922—, 924—, 926—, 928—, 930—, 932—, 934—, 936—, 938—, 940—, 942—, 944—, 946—, 948—, 950—, 952—, 954—, 956—, 958—, 960—, 962—, 964—, 966—, 968—, 970—, 972—, 974—, 976—, 978—, 980—, 982—, 984—, 986—, 988—, 990—, 992—, 994—, 996—, 998—, 1000—, 1002—, 1004—, 1006—, 1008—, 1010—, 1012—, 1014—, 1016—, 1018—, 1020—, 1022—, 1024—, 1026—, 1028—, 1030—, 1032—, 1034—, 1036—, 1038—, 1040—, 1042—, 1044—, 1046—, 1048—, 1050—, 1052—, 1054—, 1056—, 1058—, 1060—, 1062—, 1064—, 1066—, 1068—, 1070—, 1072—, 1074—, 1076—, 1078—, 1080—, 1082—, 1084—, 1086—, 1088—, 1090—, 1092—, 1094—, 1096—, 1098—, 1100—, 1102—, 1104—, 1106—, 1108—, 1110—, 1112—, 1114—, 1116—, 1118—, 1120—, 1122—, 1124—, 1126—, 1128—, 1130—, 1132—, 1134—, 1136—, 1138—, 1140—, 1142—, 1144—, 1146—, 1148—, 1150—, 1152—, 1154—, 1156—, 1158—, 1160—, 1162—, 1164—, 1166—, 1168—, 1170—, 1172—, 1174—, 1176—, 1178—, 1180—, 1182—, 1184—, 1186—, 1188—, 1190—, 1192—, 1194—, 1196—, 1198—, 1200—, 1202—, 1204—, 1206—, 1208—, 1210—, 1212—, 1214—, 1216—, 1218—, 1220—, 1222—, 1224—, 1226—, 1228—, 1230—, 1232—, 1234—, 1236—, 1238—, 1240—, 1242—, 1244—, 1246—, 1248—, 1250—, 1252—, 1254—, 1256—, 1258—, 1260—, 1262—, 1264—, 1266—, 1268—, 1270—, 1272—, 1274—, 1276—, 1278—, 1280—, 1282—, 1284—, 1286—, 1288—, 1290—, 1292—, 1294—, 1296—, 1298—, 1300—, 1302—, 1304—, 1306—, 1308—, 1310—, 1312—, 1314—, 1316—, 1318—, 1320—, 1322—, 1324—, 1326—, 1328—, 1330—, 1332—, 1334—, 1336—, 1338—, 1340—, 1342—, 1344—, 1346—, 1348—, 1350—, 1352—, 1354—, 1356—, 1358—, 1360—, 1362—, 1364—, 1366—, 1368—, 1370—, 1372—, 1374—, 1376—, 1378—, 1380—, 1382—, 1384—, 1386—, 1388—, 1390—, 1392—, 1394—, 1396—, 1398—, 1400—, 1402—, 1404—, 1406—, 1408—, 1410—, 1412—, 1414—, 1416—, 1418—, 1420—, 1422—, 1424—, 1426—, 1428—, 1430—, 1432—, 1434—, 1436—, 1438—, 1440—, 1442—, 1444—, 1446—, 1448—, 1450—, 1452—, 1454—, 1456—, 1458—, 1460—, 1462—, 1464—, 1466—, 1468—, 1470—, 1472—, 1474—, 1476—, 1478—, 1480—, 1482—, 1484—, 1486—, 1488—, 1490—, 1492—, 1494—, 1496—, 1498—, 1500—, 1502—, 1504—, 1506—, 1508—, 1510—, 1512—, 1514—, 1516—, 1518—, 1520—, 1522—, 1524—, 1526—, 1528—, 1530—, 1532—, 1534—, 1536—, 1538—, 1540—, 1542—, 1544—, 1546—, 1548—, 1550—, 1552—, 1554—, 1556—, 1558—, 1560—, 1562—, 1564—, 1566—, 1568—, 1570—, 1572—, 1574—, 1576—, 1578—, 1580—, 1582—, 1584—, 1586—, 1588—, 1590—, 1592—, 1594—, 1596—, 1598—, 1600—, 1602—, 1604—, 1606—, 1608—, 1610—, 1612—, 1614—, 1616—, 1618—, 1620—, 1622—, 1624—, 1626—, 1628—, 1630—, 1632—, 1634—, 1636—, 1638—, 1640—, 1642—, 1644—, 1646—, 1648—, 1650—, 1652—, 1654—, 1656—, 1658—, 1660—, 1662—, 1664—, 1666—, 1668—, 1670—, 1672—, 1674—, 1676—, 1678—, 1680—, 1682—, 1684—, 1686—, 1688—, 1690—, 1692—, 1694—, 1696—, 1698—, 1700—, 1702—, 1704—, 1706—, 1708—, 1710—, 1712—, 1714—, 1716—, 1718—, 1720—, 1722—, 1724—, 1726—, 1728—, 1730—, 1732—, 1734—, 1736—, 1738—, 1740—, 1742—, 1744—, 1746—, 1748—, 1750—, 1752—, 1754—, 1756—, 1758—, 1760—, 1762—, 1764—, 1766—, 1768—, 1770—, 1772—, 1774—, 1776—, 1778—, 1780—, 1782—, 1784—, 1786—, 1788—, 1790—, 1792—, 1794—, 1796—, 1798—, 1800—, 1802—, 1804—, 1806—, 1808—, 1810—, 1812—, 1814—, 1816—, 1818—, 1820—, 1822—, 1824—, 1826—, 1828—, 1830—, 1832—, 1834—, 1836—, 1838—, 1840—, 1842—, 1844—, 1846—, 1848—, 1850—, 1852—, 1854—, 1856—, 1858—, 1860—, 1862—, 1864—, 1866—, 1868—, 1870—, 1872—, 1874—, 1876—, 1878—, 1880—, 1882—, 1884—, 1886—, 1888—, 1890—, 1892—, 1894—, 1896—, 1898—, 1900—, 1902—, 1904—, 1906—, 1908—, 1910—, 1912—, 1914—, 1916—, 1918—, 1920—, 1922—, 1924—, 1926—, 1928—, 1930—, 1932—, 1934—, 1936—, 1938—, 1940—, 1942—, 1944—, 1946—, 1948—, 1950—, 1952—, 1954—, 1956—, 1958—, 1960—, 1962—, 1964—, 1966—, 1968—, 1970—, 1972—, 1974—, 1976—, 1978—, 1980—, 1982—, 1984—, 1986—, 1988—, 1990—, 1992—, 1994—, 1996—, 1998—, 2000—, 2002—, 2004—, 2006—, 2008—, 2010—, 2012—, 2014—, 2016—, 2018—, 2020—, 2022—, 2024—, 2026—, 2028—, 2030—, 2032—, 2034—, 2036—, 2038—, 2040—, 2042—, 2044—, 2046—, 2048—, 2050—, 2052—, 2054—, 2056—, 2058—, 2060—, 2062—, 2064—, 2066—, 2068—, 2070—, 2072—, 2074—, 2076—, 2078—, 2080—, 2082—, 2084—, 2086—, 2088—, 2090—, 2092—, 2094—, 2096—, 2098—, 2100—, 2102—, 2104—, 2106—, 2108—, 2110—, 2112—, 2114—, 2116—, 2118—, 2120—, 2122—, 2124—, 2126—, 2128—, 2130—, 2132—, 2134—, 2136—, 2138—, 2140—, 2142—, 2144—, 2146—, 2148—, 2150—, 2152—, 2154—, 2156—, 2158—, 2160—, 2162—, 2164—, 2166—, 2168—, 2170—, 2172—, 2174—, 2176—, 2178—, 2180—, 2182—, 2184—, 2186—, 2188—, 2190—, 2192—, 2194—, 2196—, 2198—, 2200—, 2202—, 2204—, 2206—, 2208—, 2210—, 2212—, 2214—, 2216—, 2218—, 2220—, 2222—, 2224—, 2226—, 2228—, 2230—, 2232—, 2234—, 2236—, 2238—, 2240—, 2242—, 2244—, 2246—, 2248—, 2250—, 2252—, 2254—, 2256—, 2258—, 2260—, 2262—, 2264—, 2266—, 22

